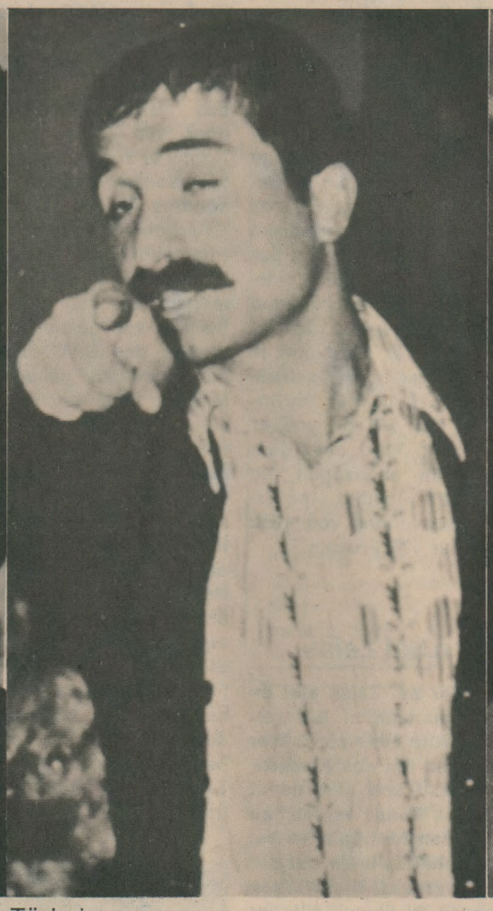
D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Juni '72 Nr. 34 DM 1,20

USA



Türkei

Vietnam

Bilder: dpa, DRV

Internationale Solidarität

Während zwischen den Großmächten Konfrontation abgebaut und Entspannung als Friedenspolitik gefeiert wird, wachsen die Spannungen innerhalb der kapitalistischen Industriegesellschaften und in den armen, noch immer von diesen abhängigen Ländern. Der Eskalation von Unterdrückung, Verarmung und Ausbeutung tritt in fast allen Teilen der Welt eine Eskalation des Kampfes um soziale und nationale Befreiung entgegen. Der Angela Davis Solidaritätskongreß in Frankfurt soll diesem wachsenden Widerstand Ausdruck verleihen und zur verstärkten Solidarität der internationalen Befreiungsbewegung beitragen.

In dieser Ausgabe:

Kommentare: Buro: Vietnam 3 · Gollwitzer: Berliner Vietnam-Rede 3 · Halberstadt: Carrillo ausgewiesen 4 · Schäfer: Bonner Staatsschauspiele 5 · **Außenpolitik:** Buro: Ostverträge 7 · **Recht:** Ausländergesetz 10 · Brief von Kunzelmann 10 · **Sozialismus:** Conert: Jugoslawien 14 · **Betriebsarbeit:** Poppinga: Dampf bei Daimler-Benz 17 · **Organisationen:** Vack: Bericht des Sozialistischen Büros 20 · Portugal-Tribunal 21 · Berufsverbot der ev. Kirche 22 · Lehrlingszentren 22 · **Linker Digest:** Kompromißpolitik am OSI? 23

Angela Davis Solidaritätskongreß 3./4. Juni: Seite 12

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 2956 80

Informationen

Lohnanstieg

Die Differenz zwischen den Brutto- und Nettolöhnen der unselbständig Beschäftigten wird ständig größer. Während die Abzüge 1950 im Durchschnitt erst 12,5 Prozent der Bruttoverdienste ausgemacht hatten, mußte der Arbeitnehmer nach einer Untersuchung des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung 1971 schon fast ein Viertel (24,1 Prozent) seines Einkommens für Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge aufwenden. Damit steht nach der Meinung des Instituts bereits fest, daß die Abzüge bis 1975 erheblich über den im Sozialbericht 1971 erwähnten Satz von 25 Prozent hinauswachsen werden. Allein die Progression der Lohnsteuer werde über diese Marke hinausführen. Die wachsenden Abgaben haben bewirkt, daß im Berichtszeitraum der Nettolohn je Arbeitnehmer wesentlich schwächer gestiegen ist als der Bruttolohn, nämlich um 355 gegenüber plus 424 Prozent. Wird außerdem die Inflationsrate abgezogen, so ergibt sich laut Ifo-Institut eine Erhöhung des Reallohnes von 1950 bis 1971 um nur 175 Prozent.

Schulnoten bei Zeiss

Für die Arbeiter bei Zeiss gibt es persönliche Benotungen. Sie reichen von der Note 1 bis zur 4. Wer eine 4 bekommt, hat das Klassenziel nicht erreicht und muß damit rechnen, auf die Straße versetzt zu werden. Wie man hört, gibt es bei Zeiss keine Kollegen mehr mit der Note 4 — alle versetzt! Nun werden die Noten auch in ‚demokratischer Weise' auf der Bruttolohnabrechnung veröffentlicht. Der Erfolg ist, daß die Arbeiter untereinander in den Konkurrenzkampf treten, um mit der Note ja nicht nach unten und damit nach draußen abzusacken. Damit ist eines der Hauptziele der Arbeitgeber erreicht. Die Solidarität unter den Kollegen wird angeschlagen.

Ausdehnung der NATO auf Südafrika?

Südafrika würde den Besuch einer NATO-Delegation begrüßen, erklärte der südafrikanische Verteidigungsminister Botha Ende Januar in Kapstadt. Der Minister kommentierte Überlegungen des NATO-Verteidigungskomitees, den Geltungsbereich der NATO nach Süden auszudehnen. Während man in Südafrika eine NATO-Delegation im Militärhafen Simonstown erwartete, bestritt ein NATO-Sprecher in Brüssel, daß Absichten zur Einbeziehung Südafrikas in den Geltungsbereich der NATO bestünden. Der Sprecher gab jedoch zu, daß ein solcher Plan von NATO-Mitgliedern diskutiert worden sei.

Satelliten für die Freiheit

Die amtlichen ‚NATO-Briefe' aus Brüssel feiern den zwanzigsten Jahrestag des NATO-Beitritts von Griechenland und der Türkei. Darin heißt es: „Griechisches Territorium ... ist der Angelpunkt, von dem die Verteidigung der Südflanke der NATO abhängt ... Die Verteidigungsausgaben des Landes belaufen sich auf etwa 400 Mill. Dollar pro Jahr, d. h. 5,9 % des Bruttosozialprodukts oder über 100 Dollar pro Jahr und Kopf der Bevölkerung. So bedeutsam solche Anstrengungen — besonders für ein kleines Land wie Griechenland, das mit ernsthaften wirtschaftlichen Entwicklungsproblemen zu kämpfen hat — sein mögen, so darf der griechische Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung des NATO-Gebietes nicht nur quantitativ gemessen werden, sondern muß auch qualitativ gesehen werden: Gut ausgebildet, mit ausgezeichneter Moral und berühmt für ihren Kampfgeist, leisten die hellenischen Streitkräfte einen höchst wertvollen Beitrag zur Verteidigung des Bündnisses." Über die Türkei heißt es im gleichen Heft: „Dieser bedeutsame Beitrag an Hilfsmitteln und Menschen ist ein wesentlicher Aktivposten der Sicherheit der NATO in einem äußerst anfälligen Gebiet an der Südostflanke des Alliierten Kommandos Europas." So offen werden heute bereits die Instrumente des Terrors und der Unterdrückung gefeiert!

Kwame Nkrumah

Nachrichtensperre über Ovambo-Streik

Noch immer streiken in Namibia (Südwestafrika) rund 10 000 afrikanische Arbeiter. Dies teilte auf einer Veranstaltung der „Informationsstelle Südliches Afrika" in Bonn, Nora Chase, eine Vertreterin der „South West Africa National Union" (SWANU) mit. Die SWANU ist die zweitgrößte afrikanische Oppositionsbewegung in Namibia. Frau Chase erklärte weiter, die Behörden in Namibia hätten eine totale Nachrichtensperre über den Streik verhängt, daher bestehe eine Informationslücke in Europa. Der Ovambo-Streik, der sich gegen das Kontrakt-Arbeitssystem in Namibia richtet, dauert nunmehr über vier Monate.

Kurden und Moskau

Die seit Jahren gegen arabische Herrschaft und für ihre Selbstverwaltung kämpfenden nichtarabischen Kurden des Iraks haben vergeblich Hoffnungen auf den sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin gesetzt. Er hat die Einladung des Kurden-Aufstandsführers Mustafa Barsani, während seines Irak-Besuchs auch in das Kurden-Hauptquartier von Hadsch Umran in den Bergen des Nordens zu kommen, unbeachtet gelassen. Mehr noch: Kossygin stärkte die Position der irakischen Zentralregierung gegenüber den Kurden, indem er diesen öffentlich empfahl, sich mit Bagdad und den Baathisten endgültig zu arrangieren.

Die „Kurdische Demokratische Partei" (KDP) — Träger des langen Freiheitskampfes — wurde bisher von der Propaganda Moskaus immer als „antiimperialistisch" und als „Kämpfer für legitime Rechte" gelobt. Plötzlich ist diese Propaganda gestoppt worden.

Die Kurden, deren Anführer im Kampf um Selbstverwaltung teils selbst enge alte Verbindungen zur Sowjetunion haben, passen zur Stunde nicht mehr ins Moskauer Nahost-Konzept. Heute will Moskau Irak zu einer zweiten nahöstlichen Hauptbastion neben Ägypten machen. Einer zu diesem Zweck erstrebten Freundschaft mit den Baathisten stehen die Kurden im Weg. Die Kurden lehnen die Bedingungen ab, unter denen ihre KDP in die von den Baathisten gegründete „Nationale Front" eintreten soll. Die vor Jahren von den Baathisten blutig dezimierten Kommunisten dagegen haben dem Eintritt zugestimmt.

Truppenaufmarsch an Chinas Grenze

Die Sowjets hätten jetzt über ein Viertel ihrer aktiven Landstreitkräfte an der chinesischen Grenze stationiert, stellt das „Internationale Institut für strategische Studien" in London in seinem Jahresbericht für 1971 fest. Nach den Londoner Angaben stehen heute 44 sowjetische Divisionen entlang der chinesischen Grenze und damit 14 mehr als 1970. Im Laufe der letzten drei Jahre sei die sowjetische Truppenstärke in Fernost verdreifacht worden.

Vietnam – Entscheidende Phase

Seit Nixon seine Bereitschaft zum Abzug der US-Bodentruppen aus Vietnam kundgetan hat, wissen Hanoi und die FNL, daß sie militärisch einer neuen Phase des Befreiungskrieges entgegengehen. Washington würde in Zukunft vietnamesische Söldner für sich sterben lassen, um die boys zu schonen und den Unmut zu Hause zu dämpfen. Es würde aber die Organisation des Krieges und die Bewaffnung der Saigoner Truppen (Logistik) sowie die technische Kriegführung (Bombardierung, Beschießungen, elektronischer Krieg) in eigener Regie weiterführen. Die USA wollten also den Materialkrieg weiter betreiben, aber die Hautfarbe der Leichen auf den Schlachtfeldern ändern (‚Vietnamisierung'). Nixon hat in der Vergangenheit nicht damit gegeizt, solche Kriegsführung zu demonstrieren. Er ließ mehr Bomben in seiner Amtszeit von drei Jahren abwerfen, als sein Vorgänger Johnson in 5jähriger Präsidentschaft. Die Washington Post weiß zu melden, daß in jeder Minute von Nixons Amtszeit durchschnittlich 1 Tonne Bomben vom vietnamesischen Himmel fiel. Die Entsendung zahlreicher Flugzeugträger und Luftgeschwader in den letzten Wochen, die täglichen Einsatzrekorde der Luftwaffe nun auch wieder gegen zivile Objekte in Nordvietnam und die von Washington beschlossene totale Blockade Nordvietnams signalisieren in fürchterlicher Weise wie imperialistische Herrschaft letztlich nur noch, wenn überhaupt, gesichert werden kann – durch Brutalität und Vernichtung.

Zusätzlich zur ‚Vietnamisierung' und zur mechanisch-militärischen Offensive zeichnete sich eine politische Offensive ab, um die verfeindeten Großmächte UdSSR und China zu einer Minderung ihrer Unterstützung des Befreiungskrieges zu veranlassen. Ihr erster Höhepunkt war die Reise Nixons nach Peking, der zweite ist der für den 22. Mai geplante Besuch in Moskau.

Die Befreiungsfront und Hanoi konnten und können nicht damit rechnen, daß die USA ihr Kriegsziel, die Sicherung Südvietnams für ihren imperialistischen Einflußbereich, aufgegeben haben. Ihre Antwort auf die amerikanische Strategie geht deshalb zurecht nach wie vor davon aus, daß nur die Änderung der Machtverhältnisse in Südvietnam eine Entscheidung herbeiführen kann. Daß außerdem in Strategie und Taktik der Befreiung auch die weltpolitischen und die inneramerikanischen Verhältnisse entscheidend mit eingehen müssen, ist selbstverständlich.

In ihrer Antwort auf die amerikanische Kriegführung mußten die Strategen der Befreiungsfront eine Reihe zum Teil gegenläufiger militärischer und politischer Faktoren berücksichtigen. Zunächst mußte die Ausschaltung der amerikanischen Bodentruppen abgesichert sein. D. h., ein Angriff konnte erst zu einem Zeitpunkt erfolgen, zu dem zumindest bereits so viele GIs Südvietnam verlassen hatten, daß ein wirksames Eingreifen der USA auf dem Lande nur durch eine Rückführung von Kampftruppen möglich sein würde. Dies aber, so ließ sich ziemlich sicher in die Kalkulation einstellen, konnte sich Nixon in einem Wahljahr nicht leisten, wenn er nicht im eigenen Lande heftige Emotionen gegen sich mobilisieren wollte. Die Rücksichtnahme auf diesen Faktor erklärt auch, warum der Angriff der Befreiungsfront viel später kam, als allgemein erwartet worden war. Außerdem durfte sie, um den Abzug nicht zu stören, den Schein einer erfolgreichen Vietnamisierung zunächst nicht in Frage stellen. Dieses Kalkül scheint auch nach der Erklärung Nixons über die Blockade Nordvietnams zugunsten der Befreiungsfront aufzugehen.

Die anderen Rahmenbedingungen setzten dagegen die Befreiungsbewegung unter Zeitdruck. Trotz der hohen Desertionsrate mußte bei längerer Ausbildungszeit mit einer zunehmenden Stabilisierung der Saigoner Truppen und mit wachsender Kampfkraft durch bessere Ausbildung an den amerikanischen Waffen gerechnet werden. Das aber hätte den Befreiungskampf erschwert und zusätzliche Opfer bedeutet. Neben diesem militärischen Faktor stellte auch der von den Amerikanern sorgfältig kultivierte Mythos von dem Erfolg der ‚Vietnamisierung' des Krieges eine ernsthafte Gefährdung von Positionen im internationalen Bereich dar. Konnte doch gerade dieser Mythos bei den der Befreiungsbewegung befreundeten Großmäch-

Zerstörungswahnsinn wie bei Hitler

Helmut Gollwitzer: Ansprache bei der Vietnam-Demonstration in Westberlin am 22. 4. 1972

Das Eingreifen der Amerikaner in den vietnamesischen Bürgerkrieg war, wie man mit einem zynischen Wort Talleyrands sagen kann, ein Verbrechen, schlimmer noch: eine Dummheit. Die Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams ist ein nacktes Verbrechen, ohne jeden politischen Sinn, nicht einmal mit Dummheit zu entschuldigen, nur noch pure Rache. Daß der vietnamesische Volkskrieg gegen die Clique von Saigon auch mit amerikanischem Militär nicht niederzuwerfen ist, solange man sich nicht zur Ausrottung des Volkes mit Atomwaffen entschließen kann, wußten von Anfang an einige, dann viele, dann sah man es endlich auch in Washington ein, und bevor die neue Offensive des Vietcong und der Nordvietnamesen begann, konnte man überall in der westlichen Presse lesen, es sei nur noch eine Frage des Datums, daß die Diktatur Thieus beseitigt und Südvietnam kommunistisch werde. Dieses Datum ist durch die Offensive nur näher gerückt. Die armen Kerle der südvietnamesischen Regierungsarmee haben nichts, wofür sie sterben. Sinnlos werden sie wie Schlachtschafe von ihrer Militärpolizei ins Feuer der Befreiungsarmee getrieben. Sinnloser Nihilismus ist die totale Bombardierung Nordvietnams durch die amerikanische Luftwaffe. Dies alles ist so offenbar nihilistisch wie Hitlers Zerstörungswahnsinn in der letzten Phase des zweiten Weltkrieges. Die Bevölkerung Südvietnams, ausgelaugt durch die jahrzehntelange systematische Aussiebung und Ermordung aller oppositionellen Kader, kontrolliert durch den Terror-Apparat Thieus, hat nicht mehr die Kraft zum Aufstand. Sie ist mit eisernem Griff unter die unermeßlichen Leiden dieses Krieges gezwungen, und auch die Nicht-Kommunisten unter den Massen wollen nur noch eines: raus mit den Amerikanern und Frieden.

Die amerikanische Führung weiß das alles. Sie kann für das kalt geplante Verbrechen dieses Krieges und für das Verbrechen dieser letzten Wochen keine entschuldigenden Argumente mehr vorbringen. Was da „Vietnamisierung" genannt wird, ist der Versuch der Komplizen von Washington und Saigon, die Niederlage und das Gericht noch eine Weile hinauszuschieben. Jeder kann jetzt wissen, wozu herrschende Cliquen gegen ihre eigenen Völker ebenso wie gegen andere Völker fähig sind:

2½ Millionen Tote, davon eine Million Kinder, – viele Quadratkilometer des Landes entlaubt und unfruchtbar gemacht, – was schert sie das? Der Geruch des verbrannten Fleisches, das Stöhnen der Gefolterten, das Verfaulen in den Tigerkäfigen, – das eigene Volk als lebendiges Versuchskarnickel für die neueste Waffentechnik, – das läßt sie kalt auf den Tennisplätzen und Badestränden von Saigon, solange sie nur ihr Schäfchen ins Trockene bringen. Sie sind samt ihren amerikanischen Klassen-Komplizen zu nichts anderem fähig als zu einem System der Korruption, der Prostitution und des Terrors, und als Heuchelei entlarvt ist ihre Behauptung, es gehe ihnen um den Schutz der Freiheit und der Demokratie in Vietnam. Es geht ihnen um nichts anderes als darum, ein Volk, das mit unvorstellbarem Heroismus kämpft, zu Boden zu werfen und ihm sein Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern.

Diejenigen aber, die bei uns in deutschen Angelegenheiten vom Selbstbestimmungsrecht schreien, klatschen noch Beifall zu diesem Völkermord und behaupten, in Vietnam würde auch unsere Freiheit und auch Berlin verteidigt. 1968 haben Gudrun Enßlin und ihre Freunde in ihrer Verzweiflung über die moralische Dickfelligkeit der bundesrepublikanischen Bevölkerung und ihrer offiziellen Repräsentanten mit einem Kaufhausbrand als sinnlich anschaulichem Zeichen die Menschen aufrütteln wollen. Sie haben dabei keinen Menschen gefährdet. Aber wegen Menschengefährdung wurden sie zu 3 Jahren Zuchthaus ohne Bewährung verurteilt und ihr Gnadengesuch abgelehnt, dies alles von Leuten, die die Menschenvernichtung in Vietnam allerhöchstens eine „tragische Verstrickung" der bedauernswerten USA-Regierung nennen. Allmählich hat sich auch in der Bundesrepublik etwas mehr Erkenntnis von der Wahrheit über Vietnam durchgesetzt. Aber die Nato-Allianz preßt die westeuropäischen Regierungen ins Schweigen. Noch ist es eine Utopie zu hoffen, das Bonner Parlament werde ebenso handeln wie jetzt das dänische, das mit 120 zu 57 Stimmen die Bombardierung Nordvietnams verurteilt und den Abzug aller ausländischen Truppen aus Indochina und die Nicht-Einmischung der auswärtigen Mächte gefordert hat. Der Ehre Dänemarks steht unsere Schande gegenüber..

Darum demonstrieren wir heute hier wie in den anderen westdeutschen und westeuropäische Städten. Es scheint ein ohnmächtiger Protest zu sein, und es ist wahrhaftig nicht viel, wenn wir hier wohlgenährt 1½ Stunden durch die Straßen ziehen, während dort in Vietnam geblutet und geflohen wird. Aber es ist noch besser als gar nichts zu tun. Geld sollten wir auch sammeln, da wir alle genug haben, um zu geben. Druck der öffentlichen Meinung soll sich auf unsere Regierungen richten, damit sie endlich gegen die falsche, die heuchlerische, die volksverderbende Vietnamisierung für die wahre Vietnámisierung eintreten: für das Recht des vietnamesischen Volkes, selbst sein Geschick und seine Zukunft zu bestimmen. Haben wir dazu beigetragen, dann haben wir auch für uns etwas bewirkt: für den Frieden zwischen den weißen und den farbigen Völkern, für das Ende jedes Kolonialismus, für das Ende unserer Ausbeuterhaltung, für unsere eigene, von reaktionären Kräften schon wieder bedrohte Freiheit.

ten mögliche Tendenzen zur Suche nach Verhandlungslösungen auf eigene Faust verstärken. Hatte nicht Nixons cleverer Unterhändler Kissinger schon Sondierungsgespräche in Moskau über das Vietnam-Problem geführt!
Aus diesen Gründen mußte die ‚Vietnamisierung' und ihr Mythos schnell und möglichst noch vor dem Eintreffen Nixons in Moskau vor den Augen aller Welt zerschlagen

Modellaktion: Bomben entschärft

Am 26. März erklärte die ‚Citizen's Commission to Demilitarize Industry' (Bürgerkommission zur Demilitarisierung der Industrie), daß sie im März mehrere hundert Bomben sabotiert habe. ‚From the other Side of the World' berichtete am 12. April, die Genossen Saboteure hätten diese direkte Aktion gegen die „American Machinery and Foundry Co." unternommen, die einen Millionenvertrag mit der US-Navy abgeschlossen hat. Sie hätten die Plastikköpfe der Umschalungen abmontiert und unbrauchbare Zünder eingesetzt und so ‚die Bomben unschädlich gemacht'. Die in dieser Fabrik hergestellten Bomben werden zum größten Teil in Indochina verwendet.

werden. Schließlich war in die Strategie aufzunehmen, daß der amerikanische Präsident nur bis zu den Wahlen im Herbst in seiner Bewegungsfähigkeit beschränkt ist. Nach seiner wahrscheinlichen Wiederwahl wird er weit ungehinderter und brutaler agieren können.
General Giap stand so unter Zugzwang. Die angedeuteten Rahmenbedingungen und die Tatsache, daß der bisherige Guerilla-Krieg nun in einen fast-konventionellen Krieg verwandelt wurde, weist darauf hin, daß die politische und militärische Führung jetzt darauf zielt, die militärische Entscheidung in Südvietnam zu erzwingen, zumindest aber den Druck auf Washington so weit zu verstärken, daß es bereit ist, ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziele der Neutralisierung Indochinas und der dann tatsächlichen Vietnamisierung des Konfliktes zu führen.
Die bisherige militärische Offensive der Befreiungsfront (10. 5.) hat in dieser Hinsicht anscheinend größere Erfolge gegenüber der ‚Vietnamisierung' erzielt, als unsere Nachrichtenagenturen zugeben. Nach Meldungen des in Hanoi herausgegebenen Vietnam Courier sind ganze Einheiten, wie z. B. das 56. Infanterie Regiment Saigons zur Befreiungsbewegung übergelaufen. Es soll aber auch Massenerhebungen der Bevölkerung gegeben haben. So in den Bezirken Gio Linh und Cam Lo, in denen etwa 100 000 Menschen leben. Hierbei haben sich vielfach auch die von Saigon eingerichteten Milizen und ‚Selbst-Verteidigungsverbände' auf die Seite der Befreiungsbewegung geschlagen.

Wenn gegenwärtig die westlichen Massenmedien nur die amtlichen (natürlich aus Washington und Saigon stammenden) Nachrichten über die großen Fluchtströme der Bevölkerung melden, so suggerieren sie infamer Weise, sie flöhe vor der Befreiungsfront, damit die alte Kommunistenangst anheizend. Doch die Wirklichkeit ist anders. Die amerikanische und von Saigon willig übernommene Taktik der ‚Feuerfrei-Zonen', in denen auf alles und jeden geschossen wird, dürfte kaum ein Vietnamese in solcher Situation vergessen. Die Bevölkerung flieht außerdem vor der rücksichtslosen Bombardierung durch die US-Luftwaffe. Ferner bietet nur Flucht eine Chance, der von den Saigoner Generälen befohlenen Taktik der verbrannten Erde, nach der nicht nur Dörfer und Städte vernichtet, sondern auch Zurückbleibende als ‚Vietcong-Sympathisanten' liquidiert werden, zu entrinnen. Es ist deshalb objektiv falsch, die Fluchtströme als ein Zeichen für geringen

Rückhalt der Befreiungsfront zu werten. Vielmehr sind sie ein Zeichen für die Brutalität der von den USA betriebenen Vernichtungsstrategien.
Der Rahmen für eine politische Regelung des Vietnam-Konfliktes, der es Washington gestatten soll, das Gesicht zu wahren, ist schon seit langer Zeit abgesteckt. Die Befreiungsfront fordert nicht die triumphale Einführung einer sozialistischen Regierung und die sofortige Umgestaltung der Gesellschaft, wie einige sicher wohlmeinende Kritiker aus europäischen Ländern es ihr empfehlen, sondern schlägt, orientiert an Maos Begriff von der ‚Neuen Demokratie', eine Regierung auf breiter Basis vor, in der alle Schichten und Kräfte des Volkes repräsentiert sein sollen. Bei diesem Vorschlag geht die Provisorische Revolutionäre Regierung zweifellos davon aus, daß die Befreiungsfront und in ihr die Kommunisten die führende Kraft sein werden, so daß wie weiland in China eine solche Koalition nicht Gefahr laufen dürfte, Vietnam erneut zum Satelliten imperialistischer Mächte werden zu lassen. Ohne ihre Fernziele aus dem Auge zu lassen, hat damit die Provisorische Revolutionäre Regierung einen Vorschlag auf den Pariser Verhandlungstisch gelegt, der es Washington erlauben könnte, seine Haltung zu ändern. Der führende Asienexperte des amerikanischen Außenministeriums bezeichnete denn auch bereits die Neutralisierung Südostasiens beiläufig als das Fernziel der USA (FR 28. 3. 1972). Selbstverständlich wird Washington eine solche Lösung nur unter Druck akzeptieren und das Steuer im Sinne seiner bisherigen Politik herumreißen, wenn immer sich eine Möglichkeit hierzu ergibt. Der jüngste Befehl Nixons, die nordvietnamesischen Häfen zu verminen und zu blockieren, zeigt mit aller Schärfe, zu welch weitgehenden Konsequenzen in der Verteidigung imperialistischer Herrschaft die USA entschlossen sind. Kann Breschnew noch mit Nixon verhandeln?
Washington wird vorerst weder den militärischen Einsatz beenden noch den diplomatischen Kampf weniger erbittert führen. Nur wenn es der Befreiungsfront gelingt, die ‚Vietnamisierung' offensichtlich und endgültig scheitern zu lassen, wird für die Kämpfer Licht am Ende des Tunnels sichtbar werden. Doch dieser Kampf ist keine Einbahnstraße des Sieges für die Befreiungsfront. Der von Nixon befohlene totale Vernichtungskrieg stellt eine große Bedrohung dar. Wenn internationale Solidarität von Sozialisten eine reale Bedeutung hat, dann ist jetzt die Situation gekommen, sie durch erhöhten Druck auf die USA zu beweisen. Der Kampf um Vietnam ist in seine entscheidende Phase eingetreten.

ANDREAS BURO

Auch Santiago Carrillo in der BRD unerwünscht

Am 30. April, am Vorabend des 1. Mai, demonstrierten über 6000 Spanier auf dem Campus der Frankfurter Universität für Freiheit und Demokratie in Spanien. Zu der Veranstaltung hatte in Zusammenarbeit mit spanischen Genossen ein Solidaritätskomitee aufgerufen, dem, außer den Frankfurter Jusos, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und den Jungdemokraten auch das Sozialistische Büro angehört.
Nach dem Schriftsteller Marcos Ana, der 23 Jahre in spanischen Zuchthäusern verbracht hat, ergriff Santiago Carrillo, der Generalsekretär der spanischen kommunistischen Partei (PCE) das Wort. Beide wurden begeistert begrüßt. Aber sie hätten gar nicht sprechen dürfen. Das Franco-Regime hatte interveniert und der clevere Innenminister Genscher verhängte ein weiteres Einreiseverbot. Faschisten haben also Einfluß darauf, wer in der BRD auftreten darf und wer nicht. Denn spanische Minister dürfen, wie kürzlich der Informationsminister der Francoregierung, herumreisen und reden vor wem und mit wem sie wollen, werden mit allen Ehren empfangen.
Aber Ana und Carrillo sprachen doch. Sie waren sogar ohne Schwierigkeiten eingereist — allerdings an anderer Stelle, als es die deutschen Grenzüberwachungsorgane erwartet hatten. Als die Frankfurter Polizei sie erstmals sichtete, saßen sie bereits auf der Tribüne, unter den violett-gelbroten Fahnen der spanischen Republik. Die Polizei erwog daraufhin die Verhältnismäßigkeit der Mittel und des Einsatzes; denn wie 6000 spanische Genossen bei einer Festnahme reagiert hätten, war abzusehen.
Santiago Carrillo analysierte die Lage in Spanien. Die wachsende und militante Opposition sei eine Folge der Zusammenarbeit der wichtigsten Gruppen und Parteien in einer Anti-Franco-Koalition, die auch nach dem Sturz des faschistischen Regimes die Grundlage für eine demokratische Regierung sein würde. Die PCE, die diese Koalition initiiert und realisiert hat, sei davon überzeugt, daß die Wiederherstellung der Demokratie auch einen sozialen Umwandlungsprozeß zur Folge habe und eine sozialistische Demokratie aus einer fortschreitenden Entwicklung hervorgehen werde.
Die führende Rolle der PCE ergebe sich aus der Tatsache, daß die PCE in der Theorie und Praxis unabhängig sei; d. h. den ideologischen Führungsanspruch der sowjetischen Partei nicht anerkenne, das Konzept des politischen Kampfes in Spanien selbst bestimme und unter den kommunistischen Parteien kritisch und selbstbewußt ihre Stimme erhebe ... Die PCE hat u. a. die Intervention in der CSSR scharf abgelehnt.
Auch die Politik Stalins im spanischen Bürgerkrieg und die damalige Unterwerfung der Partei unter Moskauer Weisungen mit all ihren verheerenden Folgen für den Kampf und die Kämpfer selbst hat sie aufgearbeitet und kritisch bewältigt.
In der Arbeit der Arbeiter- und Bauernkommission (s. „links" Nr. 26 u. 27) ist die neue Linie am sichtbarsten und überzeugendsten zum Ausdruck gekommen. Im ideologischen Streit zwischen Moskau und

Aufgestoßen ...

Beim Osterkongreß der SDAJ in Stuttgart grüßte eine Delegierte des Bundes junger Arbeiter der USA die SDAJ-Delegierten. Dabei kündigte sie u. a. die Kandidatur von Gus Hall, dem Vorsitzenden der amerikanischen KP, bei den Präsidentschaftswahlen an. Sollte Gus Hall Präsident werden, so sagte die junge Genossin unter tosendem Beifall der deutschen Kommunisten, werde er sofort alle politischen Gefangenen freilassen. Außerdem werde er sofort den Vietnam-Krieg beenden.
Schön und gut, dachte ich. Aber was ist nun, wenn Gus Hall wider Erwarten nicht Präsident der USA wird? ohm

Peking tritt die PCE vermittelnd auf (Carrillo war erst kürzlich bei Mao Tse Tung) ohne daß „wir einen neuen Führungsanspruch zugunsten eines alten anerkennen würden. Jede Partei muß – im Rahmen der internationalen Solidarität aller Kommunisten und Sozialisten – anhand der vorgefundenen gesellschaftlichen Bedingungen – das Konzept des eigenen Kampfes bestimmen können."

Die PCE unterlag aufgrund ihres selbständigen Kurses nie der Gefahr einer Spaltung. Selbst die spanischen Emigranten in der SU folgten dem Emanzipationsprozeß ihrer Partei. Der Bürgerkriegsgeneral Lister, der von außen gefördert, gegen diese Entwicklung polemisierte, blieb isoliert. Carrillo: „Lister hat sich in der Vergangenheit große Verdienste erworben. Aber dann hat er – obgleich das bei uns Kommunisten nicht üblich ist – mehr als 20 Jahre geschlafen."

Carrillo hatte auch die 600 Spanier in Frankfurt auf seiner Seite. Nur mit großen Anstrengungen konnte er sich nach seiner Rede aus dem Jubel, den Umarmungen und Händeschütteln lösen.

Auf einer anschließenden Pressekonferenz, zu der die Frankfurter Tageszeitungen die Entsendung von Lokalberichterstattern – die politisch nichts zu fragen wußten – für ausreichend hielten, erläuterte der Frankfurter Polizeipräsident intern seine schwierige Mission, sofort dafür zu sorgen, daß Ana und Carrillo das Territorium der BRD verlassen. Beide versprachen es für den nächsten Tag; Ana reiste nach Paris, Carrillo nach Bukarest zu einer Konferenz mit Ceaucescu. Dieser ist in der BRD eingeladen – als Staatsmann. Kommunisten in der Opposition jedoch gefährden die Beziehungen der BRD zu einem faschistischen Staat. War nicht einst Willy Brandt ein sozialistischer Korrespondent im spanischen Bürgerkrieg?

Und was erklärte der Frankfurter SPD-MdB Hans Matthöfer, Freund und Förderer der „sozialistischen spanischen Opposition" gegenüber der Presse? Er sei gegen diese Kundgebung und das Auftreten eines spanischen Kommunisten. Überhaupt – die Tätigkeit ausländischer politischer Parteien auf deutschem Boden könne nicht länger vertreten werden.

Die Verfasser der neuen Ausländergesetzgebung werden es gerne gehört haben.

HEINER HALBERSTADT

Bonner Staatsschauspiele

Ein Hauch von Parlamentarismus scheint die „repräsentative Demokratie" in der Bundesrepublik zu streifen. Ist dieser Parlamentarismus auch eher „government by corruption" als „government by discussion", so sind die Gewissen der Abgeordneten doch schwer berechenbar. Die parlamentarische Pattsituation rückt aber nicht nur Abstimmungen und taktische Kulissen der Haupt- und Staatsaktionen in den Mittelpunkt des öffentlichen politischen Interesses. Seit dem versuchten Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt ist ein Politisierungsprozeß eingetreten, der eine der ganz seltenen Chancen bot, eine einschneidende quantitative und qualitative Umgruppierung der politischen Lager in der Bundesrepublik zu erreichen. Aus verschiedenen Meinungsbefragungen wissen wir, daß die Sozialdemokratische Partei in dieser Situation die Chance hatte, die Hälfte aller Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Darüber hinaus war die Identifikation vor allem mit dem eine politische Wende in der Nachkriegsgeschichte symbolisierenden Willy Brandt nicht nur personalistischer Art; für jeden, der die Traditionen deutscher Politik kennt und sie nicht an absoluten Maßstäben abstrakt mißt, sondern in ihrer historischen Konkretion beurteilt, ist der demokratische Politisierungsprozeß unübersehbar. Er ist gewiß weit davon entfernt, eine bewußte sozialistische Tendenz zu besitzen. Im Gegensatz zu den Machteliten der westdeutschen „Reformkräfte" hat die deutsche Rechte diesen Prozeß genau wahrgenommen. Sie sträubte sich in klarer Erkenntnis der konkreten Lage gegen Neuwahlen und zog daraus, nach der Niederlage Barzels, politische Konsequenzen selbst auf die Gefahr ihrer vorübergehenden inneren Krise hin. Barzels Versuch, Brandt zu stürzen, war das risikoreiche Unternehmen, die Einheit der CDU/CSU durch ihre Rückkehr an die Machthebel und Pfründen des Staatsapparates zu bewahren und die Ausgangsposition der Unionsparteien bei Neuwahlen zu verbessern. Nach dem Scheitern dieses Versuches konnten sie nur ein Interesse haben: Sofortige Neuwahlen zu verhindern. Neuwahlen ließen sich jedoch nur vermeiden, wenn die ‚Ostverträge' eine parlamentarische Mehrheit fänden. Die Unionsparteien mußten also versuchen, einen Weg einzuschlagen, der sowohl die aus außenpolitischen Gründen unabweisbare Ratifizierung der Verträge sichern als auch ihr rechtes Wählerreservoir bewahren konnte. Sie entschlossen sich zur „Enthaltung" und gaben den Weg zu einer Mehrheit frei. Die politische Taktik der Unionsparteien nach den letzten Bundestagswahlen war darauf gerichtet, die parlamentarisch ausgefallenen Stimmen der NPD an sich zu ziehen, um dadurch eine absolute Stimmenmehrheit zu erhalten. Die politische Strategie zielt nach wie vor auf einen antikommunistischen Autoritarismus im Innern und auf eine Revision des europäischen Status quo nach außen. In dieser Lage mußte ein Teil ihrer Repräsentanten in der strikten Opposition gegen die außen- und innenpolitisch bedeutsamen Verträge verharren, während der andere Teil „staatspolitische Verantwortung" beweisen und die Ratifizierung in einer Form ermöglichen sollte, die zugleich den Revisionsanspruch offen hält. Die gemeinsame Entschließung zu dem Vertragswerk verweigert so jegliche rechtliche und formelle, dauerhafte Anerkennung der bestehenden Grenzen, stellt sich selbst unter den nicht allein verbal gemeinten Vorbehalt einer Friedensvertragsregelung für „Gesamtdeutschland" und betont die Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes – alles mögliche Revisionsansätze des Vertragswerks, das derart auch nicht mehr sein soll als die bloße Beschreibung eines modus vivendi. Kein Zweifel kann bestehen, daß diese Absichtserklärung, was die CDU/CSU angeht, im Gegensatz zu der inneren Konsequenz und dem wirklichen Inhalt des „konkreten Gewaltverzichts" in den Verträgen steht, wie sie von der Regierung Brandt einmal abgeschlossen wurden. Sogar die FAZ muß deshalb fragen, was eigentlich von der Substanz der Verträge noch übrig bleibt? „Die Folge wird sein, daß das übrig gebliebene Porzellan auf der Gegenseite weiter reduziert wird" (15. 5. 72). Selbst was im Artikel 1 festgelegt ist, daß nämlich die bestehende Grenzlinie die „westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet", wird in der Entschließung wieder in Frage gestellt. Bundeskanzler Brandt sprach im Bundestag davon, daß politische Entscheidungen auf zwei Wegen bekämpft werden können: indem sie unverhüllt abgelehnt und indem sie „verwässert, zerredet, zerfasert" werden. Das letztere ist geschehen; es mußte das Interesse der gesamten CDU/CSU sein.

Die politische Taktik der Regierungsparteien ist in der Tat nur schwer verständlich. Sie wäre nur dann richtig, wenn tatsächlich eine innere Paralysierung der CDU/CSU erreicht und wenn die gemeinsame Entschließung zu einem unverbindlichen Verbaldokument herabgesetzt würde. Beides scheint aber für absehbare Zeit gleich unwahrscheinlich zu sein, auch wenn Machtkalküle von Kanzler- und Ministerprätendenten in der CDU/CSU einiges zum ersteren beitragen mögen. Noch ist indessen der alte Plan nicht vergessen, die CDU in eine Koalition mit einer selbständigen Rechtspartei zu zwingen (die einmal Herr Zogelmann vorbereiten sollte), deren Kanzler dann Franz-Josef Strauß, als Mann der Mitte zwischen Deutscher Union und CDU, hieße. Weit gesicherter ist jedoch die Beobachtung Rudolf Augsteins, daß nur Herr Barzel in den letzten Wochen „gehandelt hat wie einer, der seiner Partei und sich selbst im Kampf um die Macht einen Vorteil verschaffen will" (Spiegel, 15. 5. 72). Und fast sicher ist es, daß SPD und F.D.P. im Grunde keine Strategie des Handelns hatten, sondern sich durch die Ereignisse treiben ließen. Es ist unverständlich, daß die Führungsgruppe der SPD, daß insbesondere Brandt, aber auch die F.D.P., die Logik und die Attraktivität ihrer Außenpolitik gegenüber der UdSSR und ihrem Lager durch die Manöver der CDU/CSU fast bis zur Unkenntlichkeit verwässern ließen. Nicht weniger unverständlich scheint es, daß SPD und F.D.P. aus Furcht vor einem neuerlichen Mißtrauensvotum die nicht wiederkehrende Chance eines politischen Mandats verpaßten, mit Hilfe von Neuwahlen und einer weitreichenden Politisierung die mögliche einschneidende politische Umgruppierung der westdeutschen Nachkriegszeit zu erreichen. Stattdessen haben sie, an den Krippen des gewiß ergiebigen Staatsapparates hängend, sogar das Gespinst einer Allparteienregierung in die Welt gesetzt.

Die Furcht vor einer demokratischen (nicht: sozialistischen) Politisierung hat die westdeutsche Rechte unverhohlen ausgesprochen. Diese Furcht reicht weit bis in das „Regierungslager" hinein. So beschwört der Chefredakteur des „Spiegel", Herr Gaus, eine „Verflachung der Politik auf den primitivsten Augenschein" und denunziert das – übrigens ja gar nicht gewährte – Prinzip der Öffentlichkeit politischer Entscheidungsfindung als einen „Irrtum" über das Wesen des Parlamentarismus („ob er nun herrührt aus den Klippschulvorstellungen über

DGB-Fernschreiben
Distanz zu den spontanen Betriebsaktionen

Düsseldorf, 26. 4. 1972. An die Mitglieder des Bundesvorstandesvorstandes und die Vorsitzenden der DGB-Landesbezirke

Liebe Kollegen!

Der Geschäftsführende Bundesvorstand hat sich heute mit der gegenwärtigen politischen Situation in Bonn befaßt und zur Frage des Antrages der CDU/CSU auf Durchführung eines konstruktiven Mißtrauensvotums folgende Haltung eingenommen:

Der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB vertritt die Auffassung, daß ein konstruktives Mißtrauensvotum zu den im Grundgesetz vorgesehenen parlamentarischen Spielregeln gehört. Die Opposition hat, wie Bundeskanzler Brandt erklärte, von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht. Der GBV sieht keine Veranlassung, solange die verfassungsmäßigen Bestimmungen eingehalten werden, besondere Aktionen durchzuführen oder dazu aufzurufen. Der DGB wird sich weiterhin entschieden für eine Ratifizierung der Ostverträge einsetzen.

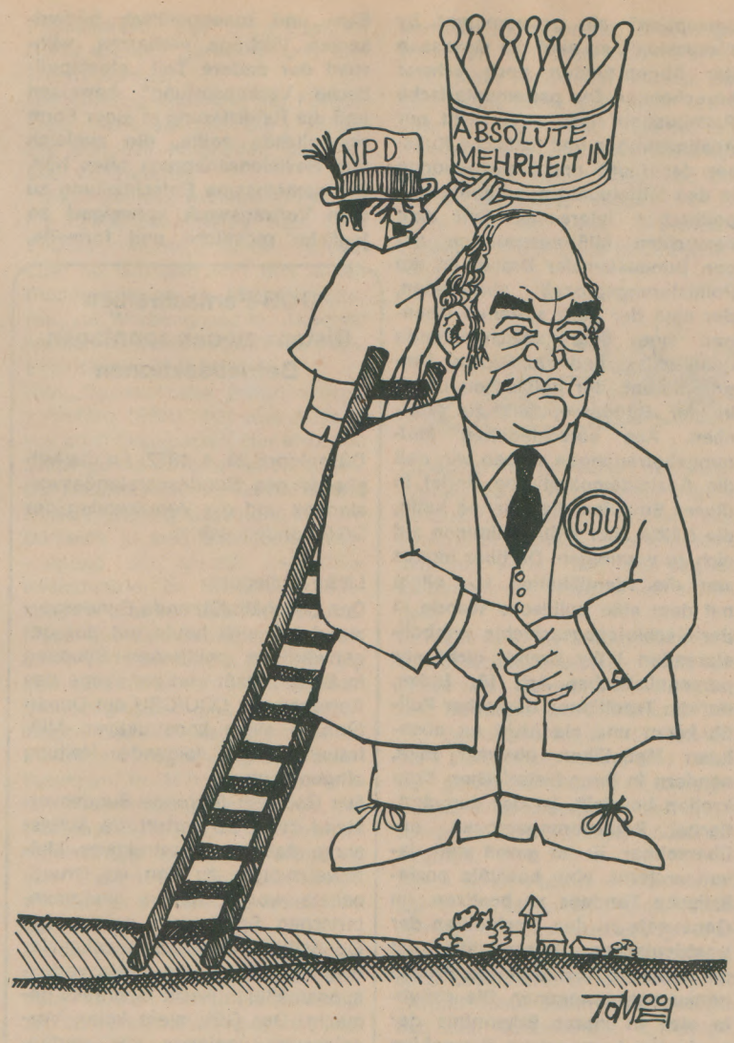
Mit der Bitte um Kenntnisnahme, DGB-Bundesvorstand, Vorsitzender, Heinz Oskar Vetter.

Parlamentarismus oder Seminarträumen von schrankenloser Demokratisierung"). Im selben Atemzug bezeichnet der vortreffliche Demokrat das „westdeutsche Staatsvolk" als einen „verwöhnten Wechselbalg", der keinen „Schluckauf kriegen" könne, was an der „Unsicherheit" liege, die hierzulande alle Institutionen des Staates und seiner Gesellschaft bestimmt" (Spiegel, 15. 5. 72). Nun sind nicht die Institutionen unsicher, sondern die Machteliten in ihnen. Fürchtet so die freilich hysterische Frankfurter Allgemeine Zeitung die „unvermeidliche Politisierung der Bürgerschaft" durchs Fernsehen („Ohne Kontrastprogramm"), so hatte der Bundesvorstand des DGB nichts Eiligeres zu tun, als die „lieben Kollegen" davon zurückzuhalten, ihre politische Meinung durch Demonstrationen und Kundgebungen öffentlich und unmißverständlich zu bekunden. Was für Herrn Strauß die „Straße" ist, ihn an SA und SS erinnert und ihm das Menetekel einer Volksfront scheint, nämlich die demokratische Selbstverständlichkeit der öffentlichen Demonstration politischen Willens, ist dem Bundesvorstand des DGB unerwünscht. Er „sieht keine Veranlassung, solange die verfassungsmäßigen Bestimmungen eingehalten werden, besondere Aktionen durchzuführen oder dazu aufzurufen". In Wahrheit hatte auch er Furcht vor einer nicht institutionalisierten, außerinstitutionellen politischen Bewegung, die hier nur eine Bewegung der Linken sein konnte. Herr Strauß warnte Brandt vor dem „Ritt auf dem Rücken eines Tigers" und nannte den Versuch, die Verträge ohne die CDU/CSU zu ratifizieren, einen „kalten Staatsstreich". Was e r im Sinn trug, sprach er somit klar genug aus.

Ein Herausgeber der FAZ erkannte scharfäugig: „Jeder scheint auf seine Weise ein Radikaler geworden zu sein ... Überall gibt es heute auch Leute, die ... anscheinend gar nicht mehr anders können als zu politisieren" (und zwar im „Stil von Demagogen", natürlich!). „Das Fußballspiel England gegen die BRD war da geradezu eine Wohltat. Für einen Abend ... war man sich wieder einig, auf einmal gab es wieder Deutsche, die etwas Gemeinsames verbindet" (Jürgen Eick, 8. 5. 72: „Krakeel statt Vernunft"). Der erregte kluge Kopf, der den Fußball gegen das tätige Interesse an politischen Entscheidungen ausspielen will (im Namen der „repräsentativen Demokratie", wie sich versteht), hat wohl ausgesprochen, was eingestanden oder vorbewußt dem Bemühen um parlamentarische Gemeinsamkeit zugrundeliegt.

Die parlamentarische Situation läßt gegenwärtig keine handlungsfähige Regierung mehr zu. Jedes Gesetz, das sie vorschlägt, kann mit Stimmengleichheit abgelehnt werden. Daher ist es möglich, daß sich die „Gemeinsamkeit" in der Außenpolitik auch auf die Innen- und Wirtschaftspolitik formell erstreckt. Die Stoßrichtung einer solchen Politik angesichts der allgemeinen Entwicklung in der Bundesrepublik, ebenso wie angesichts des schwächsten Gliedes bei der Repräsentation organisierter Interessen, ist klar: es wird eine Politik sein, die sich gegen die Linke richtet und die im Namen innerer Sicherheit Säuberungsaktionen vornimmt. Diese Politik wird auch gegen die Sozialdemokratie ausschlagen. Wenn es nach den Olympischen Spielen im Oktober zu Neuwahlen kommen sollte und bis dahin die Minderheitsregierung Brandt im Amt bleibt, wird es mit aller Wahrscheinlichkeit zu spät sein, jenen Politisierungsprozeß zu aktualisieren, der in der Stunde des Mißtrauensvotums unübersehbar war. Die politische Identifikation mit Zielen und Motiven, für die Brandt vielleicht unfreiwillig zum Symbol wurde, schlägt in Apathie und Resignation um, wenn sie sich enttäuscht sieht. Das Verpassen historischer Chancen wird nicht vergeben. Wenn vollends wahr wird, was die Rancune des Konservativen gegen politische Öffentlichkeit schlechthin „die Bonner Staatsschauspiele" nannte (FAZ, 12. 5. 72), so stärkt dies in der gegebenen Situation mit größter Wahrscheinlichkeit die Reaktion. Möglich, daß die vorgeschobenen Positionen der sozialistischen Linken nur einigermaßen gehalten werden können, wenn sie dem alten Rat folgt und eine „Wissenschaft, wie man sich richtig zurückzieht", entwickelt. Ist es richtig, daß eine realistische Politik den Gruppen, die sie gewinnen will, immer nur um einen Schritt voraus sein darf, so hat die jüngste, von den Führungsgruppen der Reformkräfte verspielte Politisierung in der Bundesrepublik gezeigt, wie eine massenwirksame Politik heute auf eine massenhafte Unterstützung rechnen könnte — wäre sie entschlossen, den Staatsschauspielen aufzukündigen.

GERT SCHÄFER



Ohne Kontrastprogramm

J. G. Die Bundesrepublik gehört zu den wenigen parlamentarisch regierten Ländern, in denen eine ausgedehnte Fernsehberichterstattung über Parlamentsdebatten stattfindet. Die letzten großen Tage des Bundestages legen aber die Frage nahe, ob nicht zuweilen des Guten zuviel getan wird. Vom frühen Morgen bis in den Abend die parlamentarische Schlacht: ein solches Programm, das fast unvermeidlich eine Politisierung der Bürgerschaft bewirkt, die in Krisenlagen Krisenstimmung schafft, wird nicht immer vom Informationsauftrag der Medien gedeckt. Als anläßlich des konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Brandt sich Unruhe in Betrieben ausbreitete, konnte diese leicht durch andauernde unmittelbare Darstellung eines nicht jedem Bürger ganz verständlichen Vorgangs zur Hysterie erhitzt werden. Wird bedacht, daß Betriebsbelegschaften oder Studenten leichter zu spontaner Aktion zu organisieren sind als Hausfrauen, Rechtsanwälte oder Landwirte, so ergibt sich die Richtung der Aktion, welche die Politisierung sucht, von selbst. Gescheiter wäre es in solchen Fällen, den einen ihr Nachmittagsprogramm, den anderen ihre Unterhaltung wenigstens als Kontrast zu belassen. Im Interesse des Publikums liegt das allemal, aber auch in dem unserer Demokratie, die eine repräsentative ist und nicht mit Hilfe der elektronischen Medien zu einer direkten gemacht werden sollte.

FAZ v. 4. 5. 72

Neuerscheinungen

Evers/Lehmann: Politisch-ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der BRD, DM 8,—. Ableitung und Entwicklung der Grundprobleme, mit denen staatliche Politik und Planung unter kapitalistischen Verhältnissen konfrontiert werden, und die aktuelle Erscheinungsform dieser Grundprobleme, ihre Bedeutung für die Stellung und Funktion der Gemeinden, Kommunalplanung und -politik.

Dokumentation zur neuen Sozialistenverfolgung, dargestellt am Beispiel Mandel, DM 2,50. Aus dem Inhalt: Erklärung zur Sozialistenverfolgung. Dokumente zur Nichtberufung Ernest Mandels an die Freie Universität Westberlin. Dokumente zu Innenminister Genschers Einreiseverbot gegen Ernest Mandel. Reden der Solidaritätsveranstaltung für Ernest Mandel in Frankfurt.

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika, DM 4,—. Themen der Broschüre: Industrialisierung und Armut. Das Ausmaß der Zwangsarbeit in Südafrika. Südafrikas Außenhandel. Auslandsinvestitionen in Südafrika. Das Auftauchen eines südafrikanischen Blocks. Wichtige westdeutsche Firmen und ihre südafrikanischen Tochtergesellschaften.

Brasilien-Report, DM 2,50. Brasilien ist das Schlüsselland Lateinamerikas. Über Brasilien kontrollieren die imperialistischen Mächte den ganzen Subkontinent. Die brasilianische Revolution ist die Voraussetzung für das Gelingen der lateinamerikanischen Revolution. — Besonders ausführlich behandelt wird der Imperialismus der Bundesrepublik in Brasilien.

Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Zum Stellenwert der Ost-Verträge

Andreas Buro

Wollte man dem öffentlichen Mißverständnis über die Bedeutung der Ost-Verträge mit einer kurzen Formel entgegentreten, so könnte man sagen: Nicht die Ost-Verträge bringen die Entspannung, sondern die Entspannung bringt die Ost-Verträge. Sie sind Produkt einer Entwicklung, die sich schrittweise in den letzten 10 bis 15 Jahren vollzogen hat. Anfangspunkt dieser Entwicklung ist das militärische Patt zwischen den beiden Vormächten, das dem Versuch der USA, die durch den Zweiten Weltkrieg entstandene Machtverteilung zuungunsten der Sowjetunion zu verändern, ein Ende setzte.

Entspannungspolitik hat hier ihren Ursprung. Friedensliebe oder menschliche Einsicht waren kaum Paten dieser neuen Entwicklung. Aggressivität und Brutalität sind nach wie vor Kennzeichen imperialistischer Politik. Vietnam demonstriert es. Der Entspannungspolitiker Brandt baut nach wie vor auf eine Politik der NATO-Stärke und hält die Verbindungen zu offenkundig terroristischen Staaten in der Nachbarschaft wie Griechenland, Türkei, Spanien und Portugal warm.

Am Anfang war das Patt

Von der Grundsituation des militärischen Patts aus hat sich Entspannung zwischen den Metropolen in Rüstungskontrolle (vom heißen Draht über den Sperrvertrag bis zu konkreten Vereinbarungen über bevorstehende SALT-Vereinbarungen) und in der Normalisierung wirtschaftlicher Beziehungen (Aufhebung von Embargo-Vorschriften bis zur Ausweitung des Handels usw.) ausgewirkt. Abschließender Punkt der Entspannung ist die formale Garantie des in Europa herrschenden status quo. Davon ist vornehmlich die Bundesrepublik betroffen, muß sie doch lange gehegte Illusionen über die politische Wirklichkeit öffentlich zu den Akten der Vergangenheit legen.

In der BRD ist die SPD Exekutor dieser Entwicklung in den internationalen Beziehungen, die so, wie weiland in Versailles, die notwendige Schmutzarbeit für das System zu leisten hat. Dafür wird sie, was ebenfalls Tradition hat, bereits jetzt als Verräter der nationalen Interessen gebrandmarkt. Das Interesse der Koalition, die CDU/CSU doch noch zur Unterstützung der Ost-Verträge zu bewegen, hat hier ihre tiefere Ursache.

So sind die Ost-Verträge der symbolische Abschluß der Nachkriegszeit, die durch die Rekonstruktion der zerstörten kapitalistischen Staaten, die Entwicklung neoimperialistischer Politik gegenüber den armen Ländern und den gescheiterten Versuch, den Ost-Block doch noch zu zerschlagen, gekennzeichnet war. Aber die Ost-Verträge und wahrscheinlich in noch stärkerem Maße die geplante Europäische Sicherheitskonferenz sind auch Teil weiterführender Politik. Denn bereits im Schoße der Nachkriegsära ist die neue Phase weltweiter Auseinandersetzung angelegt. Die Interessen der einzelnen Mächte und die Auswirkungen der Verträge auf sie müssen daraufhin untersucht werden. Dazu eine Vorbemerkung: Für alle beteiligten Mächtegruppierungen bedeutet Entspannung, das Zugeständnis und die Einstellung darauf, daß von den möglichen Gegnern keine unmittelbare und direkte militärische Gefährdung mehr ausgeht, also Entlastung von außenpolitischem Druck. Gleichzeitig bringt sie jedoch desintegrative Tendenzen im jeweils eigenen Bereich zum Vorschein, die vorher durch die äußeren Spannungen zurückgehalten worden waren. Entspannungs-Politik stellt sich somit als eine dialektische Einheit von Spannungsverminderung und von gerade dadurch erst freiwerdenden Spannungen dar. Dies gilt für kapitalistische wie sozialistische Staaten gleichermaßen. Beide Seiten erkennen dies und richten ihre Strategien auf die möglichen Auswirkungen der neu in dem jeweils anderen System aufbrechenden Widersprüche.

Entspannungspolitik und imperialistisches Lager

Der Abbau der Konfrontation zwischen den Vormächten, der sich in besonderem Maße auf Europa auswirkt, gibt den imperialistischen Staaten freiere Hand, sich der Herrschaftssicherung in der ‚Dritten Welt' zuzuwenden. Dort haben sich in den sechziger Jahren zunehmend Befreiungsbewegungen entwickelt, die im Gegensatz zu den Dekolonisationsbewegungen nach 1945 davon ausgehen, daß nationale Befreiung nicht losgelöst von sozialer Befreiung erreichbar ist. Sozialistisch-kommunistische Orientierung war deshalb unausweichlich. Während bürgerlich nationale Befreiungsbewegungen wie jüngst noch in Bangla Desh für neo-imperialistische Herrschaft relativ ungefährlich sind und deshalb als ein Modernisierungsschritt bei der Sicherung imperialistischen Einflusses akzeptiert werden, bedrohen sozialistisch-kommunistische Bewegungen das Herrschaftsinteresse der Imperialmächte unmittelbar.

Die Normalisierung der Beziehungen der USA zur UdSSR wie auch zu China gestatten es darüber hinaus den Vereinigten Staaten, durch Schaukelpolitik die Differenzen zwischen China und UdSSR zugunsten eigener Zielsetzungen auszunutzen. In diesem Zusammenhang kann es für die USA nur vorteilhaft sein, wenn Moskau der Berlin-Hebel durch die Ost-Verträge entwunden wird. Entspannungspolitik bewirkt aber auch, daß die westeuropäischen Staaten nicht mehr wie bisher von dem amerikanischen Militärpotential abhängen und – gefördert durch die Klärung der Beziehungen zwischen BRD und DDR – zu einer Verselbständigung ansetzen können. Diese findet gegenwärtig ihren Ausdruck in der Erweiterung der EWG, in der Tendenz zu weiterer Integration, in rapider multinationaler Konzentrationsbewegung des Kapitals in Europa und in wachsender Konfrontation mit der amerikanischen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Eine Verstärkung von Spannungen zeichnet sich im Kampf um die Einflußnahme auf die Länder der ‚Dritten Welt' ab, von denen einige durch Assoziierungsverträge spezielle Beziehungen zu den EWG-Staaten entwikkeln, die Washington als Diskriminierung wertet.

Gegen solche Konfliktverschärfungen wirken allerdings auch integrierende Mechanismen: internationale Institutionen für Krisenmanagement (z. B. Internationaler Währungsfond, Zehnerclub, NATO), die multinationale Ausbeutung von Rohstoffquellen und nicht zuletzt das gemeinsame Interesse der Absicherung von Einflußzonen gegen jeden Wandel in Richtung auf sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Diese hier nur angedeuteten Momente lassen erkennen, daß von der Entspannung zwischen den Metropolen eine Verstärkung von desintegrativen Tendenzen im Bereich der kapitalistischen Industriestaaten ausgeht. Dieser Trend wird durch die Ost-Verträge, die Bestandteil der Entspannungspolitik sind, sicherlich begünstigt.

Ostverträge statt Klassenkampf?

Die Politik der „Inneren Reformen" ist nicht deshalb gescheitert, weil die SPD zunehmend den „Geist der Verträge" verriet (der Geist, in dem die SPD die Verträge unterstützt, ist durchaus noch aktiv: es ist der Geist einer Variante der Politik des Kapitals) oder weil sie unter den Druck des „Rechtskartells" geriet, wie uns der Illusionsflügel des SHB erzählen will, sondern weil die SPD genau das unterlassen hat, was der SHB/SF in der „Sozialistischen Front" Nr. 1 als Bedingung einer Reform des Kapitalismus analysiert hat: „jede ans Strukturelle gehende Reform, sei sie auch noch so systemstabilisierend gemeint, bedarf einer aktiven Massenunterstützung. Und weil die SPD genau weiß, daß es sehr schwierig ist, die einmal Mobilisierten wieder abzuspeisen, hat sie die Mobilisierung unterlassen. Genau das wiederholt sich bei den Ostverträgen, denn die SPD wird es nicht riskieren, „die Betriebe mobil zu machen"! Bisher hat die SPD ihre Aufgabe darin gesehen, „Ruhe und Ordnung" in den Betrieben zu stärken, wobei sie sowohl über ihre eigenen Betriebsgruppen als auch über ihren Einfluß auf die Gewerkschaftsapparate Einfluß genommen hat. Wollte sie nun mobilisieren, müßte sie viele ihrer ideologischen Ruhe-und-Ordnungsdämme einreißen, und sie müßte ganz bewußt Politik in die Betriebe tragen. Dabei würde sich dann erweisen, daß das BVG mit seinem Verbot politischer Betätigung gegen eine aktive Belegschaft nichts ausrichten kann; daß die Arbeiter und Angestellten solche Erfahrungen sammeln könnten, steht die Intention der SPD entgegen, nach der Ratifizierung wieder zum „Betriebsfrieden" zurückzukehren. In den von der SPD mobilisierten Betrieben wäre es leicht möglich, daß die Arbeiter und Angestellten nicht bei Ratifizierungsparolen stehenbleiben und Forderungen auf anderen Gebieten vertreten.

(Aus: Ost-Verträge statt Klassenkampf. Sozialistische Front Nr. 3 des SHB/SF)

Auswirkungen auf die sozialistischen Staaten

Moskau hatte sicher nicht nur die desintegrativen Momente der Entspannungspolitik gegenüber den imperialistischen Staaten im Auge, als es Koexistenz-Politik vorantrieb und über die Ost-Verträge hinaus eine europäische Sicherheitskonferenz anstrebte. Für Moskau bedeuten die Verträge und das, was sie symbolisieren, die Absicherung des status quo, soweit das mit diplomatischen Mitteln überhaupt erreicht werden kann. Dadurch wird Moskau zugunsten einer stärkeren Konzentration auf seine Differenzen mit China entlastet und kann seiner Politik gegenüber den Ländern der ‚Dritten Welt' mehr Aufmerksamkeit schenken. Verstärktes Engagement in dieser Richtung hat sich in den letzten Jahren bereits bis weit ‚east of Suez' abgezeichnet.

Außerdem verstärkt die Politik der Koexistenz zunächst auch die Vorherrschaft der Sowjetunion im Ost-Block insofern, als sie einen militärischen Eingriff von außen nicht zu befürchten braucht. Gleichzeitig aber kann Moskau die Bedrohung von außen nicht mehr nutzen, um inneren Zusammenhalt als unabdingbar zu fordern. So wird die Durchsetzung sowjetischer Politik im Ostblock zumindest teilweise durch Entspannungspolitik erschwert. Desintegrative Wirkungen also auch hier! Solche Desintegration wird bereits im Ostblock sichtbar. Freilich böte Koexistenzpolitik der Sowjetunion auch die Chance, unter gemindertem außenpolitischen Druck gesellschaftliche Veränderungen einzuleiten und damit auch ihr Verhältnis zu den anderen Blockstaaten auf eine neue Basis zu stellen. Eine solche Tendenz ist aber bisher nicht erkennbar, so daß gegenwärtig eher mit Verschärfung der zwischenstaatlichen Beziehungen im Ostblock zu rechnen ist. Selbstverständlich ist die Förderung solcher Tendenzen Bestandteil der Strategie kapitalistischer Staaten, bietet sich doch hierin für sie gegenwärtig die einzige Chance, wenigstens noch Teilziele des Kalten Krieges zu erreichen.

Über die zwischenstaatlichen Beziehungen hinaus wird freilich Koexistenz-Entspannungspolitik auch innenpolitische Auswirkungen in den einzelnen sozialistischen Staaten haben. Repression emanzipativer Bestrebungen konnte zur Zeit des roll-back noch mit der erforderlichen Einheit gegen den äußeren Feind legitimiert werden. Wie legitimiert man sie aber, wenn man sich mit dem äußeren Feind vertraglich geeinigt hat? Könnte etwa aus herrschaftstechnischen Gründen Koexistenzpolitik mit den kapitalistischen Staaten zur Verschärfung der Spannungen zu China führen, um nun mit der ‚Gelben Gefahr' innere Loyalität zu sichern? – Fragen, die hier nur angedeutet, nicht aber beantwortet werden können.

Antikommunismus im Zeichen der Entspannung

Antikommunismus, in welcher Gestalt auch immer verkleidet, ist so alt wie der Kampf der Bourgeoisie gegen das sich entwickelnde, seine Rechte fordernde Proletariat. Früh wurden nationale Gefühle mit dem Antikommunismus verschmolzen, und die kommunistische Sowjetunion zum inneren und äußeren Gegner erhoben. Kommunisten und Sozialisten im Inneren wurden dadurch zur Hilfstruppe des äußeren Feindes deklariert. Die faschistische Gestalt des Antikommunismus ist sodann fast bruchlos in die Zeit des Kalten Krieges übernommen worden. Wiederum war es die kommunistische Sowjetunion, die zum Todfeind erklärt wurde. Wiederum wurde innere, systemtranszendierende Opposition nicht auf Grund ihrer tatsächlichen Forderungen und Haltungen angegriffen – man hätte sich dann thematisch mit ihnen auseinandersetzen müssen; ein riskantes Unternehmen – sondern als Helfer des angeblichen äußeren Feindes, als Vaterlandsverräter diffamiert. Faschisten durften sich so letztlich in ihrem Antikommunismus rehabilitiert fühlen und wurden auch rehabilitiert. Der Kalte Krieg und sein innenpolitisches Paßstück, der Antikommunismus, entwickelten sich am stärksten in der Bundesrepublik. Hier konnte die KPD mit Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung verboten, Antifaschisten erneut inhaftiert und neue Ansätze sozialistischer Orientierung per Diffamierung und Verfolgung unterdrückt werden. Diese einfache Verfahren der Systemsicherung gegenüber der Linken wurde jedoch zunehmend mit der Entwicklung von Koexistenzpolitik und Entspannungsbereitschaft in Frage gestellt. Denn im Zeichen solcher Politik konnte der Gegner fürderhin nicht schlichtweg verteufelt, sondern mußte dem Volk als ein Partner

Achten Sie auf Reihe Hanser

Gary Snyder, Maya
Band 85. DM 6.80

Jorge Luis Borges, David Brodies Bericht
Erzählungen. Band 86. DM 5.80

Boris Arvatov, Kunst und Produktion
Entwurf einer proletarisch-avantgardistischen Ästhetik/ 1921–1930. Band 87. DM 7.80

Miladin Zivotić, Proletarischer Humanismus
Studien über Mensch, Wert und Freiheit. Band 88. DM 9.80

Gerhard Zacharias (Hrsg.), Das Böse
Dokumente und Interpretationen. Band 89. Ca. DM 6.80

Marquis de Sade: Der Greis in Charenton
Letzte Aufzeichnungen und Kalkulationen. Band 90. Ca. DM 5.80

Vladimir Kazakov, Meine Begegnungen mit Vladimir Kazakov
Prosa. Band 91. Ca. DM 5.80

Alfred Jarry, Der Alte vom Berge
Gedichte, Dramen, Prosa. Band 92. Ca. DM 5.80

Joachim Steffen u. a., Fetisch Eigentum
Wie privat sind Grund und Boden? Band 93. Ca. DM 5.80

Hans Horst Henschen/ Reinhard Wetter, Anti-Olympia
Ein Beitrag zur mutwilligen Diffamierung und öffentlichen Destruktion der Olympischen Spiele und anderer Narreteien. Band 94. Ca. DM 6.80

Horst Bienek, Solschenizyn und andere
Essays. Band 95. Ca. DM 5.80

Walter Fabian (Hrsg.), Plädoyers für eine Europäische Sicherheitskonferenz
Band 96. Ca. DM 5.80

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

TRIKONT-VERLAG · 8 München 80, Josefsburgstr. 16

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 29

NEHMEN WIR UNS DIE STADT

Klassenanalyse, Organisationspapier und Kampfprogramm von Lotta Continua. Beiträge von Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe

Über unsere politische Situation/Die Kämpfe von 1962 und die Konjunktur/Der Heiße Herbst/Warum es schwierig ist, eine Klassenanalyse zu machen/Die Haltung zur Revolution/Die Arbeitsteilung und ihre Folgen/Die Politik der Bündnisse, materielle Grundlage des Revisionismus/Die revolutionäre Alternative/Der französische Mai/ "Volk" und "Proletariat"/Produktive und unproduktive Arbeit/Was ist Arbeiterautonomie?/Die Ablehnung der Arbeitsteilung/Die Arbeiterklasse und die Ablehnung der Lohnarbeit/Der Kampf gegen die kapitalistische Schule ist ein Kampf gegen die Arbeitsteilung/Der Widerspruch der Massenschule/Das Proletariat außerhalb der Fabriken/Das Lumpenproletariat/Das Proletariat im Süden/

ca. 140 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 7.00

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 28

SIND WIR PROLETARIER?

Zur Verbindung der Kämpfe im Produktions- und Distributionsbereich. Die Kämpfe der Kaufhausangestellten in Frankreich

Arbeiter in der Handelsbranche - vollberechtigte Mitglieder der Arbeiterklasse/"Massenkonsum" - ein gesellschaftlicher Fortschritt?/ Bedingungen für eine revolutionäre Aktion/Angriff auf das System ideologischer Unterdrückung/Vereinigung von Arbeitern und Angestellten/Vertretung durch die Gewerkschaften oder Autonomie?/ Die Gründe der Unzufriedenheit in den Warenhäusern des Pariser Großraums/Arbeitsbedingungen, Lohn und Kampfmaßnahmen/ Kunden, Verkäufer, alle gemeinsam gegen die Unternehmer-diebe und ihre Bullen/All das ist nur ein Anfang!

60 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 4.00

präsentiert werden, mit dem man sich letztlich doch arrangieren könne. Nicht zuletzt deshalb haben sich sozialistische und kommunistische Gruppierungen und Bewegungen in den 60er Jahren in zunehmendem Maße entwickeln und ihre Thesen in die öffentliche Diskussion einbringen können. Daß dabei auch andere Faktoren eine wichtige Rolle gespielt haben – Versagen der SPD und der Gewerkschaften in der Anti-Atombewegung, rückständige Bildungspolitik, Notstandsgesetzgebung und vor allem der Vietnam-Krieg – soll damit nicht abgestritten werden.
Entspannungspolitik bedeutet demnach auch nach Westen gewandt innenpolitisch nicht nur Entlastung von äußerem Druck, sondern gleichzeitig Verunsicherung bürgerlicher Herrschaft im Inneren der kapitalistischen Industriestaaten. Was Wunder also, wenn die SPD als bürgerliche Reformpartei, wenn Versöhnungspolitiker Brandt nach außen Koexistenzpolitik mit den Ost-Verträgen praktiziert und nach innen Kooperations- und Berufsverbot gegenüber Sozialisten und Kommunisten fordert. Beides sind nur unterschiedliche Seiten der gleichen Münze, genauso wie Verständigung mit dem Osten und verstärkte Integrationspolitik nach Westen, wie Friedenspolitik nach Ost und imperialistische Aktivität zur Sicherung von Herrschaft über die Staaten der ‚Dritten Welt'.

Reformpartei contra Sicherheitspartei

Der Streit zwischen CDU/CSU und SPD/FDP widerspricht dem nicht. Er gründet sich neben der üblichen Rivalität von Politikern in verschiedenen Parteien vor allem darauf, daß die SPD nicht nur in der BRD die neue außenpolitische Entspannungspolitik durchsetzen, sondern gleichzeitig auch für die Konkurrenzfähigkeit des Kapitals wichtige strukturelle innenpolitische Reformen vornehmen muß. Der Abbau des antikommunistischen Feindbildes aber und die gleichzeitige Mobilisierung von großen Teilen der Bevölkerung zur Durchsetzung von Reformen, die zudem nur von den reformfreudigen, linken Kräften in Gang gebracht und durchgesetzt werden können, entstabilisieren den Herrschaftsmechanismus. Der Parteien-Konflikt hat seinen Kern deshalb in der Befürchtung, die SPD könnte die Reformkräfte, die sie rief, nicht unter Kontrolle halten. Vor die Wahl zwischen Reform und Herrschaftssicherung gestellt, wählt die ökonomisch herrschende Schicht aber immer noch die letztere. Hier sieht CDU/CSU ihre Chance für ein come-back.
In dem Konflikt der Parteien wird sichtbar, wie gerade diejenigen Kräfte, die den langen Marsch durch die Institutionen angetreten haben (z. B. im Ausbildungssektor), als Träger von Reformschritten, die über das begrenzte Ziel technokratischer Effizienzsteigerung hinausgehen könnten, ins Schußfeld geraten. Daß die SPD selbst dieses Dilemma sieht und kräftig mitschießt, erweist sie nur einmal mehr als gewissenhafte Trägerin bürgerlicher Herrschaft. Wer immer auch in Zukunft regieren wird, SPD/FDP oder CDU/CSU, an der Rekonstruktion des Antikommunismus durch Errichtung eines neuen Feindbildes im Inneren werden sie alle arbeiten! Schon hört man, eine gemeinsame Plattform zu Fragen der inneren Sicherheit müsse gefunden werden, und der Wissenschaftsminister forciert die bildungspolitische Gemeinsamkeit mit den Christdemokraten. Der neue Antikommunismus jedoch, so läßt sich leicht voraussagen, wird nicht mehr auf die KPD/DKP allein fixiert sein, sondern die Neue Linke als wichtigstem Teilnehmer am ‚langen Marsch durch die Institutionen' mit einbeziehen.

Ost-Verträge und Sozialisten

Welches Interesse können Sozialisten in der Bundesrepublik an den Verträgen haben? Da die Verträge vor allem symbolisch für Entspannung stehen, ist die Frage aufzulösen: welches Interesse haben Sozialisten an Entspannung und welche Vor- und Nachteile bringt ihnen die SPD als Regierungspartei?
Entspannung bedeutet Desintegration auf fast allen Ebenen, innenpolitisch wie außenpolitisch. Widersprüche, die vorher durch Spannung unterdrückt werden konnten, brechen auf und werden Gegenstand der Diskussion. Dies aber erhöht die Chance, von einer sozialistischen Position aus die Bevölkerung zu erreichen, sich der innenpolitischen Probleme anzunehmen, ohne daß dabei der Weg durch irrationale Haltungen, die aus vermeintlicher außenpolitischer Bedrohung resultieren, verstellt würde. Zudem erschwert der Fortfall des äußeren anti-kommunistischen Feindbildes die Diffamierung von Sozialisten und Kommunisten in der Öffentlichkeit und verschafft ihnen so erweiterten Raum für ihre Arbeit.
Entspannungspolitik macht zudem auch den Frieden in Europa sicherer. Ist dies schon ein Ziel in sich selbst, so kann darüber hinaus von einer so entspannten Lage in Europa aus auch der imperialistische Charakter etwa verstärkter Rüstung, wie sie im Rahmen der westeuropäischen Integration zu erwarten ist (Gewinnung größerer militärischer Selbständigkeit gegenüber den USA zur Absicherung eigener Einflußnahme auf die ‚Dritte Welt'), angegriffen und ihr die Legitimationsbasis entzogen werden.
Entspannungspolitik hat einen weiteren militärpolitischen Aspekt: eine Fortdauer der Stationierung amerikanischer Truppen in Westeuropa ist nicht länger zu rechtfertigen. Die Forderung nach Abzug der US-Truppen läßt sich nun plausibel vertreten. Ihre Nichterfüllung sollte wiederum zu aufklärender Agitation über imperialistische Politik dienen – der Krieg in Vietnam lehrt hinreichend, was amerikanische Truppenstationierung und Einsatz dieser Truppen im Ernstfalle bedeutet.
Lassen sich so wichtige positive Aspekte für die Unterstützung von Entspannungspolitik durch Sozialisten aufführen, so ist die daraus folgende Haltung nicht einfach auf die Regierungskoalition oder die SPD übertragbar. Die SPD ist im wesentlichen Träger der Entspannungsbemühungen und der, wenn auch bescheidenen, reformpolitischen Ansätze. Dadurch trägt sie indirekt – sicher nicht beabsichtigt – zur Ausweitung des Spielraums für sozialistische Arbeit bei. Aber sie betreibt ebenso, wenn auch nicht in so reaktionärer Weise wie CDU/CSU, die Entwicklung neuer innenpolitisch orientierter antikommunistischer Feindbilder; denn auch als Reformpartei dieser Gesellschaft ist sie auf Stabilisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse fixiert.

Schlußfolgerungen zur Strategie

Daraus ergeben sich für die Strategie von Sozialisten und Kommunisten in der BRD m. E. folgende Schlußfolgerungen:
* Unterstützung von Entspannungspolitik in Europa, verbunden mit der Forderung nach Verminderung von Rüstung und Abzug der US-Truppen.

* Unterrichtung über die jeweiligen Grundlagen der konkreten SPD-Politik und ihrer Funktion als Reformpartei des Kapitals, um dadurch Illusionen und gefühlsmäßige Bindungen an die SPD zugunsten einer rationalen und taktischen Haltung gegenüber der Partei zu überwinden. Friedenspolitik-Idyllen sind zu entblättern, emotional bedingte Loyalitäten angesichts der dramatischen jüngsten Ereignisse aufzulösen.
* Der Bildung neuer Ersatzfeindbilder anstelle der angeblichen Bedrohung durch kommunistische Staaten von außen muß entschieden entgegengetreten werden. Dies ist wahrscheinlich am besten dadurch möglich, daß man in konkreten Zusammenhängen von Berufsfeldern und sozialen Verhältnissen aufzeigt, welche Funktion der Entmündigung und der Herrschaftssicherung der neue Antikommunismus hat.
* Da Entspannungspolitik nur die Kehrseite der Integrationspolitik gegenüber Westeuropas ist, lautet die letzte Schlußfolgerung: Verstärkung der Beziehungen zwischen den sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen in Westeuropa über die nationalen Grenzen hinweg.

Kleinanzeigen

Ausländergesetz

Broschüre: Ausländergesetz – Internationalismus-Materialien. Inhalt: Kampf der Illegalisierung der demokratischen und sozialistischen Bewegung; Dokumentation der ausländerrechtlichen Bestimmungen; Anhang zur sozialen und ökonomischen Lage in Persien. Bezug: SVI, 56 Wuppertal-Barmen, Friedrich-Engels-Allee 164 a.

Kommune — Wohngemeinschaft

Was in ‚Verruf' geraten ist, möchten wir als reifere Menschen (40-50jährig) praktizieren, weil wir meinen, daß ein neuer Lebensstil nottut. Wir suchen noch ein Ehepaar und Einzelpersonen. Kontakt über Telefon 0 62 42/4 60.

Sozialarbeiter

24 Jahre, im Anerkennungsjahr, z. Z. im Verw. Prakt. Examen, sucht ab Oktober 72 Arbeit in einem Wohnkollektiv, auch Neuaufbau, Erfahrungen vorhanden, möglichst Nordrhein-Westfalen. Gregor Weltermann, 484 Rheda, Pixeler Str. 12.

Info Arbeiterbildung

Ausgabe 1, DM 2,50. Inhalt: Editorial; Bemerkungen über das Handwerk der Linken im Bildungsbetrieb; Antiautoritarismus oder autoritäre Schulung?; Ware, Existenzangst und Emanzipation. Bezug: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Atz-Analysen-Reihe

Objektivität als Parteilichkeit gegen Unterdrückung und Ausbeutung ist der Ausgangspunkt der „Atz-Analysen-Reihe" (Atz-Aachener Technologiezeitung). Zur Zeit erhältlich ist Nr. 3/71: Die Restauration des Kapitalismus in der BRD. Historische Entwicklung von 1945 bis 1941, aktueller Anhang (Vermögensbildung, Steuergesetzgebung, die Währungskrisen 69 und 71, Wissenschafts- und Bildungspolitik), Exkurs zur Theorie des Keynesianismus. Viele Skizzen, Tabellen, Karikaturen und Texte aus „Profitgeier" von Floh de Cologne. Bezug über ZRV (Zentraler Regionalverband der sozialistischen Fach- und Basisgruppen Aachen/Jülich), 51 Aachen, Turmstr. 3 (DM 1,– in Briefmarken beilegen).

Ausländergesetz und seine Interessenten

Aktion Ausländergesetz im Republikanischen Club e.V.

1965 wurde die seit 1938 geltende Ausländerpolizeiverordnung durch das bis heute geltende Ausländergesetz abgelöst. In letzter Zeit werden, besonders im Zusammenhang der deutsch-iranischen Wirtschaftsverhandlungen, Verschärfungen des bestehenden Ausländerrechts angekündigt, die vor allem eine weitere Einschränkung der politischen Betätigung von Ausländern und ausländischen Organisationen in der BRD bedeuten (Genschers Entwurf eines „Querschnittsgesetzes", s. DER SPIEGEL 5/72, 7. 2. 1972).

Das Ausländergesetz sichert die völlige Verfügungsgewalt des Staates über das 2 Millionenheer der ausländischen Arbeitskräfte, auf das die westdeutsche Wirtschaft seit den 60er Jahren zunehmend angewiesen ist, denn: ausländische Arbeiter haben für das Kapital viele Vorteile:

1. Sie werden als Lohndrücker im unteren Qualifikationsbereich eingesetzt.
2. Das westdeutsche Kapital braucht sich nicht an ihren „Produktionskosten" (Ausbildung) zu beteiligen.
3. Gesundheitsfürsorge, Renten etc. brauchen vom „Arbeitgeber" nicht mitgetragen zu werden.
4. Die Arbeitskräfte kommen in den Jahren, in denen ihre Schaffenskraft am größten ist, in die BRD, und das Kapital muß sich nicht mit ihrer Versorgung im Alter belasten.

Bei nachlassender Konjunktur werden die ausländischen Arbeitskräfte als erste entlassen und müssen, da im Ausländergesetz Arbeitsplatznachweis bzw. Arbeitserlaubnis und Aufenthaltserlaubnis gekoppelt sind, sofort das Bundesgebiet verlassen.

Entsprechend sind für ausländische Studenten Studienplatznachweis bzw. Studienerlaubnis und Aufenthaltserlaubnis gekoppelt, Überschreitung der Normalstudienzeit und der Wunsch, ein Zweitstudium zu beginnen, sind Ausweisungsgründe, die in den letzten Monaten immer häufiger von der Ausländerpolizei herangezogen werden, vor allem auch dann, wenn es gilt, politisch mißliebige Studenten und Intellektuelle abzuschieben.

Die im Ausländergesetz enthaltene Verbotsdrohung politischer Tätigkeit schafft der jeweiligen lokalen Ausländerpolizeibehörde einen weiten Ermessensspielraum für die politische Disziplinierung der fortschrittlichen ausländischen Arbeiter und Studenten.

In der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des AuslG" findet sich der Satz in der Verfassung, mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland." Nach § 6 Abs. 1 des AuslG kann die politische Betätigung von Ausländern verboten werden, „wenn die Abwehr von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung in der BRD oder sonstige erhebliche Belange der BRD es erfordern." Nach § 6 Abs. 3 ist die politische Betätigung von vorneherein verboten, die die „freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gefährdet" oder die bestimmt ist, „Parteien, andere Vereinigungen, Einrichtungen oder Bestrebungen außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes zu fördern, die mit Verfassungsgrundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind."

§ 6 Abs. 2 will jeglicher unerwünschter politischer Tätigkeit einen Riegel vorschieben: Störungen der öffentlichen Ordnung soll z. B. sein: „die Agitation in Betrieben der Wirtschaft und Industrie (z. B. Aufhetzung oder Verhetzung ausländischer Arbeitnehmer mit klassenkämpferischen Parolen zur Störung des Arbeitsfriedens)", so Kanein, 1966 Ministerialrat im Bayrischen Innenministerium, in seinem Kommentar zum AuslG.

§ 6 Abs. 3 bezeichnet diejenige politische Betätigung, die so sehr rechtswidrig ist, daß es keines besonderen Verbotes mehr bedarf. So heißt es in der amtlichen Begründung des Regierungsentwurfs des AuslG: „Bei der Durchführung dieser (fremden) Politik kann jedoch das Auseinanderfallen der heutigen Welt in zwei entgegengesetzte politische Systeme nicht übersehen werden. Während dem einen Teil die Vergünstigungen einer liberalen Haltung zugute kommen, muß der Staat Abwehrmaßnahmen gegenüber Anhängern von Staaten treffen können, von denen Gefahren drohen. Eine solche doppelte Aufgabenstellung ... führt zu einer unterschiedlichen Behandlung der Ausländer, je nach ihrer Einstellung gegenüber der BRD."

Ein ausländischer Arbeiter, der unter seinen Kollegen die Notwendigkeit der Beseitigung volksfeindlicher Regierungen in Spanien, Portugal, Griechenland oder der Türkei propagiert, kann sofort ausgewiesen werden, da er eine verbotene politische Tätigkeit ausübt.

Der Einsatz des „Verfassungsschutz" soll in Zukunft die politische Überwachung und Verfolgung der ausländischen Arbeiter

Brief von Dieter Kunzelmann

An Dieter Kunzelmann (1 Berlin 21, Alt Moabit 12 a) hat das Sozialistische Büro wie an alle „Knastler", die aus politischen Gründen in U-Haft oder in einer Strafvollzugsanstalt einsitzen, die kostenlose Zusendung von „links" angeboten. Dieter Kunzelmann schreibt uns dazu folgenden Brief:

„Liebe Genossen!
Natürlich wünschte ich sehr gerne ‚links' zu lesen, aber die Verhältnisse, die sind nicht so. Zur Illustration dieser Verhältnisse lege ich euch den entsprechenden Beschluß bei – einer von unzähligen. Zur Erläuterung nur kurz folgendes: Der Paragraph der U-Vollzugsordnung ist ein ähnlicher Gummiparagraph wie der Paragraph 129 des StGB – man kann alles mit ihm machen. Dabei ist bereits Sorge dafür getragen, daß die politischen Häftlinge im Knast nochmals im Knast sind, d. h. totale Isolation von den anderen Häftlingen. Nach 20 Monaten Einzelfreistunde (30 Minuten) wurde mir jetzt ein ausgesuchter Begleiter genehmigt, ja von anderen Haftanstalten hört man sogar, daß die Genossinnen und Genossen ihre Freistunde an den Händen gefesselt durchführen müssen. Das was draußen offen praktiziert wird (die Liquidierung von Genossen), geht hier subtilere Wege. Dies liegt weniger an den einzelnen Richtern, die mitunter durchaus Gutwilligkeit bezeugen, als vielmehr an den Gesetzen, die besonders von den Staatsanwälten extensiv ausgenutzt werden. ‚Es gibt unendlich mehr Richter in Deutschland, die Unrecht tun, indem sie Gesetze ausführen, als solche, die Unrecht tun, indem sie sie verletzen' (Bert Brecht). Trotzdem vielen Dank für eure solidarische Hilfe! Venceremos!"

Der Beschluß, mit welchem die Aushändigung u. a. von „links" an Dieter Kunzelmann unterbunden wird, hat folgenden Wortlaut:

„Beschluß in der Strafsache gegen den berufslosen Dieter Hans Kunzelmann, geboren am 14. Juli 1939 in Bamberg, z. Zt. in der U-Haftanstalt Moabit, Gef.-Buch-Nr. 3119/1970, – wegen versuchten Mordes, werden folgende Postsendungen an den Angeklagten gemäß § 119 Abs. 3 und 6 StPO in Verbindung mit Nr. 34 Ziffer 4 UVollzO beanstandet und von der Beförderung ausgeschlossen:

1. Daniel Georg, Imperalistischer Kampf, Nr. 213 vom 15. November 1971, 2. Rote Robe vom 3. Dezember 1971, 3. Verlag 2000 mit der Druckschrift ‚links' vom 7. Dezember 1971, 4. einer Unbekannten vom 8. Dezember 1971, 5. Rote Presse Korrespondenz vom 10. Dezember 1971.

Die Beanstandung erfolgt, weil der Inhalt der Druckerzeugnisse 1.–3. und 5. als Agitationsmaterial geeignet ist, die Ordnung in der Haftanstalt zu gefährden. Da diese Gefahr auch bei künftigen Ausgaben dieser Zeitschriften besteht, werden diese vorab ebenfalls beanstandet und von der Beförderung ausgeschlossen.

Die Beanstandung der Postsendung ‚einer Unbekannten' vom 8. Dezember 1971 erfolgt, weil sie nicht der Pflege einer persönlichen Bekanntschaft mit dem Angeklagten dient (BGH-Beschluß vom 2. Juli 1971 – 1 B Js 6.71). Dem Brief ist zu entnehmen, daß die ‚Unbekannte' das Verhalten des Angeklagten billigt, wodurch in diesem der Eindruck erweckt werden soll, das ihm zur Last gelegte strafbare Tun finde die Billigung und den Beifall eines Teils der Öffentlichkeit. Die Weitergabe von Sendungen dieser Art ist ebenfalls geeignet, die Ordnung in der Haftanstalt zu gefährden.

Die Postsendungen sind zur Habe des Angeklagten zu nehmen. Berlin 21, den 22. Dezember 1971, Landgericht Berlin, Strafkammer 8, Der Vorsitzende, i. V. Dr. Endel, Landgerichtsrat, Ausgefertigt: Sann, Justizangestellte als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts Berlin."

und Studenten zentralisieren und dadurch auch eine bessere Zusammenarbeit mit den ausländischen Geheimpolizeien gewährleisten, damit solcher „Patzer" wie die Verschleppung der Südkoreaner durch den Südkoreanischen Geheimdienst von vorneherein ausgeschaltet werden können.
Diese Zusammenarbeit dringt ab und zu an die Öffentlichkeit, so z. B. als die Münchner Polizei

dpa

Listen der persischen Studenten, die das persische Generalkonsulat in München besetzt hatten, an den SAVAK auslieferte. Die Zusammenarbeit der Geheimdienste bezieht sich nicht nur auf die Dritte Welt, sondern ebenso auf die Metropolen. Als Beispiel darf das EWG-Spitzel-Treffen zitiert werden, das am 19. 10. 1970 in Paris stattfand. Auf der Tagesordnung stand die Koordinierung der Bekämpfung „linksradikaler Gruppen" und die Aufstellung einer geheimen europäischen Zentral-Kartei, welche den größtmöglichen Teil der „Linksradikalen" umfassen soll.
Durch das Verfassungsschutzänderungsgesetz hat die Bundesregierung die Mittel in der Hand, die Vermittlung von Informationen über die Befreiungsbewegungen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern an den deutschen Hochschulen und in der Öffentlichkeit zu verhindern, indem sie die Ausländerorganisationen und die Vertreter von Befreiungsbewegungen in ihrer politischen Aktivität einschränkt, oder jede Aktivität verbietet. Die politische Disziplinierung der ausländischen Arbeiter und Studenten wird jedoch nicht allein der Klassenjustiz überlassen.
Die Ausbildung ausländischer Praktikanten und Studenten wird zunehmend in die integrierte Entwicklungsplanung und Steuerungsmaschinerie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und seiner Verbindungsorgane zur Wirtschaft einbezogen. Grundsätzliche Zielsetzung ist es, den ausländischen Auszubildenden mit den Mechanismen kapitalistischer Produktionsweise vertraut zu machen, den notwendigen Übergang der Arbeitsorganisation in Entwicklungsländern von der traditionellen zur industriellen Arbeitsteilung zu propagieren und dabei den Praktikanten oder Studenten das kapitalistische System als das System vorzustellen, das allein eine Industrialisierung der „Dritten Welt" effektiv gestalten kann.
Die fachliche Qualifikation der ausländischen Studenten soll so gehalten sein, daß dem betriebenen Kapitalexport der BRD-Monopole die entsprechend notwendigen Arbeitskräfte für die Organisation des Produktionsprozesses zur Verfügung stehen. Man geht davon aus, daß diese Fähigkeiten in den Kurzstudiengängen der zukünftigen Gesamthochschule ausreichend erworben werden. Die Tendenz geht eindeutig darauf hinaus, daß Ausländer nur noch im Rahmen von Programmen hier studieren, wobei ihr späterer Einsatz bereits festgelegt wird. Dazu gehört: Auflagen, nur bis zum vorher bestimmten Abschluß zu studieren, sich besonderen Studienerfolgskontrollen zu unterwerfen (die vom Stipendiengeber außerhalb der Hochschulen durchgeführt werden), die Verpflichtung, die BRD sofort nach dem Studium oder wenn die Regelstudienzeit (in Zukunft 6 Semester nach HRG) um mehr als 2 Semester überschritten werden, zu verlassen. Gleichzeitig hat der ausländische Programmstipendiat, trotz der schon gravierenden Einschränkungen durch das Ausländergesetz den Verzicht auf politische Betätigung ausdrücklich schriftlich zu bestätigen.
Beginnen ausländische Studenten ihre Verplanung kritisch zu betrachten, wird ihnen seitens ihrer Botschaft oder ihres Stipendiengebers ihre Situation als materiell abhängig in Erinnerung gerufen und auf die Möglichkeit hingewiesen, den Paß zu entziehen oder das Stipendium zu streichen. Bei Streichung des Stipendiums wird wahrscheinlich die Ausweisung nicht lange auf sich warten lassen, da Ausländer, die sich zu Ausbildungszwecken in der BRD aufhalten, laut Ausländergesetz keine Arbeitserlaubnis bekommen. Durch die Herausnahme von Ausländern aus den Förderungsbestimmungen nach BAFöG, wird die Zahl der freien Studienbewerber erheblich eingeschränkt. Konkret heißt das, nur Kinder reicher Eltern aus dem Ausland können noch frei studieren. Mit der Herausnahme aus dem Graduiertenförderungsgesetz werden ausländische Studenten noch strengerer Leistungsauswahl und Planungsrichtlinien unterworfen, wenn sie nach Abschluß der im HRG vorgesehenen 6semestrigen Studienzeit eine höhere Qualifikation anstreben wollen. So sind bereits im letzten Wintersemester vielen ausländischen Kommilitonen an den technischen Universitäten die Promotionsstipendien gestrichen worden. Zur Kontrolle des Studiums sollen die Hochschulorgane verpflichtet werden, über Studienablauf und möglicher Erfolgsprognose eines in der vorgesehenen Zeit liegenden Abschlusses Auskunft zu geben (Weyer-Erlaß – NRW).
Das Ausländergesetz, erweitert durch verschiedene Erlasse und Ausführungsbestimmungen, erweist sich als ausgezeichnetes Instrument, um die politischen und wirtschaftlichen Intentionen der BRD-Monopole auch in Bezug auf die „Bildungshilfe" durchzusetzen.
Das momentan verschärfte Vorgehen gegen die ausländischen Arbeiter und Studenten in der BRD reiht sich ein in die zunehmende Legalisierung offener Unterdrückungs- und Entdemokratisierungsmaßnahmen der Herrschenden. Auch ausländische Arbeiter und Studenten bekommen diese Offensive der herrschenden Klasse aufs schärfste zu spüren. Sie hat gesehen, daß ein großer Teil der ausländischen Kollegen offenen Terror faschistischer Marionettenregierungen und die In- bei den Streiks der Chemie und Metallarbeiter sich mit ihren deutschen Kollegen solidarisiert hatte und sich nicht als Streikbrecher mißbrauchen ließ. Die Kapitalisten wissen um die Bedeutung der ausländischen Studenten für den antiimperialistischen Kampf, um die Aufklärungsarbeit, die diese Studenten leisten, indem sie den teressen des westdeutschen Kapitals in ihren Heimatländern aufzeigen. Genscher und Co. genügt das alte Ausländergesetz von 1965 daher nicht mehr. Der Entwurf des Verfassungsschutzänderungsgesetzes, das 1950 zur Bekämpfung der Kommunisten in der BRD eingesetzt wurde, soll den Verfassungsschutz zur politischen Überwachung ermächtigen. Das Innenministerium plant ein Gesetz, das durch Änderung des Versammlungs-, Vereins- und Ausländergesetzes die politischen Aktivitäten der fortschrittlichen ausländischen Kollegen und Studenten gänzlich verbieten soll („Querschnittsgesetz"). Diese bevorstehenden Gesetzesänderungen legalisieren nur eine längst schon geübte Praxis.

Die Gruppe „Aktion Ausländergesetz" im Republikanischen Club Westberlin e.V. 1 Berlin 21, Stephanstraße 60, bittet um Unterstützung für die Ermöglichung aktiver Rechtshilfe für ausländische Arbeiter und Studenten in Westberlin. Sie wird in der nächsten Zeit Informationsbroschüren und Dokumentationen herausgeben und über ihre Arbeit weiter berichten.
Konto: Rep.-Club Sonderkonto „Rechtshilfe für Ausländer"
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto-Nummer: 1004 704 302

Ausländer in der BRD — rechtlos!

Die Grundrechte gelten ausdrücklich für „jedermann" und nicht nur für jeden Bundesbürger. Da das aber nicht immer ganz praktisch zu sein scheint, gibt es Zusatzgesetze, die diese allgemeine Menschlichkeit schnell wieder einschränken.
So heißt es in § 6 des Ausländergesetzes, daß Ausländer zwar alle Grundrechte genießen, aber doch nur mit Ausnahme der Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person (§ 50), der Versammlungsfreiheit, der freien Meinungsäußerung, der Freizügigkeit sowie des Schutzes vor Auslieferung ans Ausland.
Dieses Ausländergesetz wurde, als es am 1. 10. 65 in Kraft trat, als „liberal und weltoffen" von Regierung und Presse eingeführt. Es löste die aus dem Dritten Reich stammende Ausländerpolizeiverordnung (APVO) von 1938 ab. Doch seine Liberalität erweist sich bei näherem Hinsehen als purer Schein. Selbst gegenüber der faschistischen APVO stellt es eine Verschärfung dar.

Am Beispiel Angela Davis

Kongreß am 3./4. Juni in Frankfurt

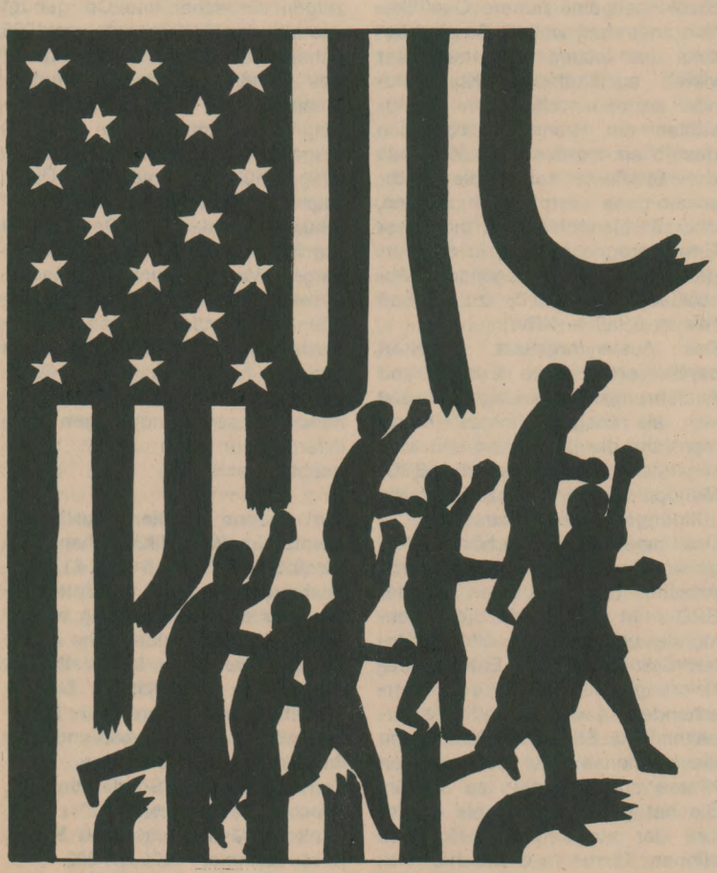
Der Prozeß gegen Angela Davis ist ein politischer Prozeß. Sie steht vor Gericht, weil sie die sozialistische Revolution als einzigen Weg zur Befreiung der schwarzen Amerikaner erkannte. Weil sie einer breiten Öffentlichkeit die zentrale Rolle der staatlichen Gewaltinstrumente bei der Unterdrückung aller revoltierenden Minderheiten und der gesamten Linken erklärte. Weil sie an Aktionen gegen den amerikanischen Angriffskrieg in Indochina und die imperialistische Politik der USA in Asien, Afrika und Lateinamerika beteiligt war.

Während Präsident Nixon den Krieg in Indochina mit verschärften Bombardements, internationaler Piraterie und der totalen Blockade gegen die Demokratische Republik Vietnam auf seine höchste Eskalationsstufe treibt, werden in den USA die führenden Vertreter der Bewegung der national unterdrückten Minderheiten und der weißen Linken auf die Anklagebank und in die Gefängnisse gebracht. Die herrschenden Kreise des wichtigsten Bündnispartners der Bundesrepublik erlauben keine grundsätzliche Opposition: weder innerhalb der Vereinigten Staaten noch in den anderen Gebieten ihres Herrschaftsbereichs.

Bei dem Prozeß gegen Angela Davis geht es nicht nur um das persönliche Schicksal von Angela Davis. Es geht um die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Bewegung, die genau programmierte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Strafvollzug, die mörderische Eskalation imperialistischer Politik. Und es geht nicht nur um die USA. Die westeuropäische Linke muß die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft einschätzen lernen, wenn sie die Situation in ihren eigenen Ländern erkennen will.

Deshalb behandelt der Solidaritätskongreß AM BEISPIEL ANGELA DAVIS die Verfolgung von Angela Davis und der revolutionären Bewegung in ihrem historischen, politischen, ökonomischen und internationalen Zusammenhang.

Die Demonstration und die öffentliche Kundgebung bringen die Solidarität der Linken in der Bundesrepublik mit Angela Davis, allen politischen Gefangenen in amerikanischen Gefängnissen, der revolutionären Bewegung in den USA und dem Befreiungskampf der Völker Indochinas zum Ausdruck. Vier Arbeitskreise analysieren die politischen Inhalte der Klassenkämpfe in den USA und dem amerikanischen Imperium.



Kongreßablauf

Samstag, 3. Juni, 16 Uhr: Eröffnung und Demonstration vom Uni-Gelände durch die Frankfurter Innenstadt.

17.30 Uhr Kundgebung auf dem Opernplatz in Frankfurt. Als Redner sind u. a. vorgesehen: Herbert Marcuse, Ernst Bloch, Wolfgang Abendroth, Oskar Negt, Vertreter der schwarzen amerikanischen Bewegung und der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams.

20.30 Uhr Vorführung von Filmen über Indochina und die Situation in den USA im Saal des Studentenhauses der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität.

Sonntag, 4. Juni, 10—14 Uhr in den großen Hörsälen der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Vier Arbeitskreise: I Gewalt in der Geschichte der USA; II Polizei, Justiz, Gefängnisse in den USA; III Amerikanischer Kapitalismus, Minderheiten und antikapitalistische Alternative; IV Imperialismus und inneramerikanische Auswirkungen in den USA — inneramerikanische Opposition.

14 Uhr abschließendes Plenum der Arbeitskreise in der Uni.

Nehmt in Gruppen an dem Kongreß teil. Organisiert gemeinsame Anreisen (Bus, Pkw). Für Übernachtung und Verpflegung sorgen die Teilnehmer selbst. Allerdings reservieren wir große Räume (Luftmatratze, Schlafsack etc. muß jeder selbst mitbringen). Keine Teilnehmergebühren. Spendet soviel wie möglich. Für Angelas Prozeßkasse. Für die Finanzierung des Kongresses. Sonderkonto Angela Davis bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Kto. 17402829-11 (das Postscheckkonto der Bank: PSA Frankfurt 172480).

Arbeitskreis I: Gewalt in der Geschichte der USA

Teilnehmer u. a.: Detlef Claussen, Imanuel Geiss, Heide Gerstenberger, Lothar Menne, Eva Senghaas-Knobloch, Gert Schäfer, Michael Vester

Adresse: Gert Schäfer, 6242 Kronberg, Altkönigstr. 19

Aus den Schulbüchern kennen wir Amerika als das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten", von „Freiheit" und „Demokratie". Wie ein unbegreiflicher Sündenfall nimmt sich, so wollten Lobredner uns glauben machen, seine „tragische Verstrickung" in Vietnam und seine „unfreiwillige Rolle als Weltmacht" aus.

In der Tat boten die USA, vor allem mit den deutschen Augen des 19. Jahrhunderts gesehen, einmal das Versprechen von Fortschritt und Demokratie. An seine demokratischen Kräfte appellierte noch die Adresse des Generalrats der Internationale an den Präsidenten Lincoln, die Karl Marx verfaßt hatte. Zahllose deutsche Emigranten, Flüchtlinge vor den Schergen der europäischen Gegenrevolution nach 1848, wie Carl Schurz, später General im amerikanischen Bürgerkrieg, kämpften für eine amerikanische Demokratie.

Diese demokratische Tradition der USA ebenso wie die unbestreitbare Tatsache, daß sie in zwei Weltkriegen gegen den deutschen Imperialismus im Namen von Freiheit und Demokratie gekämpft und gegenüber den deutschen Verhältnissen tatsächlich ein fortgeschritteneres zivilisatorisches Prinzip vertreten haben, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika in ihrer Geschichte wie kaum ein anderes kapitalistisches Land jene „tiefe Heuchelei" der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barberei verkörpern, auf die Marx hingewiesen hat. Der Kapitalismus in den USA hat sich wahrhaft von Anbeginn „von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend" entwickelt und als imperialistischer Kapitalismus im Innern wie nach außen diese Eigenschaft nie verloren. Das Gegenstück zum amerikanischen Traum vom Glück, von „freedom and democracy" ist stets Eroberung, Unterjochung, Raubmord gewesen, eine fortgesetzte Landräuberei, eine Kette von Rechtsbeugungen und scheußlichen Verbrechen, eine Geschichte der Sklaverei, des Völkermords und der Verkehrung dieser wirklichen Geschichte der Gewalt in den heroischen Mythos eines Volkes von Ehrenmännern und freiheitlichen Kämpfern für Zivilisation und Fortschritt. Profit und Gewalt bestimmen die amerikanische Geschichte, der demokratischen Ideologie zum Trotz, in seltener Klarheit.

Die amerikanische Gesellschaft ist so, wie jeder Kapitalismus, durch das vermittelte Nebeneinander von kapitalistischer Ausbeutung, der Lohnsklaverei, und unverhüllten direkten kollektiven und individuellen Gewaltverhältnissen gekennzeichnet. Direkte Gewalt ist in Europa oft als „atavistisches"

Überbleibsel eigentlich vorbürgerlicher, „feudalistischer" Traditionen hingestellt worden. Die amerikanische Geschichte, frei von solchen traditionellen Relikten, drückt sich zwar in einer republikanischen und liberalen Ideologie aus, doch ist ihre kapitalistische Realität nicht weniger durch Gewaltsamkeit bestimmt. In der scheinbar demokratischen Tradition, in der jeder „freie" Amerikaner so viele Waffen besitzen und kaufen kann, wie er will, zeigt sich diese offene Gewaltsamkeit nicht weniger als in den „heroischen" Legenden, in den „Western" und Kriminalfilmen, die das Selbstverständnis der Amerikaner prägen und uns vorgeführt werden. Wie dort „Strafexpeditionen" Raub und Mord rechtfertigen sollen, so stellten sich die USA in ihrer imperialistischen Außenpolitik stets als ein betrogenes und angegriffenes Opfer dar; nicht zufällig sind Massaker wie in My Lai mit den „Strafexpeditionen" gegen die Indianer, die als „Schädlinge" umgebracht wurden, verglichen worden. Die amerikanische Geschichte der unverhüllten Gewaltsamkeit in ihrem Verhältnis zur Entwicklung des Kapitalismus darzustellen, ist die Aufgabe dieses Arbeitskreises.
Er wird das Verhältnis von Sklavenarbeit und Kapitalismus, das historische Schicksal der nationalen und politischen Minderheiten und nicht zuletzt die besonderen Formen der Klassenkämpfe in den USA untersuchen, die sich aus der amerikanischen Tradition der Gewalt ergeben. Zu ihr gehören Privatarmeen von Kapitalgesellschaften ebenso wie die Militanz der Arbeiterbewegung, Rassismus ebenso wie spezifische Formen von Faschisierungsprozessen und Gewaltstrukturen gegen die Arbeiterklasse, die mit entsprechenden Tendenzen in der Bundesrepublik verglichen werden.

Arbeitskreis II: Polizei, Justiz, Gefängnisse in den USA

Teilnehmer u. a. Hans-Heinz Heldmann, Alexander Kluge, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Jürgen Seifert
Adresse: Alexander Kluge, 6 Frankfurt, Schumannstr. 64

Im Mittelpunkt dieses Arbeitskreises sollen die für den Spätkapitalismus charakteristischen Beziehungen zwischen der ökonomisch herrschenden Klasse und der politischen Gewalt, mit der sie ihre spezifische Form der Diktatur durchsetzt, stehen. Hierbei stellt sich die Frage, ob die kapitalistische Klasse überhaupt imstande ist, einen einheitlichen politischen Ausdruck zu bilden. Das wird insbesondere dann fragwürdig, wenn sich die fundamentalen Widersprüche des Systems verschärfen und die Folgebereitschaft der Massen, traditionelle Ideologien (Arbeitsmoral, antikommunistische Vorurteile etc.) nicht mehr in der alten Weise funktionieren.
In dieser Situation ist für den gesamten politischen Herrschaftsapparat eine in sich widersprüchliche Tendenz charakteristisch: es wäre falsch, noch von einer linearen Entwicklungsrichtung der politischen Gewalt, etwa im Sinne der ständigen Vergrößerung des staatlichen Gewaltmonopols zu sprechen.
In einer bestimmten Hinsicht trifft das durchaus zu: Zentralisierung der Apparate der Verbrechensbekämpfung, die zunehmend auch die politischen Oppositionellen erfaßt; Aufhebung der Länderkompetenzen für Polizei und Kultur; Tendenzen zur Berufsarmee, die es sowohl in der Bundesrepublik wie in den USA gibt.
Daneben zeigt sich jedoch gleichzeitig eine Tendenz zur Dezentralisierung, zur Delegation des staatlichen Gewaltmonopols auf die Gesellschaft: die Betriebe versehen sich mit bewaffnetem Werkschutz, Pressemonopole übernehmen mit quasi hoheitlichen Befugnissen (als gern gesehene Hilfsorgane der Justiz und der Polizei) Aufgaben der Bekämpfung politischer Minderheiten, der Verfolgung von Kriminellen usw., Industriespionage, ausgebildetes System von Detektiven von Warenhäusern und Versicherungsgesellschaften okkupieren staatliche Funktionen.
Das bürgerliche Rechtssystem befindet sich im Übergang von der traditionellen Klassenjustiz zur inneren Kriminalisierung des Rechts. Galt vorher der Satz: in dubio pro reo, im Zweifel für den Angeklagten, so gilt jetzt umgekehrt: im Zweifel gegen den Angeklagten. Politische Oppositionelle, Schwarze in den Vereinigten Staaten, kommen verurteilt in den Gerichtssaal. Sie müssen ihre Unschuld beweisen, nicht das Gericht ihre Schuld (beispielhaft: Sacco und Vanzetti, der Prozeß gegen Bobby Seale). Der Vergleich mit der Bundesrepublik liegt nahe: jeder, wer in den öffentlichen Dienst will, muß seine Verfassungstreue nachweisen; potentiell ist jeder ein Verfassungsfeind, die Behörden stellen fest, wer es nicht ist.
Gerichte, Gefängnisse und Polizei erhalten immer mehr die Aufgabe, Klassenkonflikte zu lösen, die sich im offiziellen Rahmen der Politik nicht mehr lösen lassen. Schon in der ersten Verfolgungswelle, im Antikommunismus der Nachkriegsperiode und vor allem nach dem KPD-Verbot, wurden drakonische Urteile gegen Oppositionelle gefällt, zum Teil rückwirkend, für Handlungen, die kein Gesetz verbot. Die Kriminalisierung politischer Alternativen hat sich in der zweiten Verfolgungswelle verschärft, mit einem charakteristischen Unterschied allerdings: neben drakonischen Urteilen (9 Jahre für Kunzelmann) stehen Freisprüche und Amnestie. Es ist denkbar, daß dem Freispruch der Soledad Brothers die Verurteilung von Angela Davis zu lebenslänglichem Gefängnis folgt.
Es sind die Formen außerökonomischer Gewalt zu bestimmen, die die Fortexistenz des zentralen Gewaltverhältnisses: Lohnarbeit und Kapital absichern. Dabei ist von Widersprüchen der ökonomischen Grundlage auszugehen. Trotzdem muß zwischen der in Vietnam geübten außerökonomischen Gewalt und der Gewalt, die für die Sicherung der US-Interessen in Lateinamerika eingesetzt wird, unterschieden werden.
In allen thematischen Schwerpunkten des Arbeitskreises soll auf die Parallelen zwischen der Entwicklung in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik eingegangen werden.

Arbeitskreis III: Amerikanischer Kapitalismus, Minderheiten und antikapitalistische Alternative

Teilnehmer u. a. Johannes Agnoli, Gerhard Amendt, Volkhard Brandes, Frank Deppe, Rüdiger Griepenburg, Claus Offe, Claudio Pozzoli
Adresse: Claudio Pozzoli, 6 Frankfurt, Feuerbachstr. 24

Mit der Unabhängigkeitserklärung verschrieben sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika den Idealen von Demokratie und Freiheit. Aber eine Reihe von nationalen und politischen Minderheiten waren von Anfang an vom Gebrauch der Reichtümer des Landes und von den Vorteilen der verfassungsmäßigen Rechte ausgeschlossen — zunächst vor allem die Indianer und die schwarzen Sklaven.
„Niemand kann daran vorbeigehen, daß der Ursprung des amerikanischen Kapitalismus untrennbar mit der Ausbeutung der Sklavenarbeit verbunden ist. Die Schwarzen haben die Grundlage für den Reichtum gelegt, den heute ein paar mächtige Familien in Händen halten." (Angela Davis)
Der Arbeitskreis geht von der Ausbeutung und der Nicht-Integration der schwarzen Arbeiter und anderer Minderheiten in den amerikanischen Kapitalismus aus. Anhand von Vergleichen mit der europäischen, speziell der bundesrepublikanischen Situation (ausländische Arbeiter etc.) soll die grundsätzliche Bedeutung von Minoritäten für die kapitalistischen Systeme ausgearbeitet werden.
Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Rolle des Rassismus und der Diskriminierung von nationalen und politischen Minderheiten in der Arbeiterbewegung, denn „die Mehrheit der Weißen hat die rassistische Politik der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung nicht einfach akzeptiert, sie hat vielmehr zur Perpetuierung des Rassismus beigetragen, so daß der Rassismus jetzt als integraler Bestandteil in der Sozialstruktur dieses Landes verankert ist." (Angela Davis)
Davon ausgehend wird die Bedeutung der unterdrückten Minderheiten für die Entwicklung einer antikapitalistischen Alternative und den Aufbau einer sozialistischen Bewegung untersucht sowie ein Überblick über die wichtigsten Organisationen der amerikanischen Linken gegeben.

Arbeitskreis IV: Imperialismus und inneramerikanische Auswirkungen — inneramerikanische Opposition

Teilnehmer u. a. Andreas Buro, Manfred Clemenz, Brigitte Heinrich, Ekkehard Krippendorff, Heinz-Rudolf-Sonntag, Ursula Schmiederer, David Wittenberg
Adresse: Manfred Clemenz, 6374 Steinbach, Hessenring 27

Die zunehmende Aggressivität und Brutalität des amerikanischen Imperialismus bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der Dritten Welt gehört zu den wesentlichen Bedingungen, unter denen sich Solidarität, politisches Bewußtsein und Klassenbewußtsein der amerikanischen Linken entwickelten. Der Versuch, die ökonomische Dauerkrise imperialistisch zu lösen, und zur Absicherung der imperialistischen Einflußsphären ein weltweites System von Militärstützpunkten aufrecht zu erhalten, führte nicht zur Stabilisierung sondern zur wachsenden ökonomischen und politischen Destabilisierung des amerikanischen kapitalistischen Systems.
Der Aufbau eines riesigen Propagandaapparates mit der Funktion, imperialistische Aggression in den „Export von Demokratie und Freiheit" umzulügen und der immer stärkere Rekurs auf Gewalt und Rechtsbruch sind die innenpolitischen Konsequenzen dieser Situation. Damit wurden gleichzeitig die ökonomischen, politischen und sozialen Voraussetzungen für rechtsradikale und faschistische Tendenzen, für die Verschärfung von Antikommunismus und Rassismus geschaffen.
Thematische Schwerpunkte dieses Arbeitskreises sind:

1. Politisch-ökonomische Struktur des amerikanischen Imperialismus
2. Der revolutionäre Befreiungskampf in der Dritten Welt
3. Die inneramerikanischen Auswirkungen des US-Imperialismus
4. Die Beteiligung der BRD am internationalen imperialistischen System und ihre Auswirkungen nach Innen.

Zum Solidaritätskongreß Am Beispiel Angela Davis rufen u. a. auf:

Deutsche Jungdemokraten, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands, Jungsozialisten in der SPD, Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken", Sozialistisches Büro, Naturfreundejugend Deutschland, Verband Deutscher Studentenschaften, Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen, SHB/Sozialistische Fraktion, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Bund Deutscher Pfadfinder, Deutscher Versöhnungsbund, Sozialistischer Lehrerbund.

Veranstalter und Informationen:
Angela Davis Solidaritätskomitee,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Wohin treibt Jugoslawien?

Etappen, Tendenzen und Widersprüche der Transformation einer Übergangsgesellschaft (Schluß)

Hansgeorg Conert

Im ersten Teil des Artikels wurde eine kurze Übersicht über die wichtigsten Etappen der Entwicklung von Arbeiterselbstverwaltung und ‚sozialistischer Marktwirtschaft' in Jugoslawien gegeben; im zweiten Teil kamen die wesentlichen Elemente und die sozioökonomischen Konsequenzen der Wirtschaftsreform seit 1964/65 zur Sprache. Abschließend soll eine knappe kritische Beurteilung von Theorie und Praxis des jugoslawischen Modells einer Übergangsgesellschaft erfolgen.

Elemente der theoretischen Begründung der jugoslawischen Konzeption

Sowohl im jugoslawischen wie im ausländischen Schrifttum wird häufig auf das Fehlen einer einheitlichen, konsistenten Theorie des jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus hingewiesen. Im Artikel eines jugoslawischen Autors vom März 1968 wird darüberhinaus sogar festgestellt, es bestünde auch keine übereinstimmende Ansicht über die Gründe, die 1950 zur Bildung der Arbeiterräte führten (1). Der Autor selbst bestätigt die im ersten Teil dieses Artikels vertretene These, es seien primär pragmatische, aus der konkreten Situation der jugoslawischen Machtträger nach dem Bruch mit den Parteien und Staaten des KOMINFORM resultierende Erwägungen gewesen, die in „... Fortsetzung der Revolution ‚von oben'" zum ‚Grundgesetz über die Leitung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe ... durch die Arbeiterkollektive' vom 27. 6. 1950 führten. „Die Arbeiterräte der jugoslawischen Arbeiterklasse sollten als Kohäsionskraft im Kampf gegen internationale Hegemoniebestrebungen, zum Schutz der Unabhängigkeit des Landes und des eigenen Weges zum Sozialismus dienen. Aus dem Konflikt mit dem Inform-Büro wurde eine praktisch-politische Schlußfolgerung gezogen ..." (2) Der zitierte Autor behauptet sogar, aus den offiziellen Dokumenten gehe hervor, der ‚geistige Vater' der jugoslawischen Arbeiterräte (ob es sich um einen individuellen oder einen kollektiven handelt, wird nicht erwähnt) habe dabei weder den Marxschen Gedanken der Assoziierung der freien Produzenten voll erfaßt noch sei er sich der Tragweite der von ihm inspirierten Maßnahme bewußt gewesen.

Ansätze einer theoretischen Begründung der Konzeption der Arbeiterselbstverwaltung folgten somit ihrer beginnenden Realisierung und gingen ihr nicht etwa

voraus. Die gegenwärtige theoretische Konzeption des jugoslawischen Modells der Übergangsgesellschaft umfaßt als wesentliche Elemente: 1. eine Kritik der bürokratischen, ‚etatistischen' Entwicklung des sowjetischen Kommunismus, 2. die Rezeption der Marxschen Interpretation der Pariser Kommune sowie der Perspektive des ‚Absterbens des Staates' und 3. eine verkürzte Übernahme der Entfremdungsproblematik im Marxschen Sinne. Die Deformation des sowjetischen Kommunismus mit der Etablierung und zunehmenden Verselbständigung einer Partei- und Staatsbürokratie wird aus der sozioökonomischen und zivilisatorisch-kulturellen Rückständigkeit Rußlands zum Zeitpunkt der Revolution sowie aus den objektiven wirtschaftlichen, politischen etc. Schwierigkeiten und Belastungen der nachrevolutionären Phase erklärt. Die Schärfe der entsprechenden jugoslawischen Kritik schwankt seit dem Bruch mit dem KOMINFORM-Büro je nach dem konkreten Stand der jeweiligen Beziehungen zu der UdSSR. Bis in die frühen sechziger Jahre waren jugoslawischen Wissenschaftlern, Publizisten etc. gewisse Grenzen in ihrer Kritik am sowjetischen Kommunismus gesetzt. Seit das nicht mehr der Fall ist, bezieht sich zwar nicht die partei- und staatsoffizielle jugoslawische, wohl aber die ‚private' Kritik nicht nur auf die stalinistische, bürokratisch-etatistische Deformation der sowjetischen Übergangsgesellschaft, sondern teilweise auch auf Leninsche Positionen.

Hinsichtlich der Perspektive des ‚Absterbens des Staates' lehnt die jugoslawische Theorie, wie generell in der Frage der Verwirklichung sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen, die von der KPdSU weiterhin verfochtene Unterscheidung einer Phase der Schaffung der ‚materiell-technischen Basis des Kommunismus' von einer nachfolgenden der Realisierung kommunistischer gesellschaftlicher Verhältnisse ab. Sie insistiert dagegen auf der Gleichzeitigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte, des sozialen und kulturellen Fortschritts und der Entfaltung gesellschaftlicher Selbstbestimmung und ‚Entstaatlichung'. Der Marxsche Entfremdungsbegriff wird in der jugoslawischen Theorie zumeist in einer spezifischen Verengung gebraucht. Entfremdung wird im wesentlichen auf zwei Erscheinungsformen reduziert: auf die Trennung der unmittelbaren Produzenten vom Produkt ihrer Tätigkeit und auf die Existenz einer gegenüber ihrer gesellschaftlichen Basis verselbständigten politischen Machtinstanz. Arbeiterselbstverwaltung mit der Konsequenz der Verfügung der betrieblichen Arbeitskollektive über das erzeugte Produkt und fortschreitende ‚Entstaatlichung' bedeuten in diesem Verständnis progressive Aufhebung menschlicher Entfremdung überhaupt.

Verdienste der jugoslawischen Konzeption sozialistischer Übergangsgesellschaft

Die jugoslawische Theorie sozialistischer Übergangsgesellschaft soll nicht einer allgemeinen Kritik unterzogen werden, ohne daß zuvor auf ihre Verdienste verwiesen wurde. Hierbei sind u. E. drei Aspekte hervorzuheben: erstens der der Kritik an den Deformierungserscheinungen im sowjetischen Kommunismus. Hierbei können die jugoslawischen Kommunisten zwar weder zeitliche Priorität noch sachliche Originalität beanspruchen. Die jugoslawische Stalinismus- und Bürokratiekritik umfaßt keine Argumente, die nicht schon zuvor von links- und rechtskommunistischen und anderen marxistischen Personen und Gruppen, häufig stringenter und theoretisch fundierter begründet, vorgetragen worden sind. Die KPJ (bzw. der BdKJ) ist jedoch die erste regierende kommunistische Partei, die die UdSSR mit solcher Kritik herausforderte. Deshalb, vor allem aber auch, weil die jugoslawischen Kommunisten praktische Konsequenzen aus ihrer Kritik ziehen konnten (die zunächst auch marxistisch einwandfrei legitimierbar waren), war deren Wirkung ungleich nachhaltiger als die – wie immer fundierte – Stalinismuskritik politisch machtloser, isolierter Einzelpersonen oder Splitterorganisationen. Dieser Umstand war von erheblicher Bedeutung in den fünfziger Jahren, als die nicht-sowjetischorientierte marxistische Bewegung in Westeuropa kaum existent war. Auf nicht wenige Jugendliche, Arbeiter und Intellektuelle übte damals der ‚jugoslawische Weg' eine starke Faszination aus und bedeutete für sie eine Rehabilitierung der durch den Stalinismus in der UdSSR wie in den ‚Volksdemokratien' diskreditierten sozialistischen Perspektive und marxistischen Theorie.

Zum zweiten muß u. E. prinzipiell der jugoslawischen Zurückweisung der sowjetkommunistischen Konzeption der zwei Phasen beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, wie sie z. B. ausgeprägt im Parteiprogramm der KPdSU von 1961 formuliert ist, beigepflichtet werden. Vom authentischen Marxismus aus bedarf es zwar keines Übermaßes an theoretischer und politischer Verstandesschärfe, um zur Kritik dieser Position der KPdSU zu gelangen, und der BdKJ befindet sich hier in Gesellschaft z. B. Che Guevaras, Fidel Castros (3) und Mao-Tse-tungs. Jedoch haben die jugoslawischen Kommunisten wiederum – bis zu der in diesem Aufsatz wiederholt angedeuteten Grenze – aus dieser theoretischen Position praktische Konsequenzen gezogen, die für die sozialistische und kommunistische Bewegung in weltweitem Maßstab – auch noch in der notwendigen Kritik – von größter Wichtigkeit waren.

Seit den fünfziger Jahren übt die – zumeist in ihrer konkreten Funktionsweise und Problematik unzureichend bekannte – jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung eine erhebliche Anziehungskraft auf Jugendliche, Gewerkschaftler, Sozialisten der verschiedenen Richtungen in kapitalistischen wie in staatssozialistischen Ländern aus. Dabei wird oft übersehen, daß nach dem jugoslawischen Selbstverständnis die in den ‚Arbeitsorganisationen' ausgeübte Arbeiterselbstverwaltung Bestandteil einer umfassenderen Selbstverwaltungskonzeption ist, innerhalb der, gleichsam als zweite Säule, neben der Arbeiterselbstverwaltung die Selbstverwaltung in den sog. ‚gesellschaftspolitischen Gemeinschaften', d. h. hauptsächlich in den Kommunen, jedoch darüber auch auf Republik- und auf Bundesebene, tritt. Die institutionellen Details und die besonderen Probleme dieses Selbstverwaltungssystems können hier nicht darge-

Wohin treibt Jugoslawien?

Etappen, Tendenzen und Widersprüche der Transformation einer Übergangsgesellschaft (Schluß)

Hansgeorg Conert

Im ersten Teil des Artikels wurde eine kurze Übersicht über die wichtigsten Etappen der Entwicklung von Arbeiterselbstverwaltung und ‚sozialistischer Marktwirtschaft' in Jugoslawien gegeben; im zweiten Teil kamen die wesentlichen Elemente und die sozioökonomischen Konsequenzen der Wirtschaftsreform seit 1964/65 zur Sprache. Abschließend soll eine knappe kritische Beurteilung von Theorie und Praxis des jugoslawischen Modells einer Übergangsgesellschaft erfolgen.

Elemente der theoretischen Begründung der jugoslawischen Konzeption

Sowohl im jugoslawischen wie im ausländischen Schrifttum wird häufig auf das Fehlen einer einheitlichen, konsistenten Theorie des jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus hingewiesen. Im Artikel eines jugoslawischen Autors vom März 1968 wird darüberhinaus sogar festgestellt, es bestünde auch keine übereinstimmende Ansicht über die Gründe, die 1950 zur Bildung der Arbeiterräte führten (1). Der Autor selbst bestätigt die im ersten Teil dieses Artikels vertretene These, es seien primär pragmatische, aus der konkreten Situation der jugoslawischen Machtträger nach dem Bruch mit den Parteien und Staaten des KOMINFORM resultierende Erwägungen gewesen, die in „... Fortsetzung der Revolution ‚von oben'" zum ‚Grundgesetz über die Leitung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe ... durch die Arbeiterkollektive' vom 27. 6. 1950 führten. „Die Arbeiterräte der jugoslawischen Arbeiterklasse sollten als Kohäsionskraft im Kampf gegen internationale Hegemoniebestrebungen, zum Schutz der Unabhängigkeit des Landes und des eigenen Weges zum Sozialismus dienen. Aus dem Konflikt mit dem Inform-Büro wurde eine praktisch-politische Schlußfolgerung gezogen ..." (2) Der zitierte Autor behauptet sogar, aus den offiziellen Dokumenten gehe hervor, der ‚geistige Vater' der jugoslawischen Arbeiterräte (ob es sich um einen individuellen oder einen kollektiven handelt, wird nicht erwähnt) habe dabei weder den Marxschen Gedanken der Assoziierung der freien Produzenten voll erfaßt noch sei er sich der Tragweite der von ihm inspirierten Maßnahme bewußt gewesen.

Ansätze einer theoretischen Begründung der Konzeption der Arbeiterselbstverwaltung folgten somit ihrer beginnenden Realisierung und gingen ihr nicht etwa

voraus. Die gegenwärtige theoretische Konzeption des jugoslawischen Modells der Übergangsgesellschaft umfaßt als wesentliche Elemente: 1. eine Kritik der bürokratischen, ‚etatistischen' Entwicklung des sowjetischen Kommunismus, 2. die Rezeption der Marxschen Interpretation der Pariser Kommune sowie der Perspektive des ‚Absterbens des Staates' und 3. eine verkürzte Übernahme der Entfremdungsproblematik im Marxschen Sinne. Die Deformation des sowjetischen Kommunismus mit der Etablierung und zunehmenden Verselbständigung einer Partei- und Staatsbürokratie wird aus der sozioökonomischen und zivilisatorisch-kulturellen Rückständigkeit Rußlands zum Zeitpunkt der Revolution sowie aus den objektiven wirtschaftlichen, politischen etc. Schwierigkeiten und Belastungen der nachrevolutionären Phase erklärt. Die Schärfe der entsprechenden jugoslawischen Kritik schwankt seit dem Bruch mit dem KOMINFORM-Büro je nach dem konkreten Stand der jeweiligen Beziehungen zu der UdSSR. Bis in die frühen sechziger Jahre waren jugoslawischen Wissenschaftlern, Publizisten etc. gewisse Grenzen in ihrer Kritik am sowjetischen Kommunismus gesetzt. Seit das nicht mehr der Fall ist, bezieht sich zwar nicht die partei- und staatsoffizielle jugoslawische, wohl aber die ‚private' Kritik nicht nur auf die stalinistische, bürokratisch-etatistische Deformation der sowjetischen Übergangsgesellschaft, sondern teilweise auch auf Leninsche Positionen.

Hinsichtlich der Perspektive des ‚Absterbens des Staates' lehnt die jugoslawische Theorie, wie generell in der Frage der Verwirklichung sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen, die von der KPdSU weiterhin verfochtene Unterscheidung einer Phase der Schaffung der ‚materiell-technischen Basis des Kommunismus' von einer nachfolgenden der Realisierung kommunistischer gesellschaftlicher Verhältnisse ab. Sie insistiert dagegen auf der Gleichzeitigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte, des sozialen und kulturellen Fortschritts und der Entfaltung gesellschaftlicher Selbstbestimmung und ‚Entstaatlichung'. Der Marxsche Entfremdungsbegriff wird in der jugoslawischen Theorie zumeist in einer spezifischen Verengung gebraucht. Entfremdung wird im wesentlichen auf zwei Erscheinungsformen reduziert: auf die Trennung der unmittelbaren Produzenten vom Produkt ihrer Tätigkeit und auf die Existenz einer gegenüber ihrer gesellschaftlichen Basis verselbständigten politischen Machtinstanz. Arbeiterselbstverwaltung mit der Konsequenz der Verfügung der betrieblichen Arbeitskollektive über das erzeugte Produkt und fortschreitende ‚Entstaatlichung' bedeuten in diesem Verständnis progressive Aufhebung menschlicher Entfremdung überhaupt.

Verdienste der jugoslawischen Konzeption sozialistischer Übergangsgesellschaft

Die jugoslawische Theorie sozialistischer Übergangsgesellschaft soll nicht einer allgemeinen Kritik unterzogen werden, ohne daß zuvor auf ihre Verdienste verwiesen wurde. Hierbei sind u. E. drei Aspekte hervorzuheben: erstens der der Kritik an den Deformierungserscheinungen im sowjetischen Kommunismus. Hierbei können die jugoslawischen Kommunisten zwar weder zeitliche Priorität noch sachliche Originalität beanspruchen. Die jugoslawische Stalinismus- und Bürokratiekritik umfaßt keine Argumente, die nicht schon zuvor von links- und rechtskommunistischen und anderen marxistischen Personen und Gruppen, häufig stringenter und theoretisch fundierter begründet, vorgetragen worden sind. Die KPJ (bzw. der BdKJ) ist jedoch die erste regierende kommunistische Partei, die die UdSSR mit solcher Kritik herausforderte. Deshalb, vor allem aber auch, weil die jugoslawischen Kommunisten praktische Konsequenzen aus ihrer Kritik ziehen konnten (die zunächst auch marxistisch einwandfrei legitimierbar waren), war deren Wirkung ungleich nachhaltiger als die – wie immer fundierte – Stalinismuskritik politisch machtloser, isolierter Einzelpersonen oder Splitterorganisationen. Dieser Umstand war von erheblicher Bedeutung in den fünfziger Jahren, als die nicht-sowjetischorientierte marxistische Bewegung in Westeuropa kaum existent war. Auf nicht wenige Jugendliche, Arbeiter und Intellektuelle übte damals der ‚jugoslawische Weg' eine starke Faszination aus und bedeutete für sie eine Rehabilitierung der durch den Stalinismus in der UdSSR wie in den ‚Volksdemokratien' diskreditierten sozialistischen Perspektive und marxistischen Theorie.

Zum zweiten muß u. E. prinzipiell der jugoslawischen Zurückweisung der sowjetkommunistischen Konzeption der zwei Phasen beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, wie sie z. B. ausgeprägt im Parteiprogramm der KPdSU von 1961 formuliert ist, beigepflichtet werden. Vom authentischen Marxismus aus bedarf es zwar keines Übermaßes an theoretischer und politischer Verstandesschärfe, um zur Kritik dieser Position der KPdSU zu gelangen, und der BdKJ befindet sich hier in Gesellschaft z. B. Che Guevaras, Fidel Castros (3) und Mao-Tse-tungs. Jedoch haben die jugoslawischen Kommunisten wiederum – bis zu der in diesem Aufsatz wiederholt angedeuteten Grenze – aus dieser theoretischen Position praktische Konsequenzen gezogen, die für die sozialistische und kommunistische Bewegung in weltweitem Maßstab – auch noch in der notwendigen Kritik – von größter Wichtigkeit waren.

Seit den fünfziger Jahren übt die – zumeist in ihrer konkreten Funktionsweise und Problematik unzureichend bekannte – jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung eine erhebliche Anziehungskraft auf Jugendliche, Gewerkschaftler, Sozialisten der verschiedenen Richtungen in kapitalistischen wie in staatssozialistischen Ländern aus. Dabei wird oft übersehen, daß nach dem jugoslawischen Selbstverständnis die in den ‚Arbeitsorganisationen' ausgeübte Arbeiterselbstverwaltung Bestandteil einer umfassenderen Selbstverwaltungskonzeption ist, innerhalb der, gleichsam als zweite Säule, neben der Arbeiterselbstverwaltung die Selbstverwaltung in den sog. ‚gesellschaftspolitischen Gemeinschaften', d. h. hauptsächlich in den Kommunen, jedoch darüber auch auf Republik- und auf Bundesebene, tritt. Die institutionellen Details und die besonderen Probleme dieses Selbstverwaltungssystems können hier nicht darge-

stellt werden. Wie revisionsbedürftig die normative Ausgestaltung im einzelnen und wie unvollkommen ihre Verwirklichung jedoch immer sein mögen, muß ein dritter positiver Aspekt der jugoslawischen Theorie sozialistischer Übergangsgesellschaft festgehalten werden: diese Konzeption stellt nach der Marxschen Kommune-Rezeption, nach Lenins ‚Staat und Revolution', nach der Sowjetverfassung von 1918 (und -realität bis etwa 1921) sowie nach den rätesozialistischen Ansätzen in Deutschland, Ungarn, Italien nach dem Ersten Weltkrieg das erste umfassende Modell einer Übergangsgesellschaft auf der Grundlage breiter, unmittelbarer, sozialistischer Demokratie für Gesellschaften relativ fortgeschrittenen sozioökonomischen Entwicklungsniveaus dar. Hierin ist u. E. der wichtigste Verdienst der jugoslawischen kommunistischen Theorie zu sehen. Gegen die stalinistische und nachstalinistische sowjetische Deformation, gegen die brüchige Fassade des spätbürgerlichen Parlamentarismus, gegen den Substanzverlust des Demokratiebegriffs im sozialdemokratischen Verständnis und auch gegenüber manchen neueren reform-kommunistischen Konzeptionen (4) insistiert die jugoslawische Theorie gesellschaftlicher Selbstverwaltung auf den wesentlichen Elementen des von Marx im Anschluß an die Pariser Kommune in den Grundzügen entwickelten Modells der politischen Ordnung einer Übergangsgesellschaft, vor allem auf Prinzip und Methoden unmittelbarer Entscheidungsteilhabe. Darin sehen wir — es sei nochmals betont: trotz aller Kritikwürdigkeit im Detail — nicht zuletzt in Anbetracht der technokratischen Tendenzen im etablierten Sozialismus wie auch in den großen kommunistischen Parteien z. B. Frankreichs und Italiens einen zumindest bis heute noch wirksamen Verdienst der jugoslawischen Selbstverwaltungskonzeption.

Zur Kritik der jugoslawischen Theorie der Übergangsgesellschaft

Eine differenzierte, sich auf alle Details sozioökonomischer, politischer, kultureller Erscheinungen erstreckende Kritik der jugoslawischen Entwicklung ist an dieser Stelle so wenig möglich wie eine gründliche Auseinandersetzung mit der vorherrschenden jugoslawischen Theorie der Übergangsgesellschaft. Die im zweiten Teil des Artikels skizzierten Fakten und Tendenzen, die aus marxistischer Sicht eine grundlegende Fehlentwicklung signalisieren, sind jedoch direkt oder indirekt so gut wie ausnahmslos Konsequenzen einer Entscheidung, nämlich der für den Verzicht auf gesamtgesellschaftliche Verfügung über einen zureichenden Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts. Darin ist eingeschlossen der Verzicht auf eine für die sozioökonomischen Grundeinheiten (Kommunen, Betriebe) verbindliche Planung der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse und umgekehrt die Überantwortung der diese bestimmenden Entscheidungen an blind wirkende Marktmechanismen.

Hier könnte eingewandt werden, daß die jugoslawische Konzeption gesellschaftlicher Selbstverwaltung mit ihren übersteigerten Dezentralisierungstendenzen und die Verselbständigung der Betriebe gegenüber gesamtgesellschaftlicher Lenkung und Kontrolle zwei Seiten ein- und derselben Medaille seien, die erstere hier jedoch positiv, die letztere negativ bewertet würde. Abgesehen davon, daß sich die positive Einschätzung auf die Grundzüge des jugoslawischen Modells unmittelbarer sozialistischer Demokratie bezog, nicht aber auf konkrete Einzelheiten, wie z. B. die tendenziell in Partikularisierung umschlagende Dezentralisierung, wäre zunächst darauf zu verweisen, daß beide Entwicklungen innerhalb des Reformprozesses nicht in zeitlicher Übereinstimmung verliefen. Ende der fünfziger Jahre wurden die Kommunen zu den Grundeinheiten der Selbstverwaltung im Bereich der ‚gesellschaftspolitischen Gemeinschaften' erklärt und mit erweiterten Kompetenzen und entsprechender finanzieller Teilautonomie ausgestattet. Dieser Prozeß war Anfang der sechziger Jahre abgeschlossen und fand normative Sanktionierung in der Verfassung von 1963. Zu dieser Zeit verfügten überbetriebliche und gesamtgesellschaftliche Organe jedoch noch über einen Anteil am gesellschaftlichen Mehrprodukt, der sozialistischen Erfordernissen genügte. Hier wurde erst nach 1965 die entscheidende Wende vollzogen. Wichtiger als die fehlende zeitliche Koinzidenz ist jedoch, daß ein stufenförmig gegliedertes System sozialistischer Demokratie, die an der (im jugoslawischen Beispiel kommunalen) Basis weitgehend unmittelbar und auf den höheren Ebenen durch imperative Mandate ausgeübt wird, sachlich keineswegs Entscheidungsformen über Verwendung des gesellschaftlichen Mehrprodukts nach gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen ausschließt. Vielmehr bedingt sich beides wechselseitig, soll Selbstverwaltung nicht in gesellschaftliche Desintegration umschlagen und soll nicht in oligarchischer und autoritärer Weise über das Mehrprodukt entschieden werden.

Unseres Erachtens erübrigen sich eingehende Textexegesen und Zitathäufungen für den Nachweis, daß Marx, wenn er unter der Annahme sozialistischer Produktionsverhältnisse z. B. von einem „Verein freier Menschen" sprach „... die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben ..." (5), oder wenn er die Freiheit im Bereich der materiellen Produktion darin sah, „... daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produ-

eva titel:

eva Allgemeines Buchprogramm

Erich Küchenhoff
unter Mitarbeit von Gabriele Keppler, N. Goebbel, Bernd Schriewer
BILD-Verfälschungen
Analyse der Berichterstattung der BILD-Zeitung über Arbeitskämpfe, Gewerkschaftspolitik, Mieten, Sozialpolitik
Teil I: Analyse 160 Seiten, kartoniert DM 9,—
Teil II: Belege 192 Seiten, kartoniert DM 15,—
Die Untersuchung stellt exemplarisch fest, was es denn ist, was gemeinhin als Meinungsmanipulation durch die Presse bezeichnet wird und bezeichnet wichtige Kriterien für jede differenzierte Analyse von Pressebericht-erstattung.

eva reihe: „Arbeiterbewegung Theorie und Geschichte"

Spätkapitalismus und Klassenkampf
Eine Auswahl aus den Quaderni Rossi
Herausgegeben von Claudio Pozzoli
Aus dem Italienischen von Christel Schenker
216 Seiten, kartoniert ca. DM 18,—
Die Aufsätze aus der bedeutenden italienischen Zeitschrift Quaderni Rossi setzen sich mit Problemen auseinander, die für die Arbeiterbewegung in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern wichtig sind.

eva reihe: „basis studienausgaben" basis

Faschismus und Kapitalismus
Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus
Herausgegeben von Wolfgang Abendroth · Eingeleitet von Rüdiger Griepenburg, Jörg Kammler und Kurt Kliem
188 Seiten, kartoniert DM 6,—
Inhalt: Einleitung — Zur Theorie des Faschismus · August Thalheimer, Über den Faschismus · Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung · Arthur Rosenberg, Der Faschismus als Massenbewegung · Otto Bauer, Der Faschismus · Angelo Tasca, Allgemeine Bedingungen der Entstehung und des Aufstieges des Faschismus.

Hildegard Feidel-Mertz
Zur Ideologie der Arbeiterbildung
260 Seiten, kartoniert DM 9,—
Systematisch und mit wichtigem Material belegt hat die Autorin die geistes- und sozialgeschichtlichen Zusammenhänge sehr verschiedener Motive und Strategien der Arbeiterbildung aufgearbeitet. Es wird erklärt, warum jede Arbeiterbildung als politische Bildung verstanden und betrieben werden muß. Eine grundlegende Arbeit für jeden, der sich mit Problemen von Theorie und Praxis der Arbeiterbildung auseinandersetzt.

Kritik der politischen Ökonomie — heute
100 Jahre „Kapital"
Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium 1967
Herausgegeben von Walter Euchner und Alfred Schmidt
Gekürzte Studienausgabe
180 Seiten, kartoniert DM 6,—
Das Interesse an diesem Protokollband, eine Bilanz der wissenschaftlichen Marx-Diskussion, ist seit der ersten Ausgabe kaum geringer geworden. Die Studienausgabe enthält die wichtigsten Beiträge, deren Relevanz für die marxistische Theorie über den aktuellen Diskussionszusammenhang im Jahre 1967 hinaus erwiesen ist.

34/72

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

zenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden . . .“ (6), eine gesamtgesellschaftliche Steuerung des sozioökonomischen Reproduktionsprozesses meinte. Von marxistischer Position aus ist maßgeblich, ob die „assoziierten Produzenten“ bewußt und unter Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Erfordernisse über Produktion und Distribution entscheiden, oder ob hierüber ein ihrer Lenkung und Kontrolle entzogener, blind wirkender Marktmechanismus befindet; nicht jedoch, ob sich die Produktionsmittel in Händen von individuellen oder von gruppenkollektiven Privateigentümern befinden. Nur im ersten Falle entspricht der gesellschaftlichen Produktion eine gesellschaftliche Aneignung, im letzten liegt hingegen nur eine andere Form privater Aneignung vor. Obgleich nach der offiziellen jugoslawischen Konzeption die Unternehmen gesellschaftliches Eigentum und nicht Kollektiveigentum der Belegschaften sind, wird häufig konstatiert, daß sich die Arbeiter im Sinne des letzteren verhalten. Daraus kann ihnen kein Vorwurf gemacht werden, provozieren doch die inzwischen legalisierten gesellschaftlichen Normen ein solches Verhalten geradezu. „Hier liegt tatsächlich ein objektiver Widerspruch: Für die Selbstverwaltung ist konstitutiv das Prinzip der Freiheit des Menschen, das Prinzip der freien Initiative des Subjekts, was letztlich zur Verwirklichung bestimmter humaner Werte führen soll. Für die Geld-Ware-Wirtschaft ist jedoch das Prinzip der ökonomischen Notwendigkeit, das Prinzip des Tätigwerdens um eines größeren Einkommens willen maßgeblich.“ (7)

Theorie und Praxis ‚sozialistischer Marktwirtschaft’ in Jugoslawien heute können nicht mehr im Rahmen der traditionellen ökonomischen Fragestellung von Übergangsgesellschaften nach dem unvermeidlichen Ausmaß von Geld-Ware-Beziehungen interpretiert werden. Von Bucharin über Lange bis Brus und Bettelheim wird die Tatsache, daß Arbeitsprodukte in den bisherigen und gegenwärtigen Übergangsgesellschaften Warenform annehmen, auf den unzureichenden Entwicklungsstand der Produktivkräfte, auf entsprechenden relativen Mangel und so bedingte Verteilungsformen und -maßstäbe zurückgeführt, jedoch als Manko im Sinne der kommunistischen Ziele beurteilt. In Jugoslawien wird dieses Problem heute zwar von vereinzelten Philosophen, kaum aber von Ökonomen und Parteitheoretikern reflektiert. Für letztere scheint es überhaupt nicht zu existieren. Die in den staatssozialistischen Ländern seit den frühen sechziger Jahren wiederum breit geführte Diskussion über das Verhältnis von Plan und Markt im Sozialismus ist in Jugoslawien theoretisch wie praktisch eindeutig im Sinne der Dominanz, ja der Hegemonie des Marktes entschieden. Die offizielle Parteitheorie, die die Marxsche Entfremdungskategorie als Alltagsfloskel benutzt, sieht großzügig darüber hinweg, daß der Warenfetischismus eine der realsten und umfassendsten Verdinglichungs- und Entfremdungserscheinungen darstellt.

In Jugoslawien wird heute Kritik an der inneren sozioökonomischen und politischen Entwicklung, auch wenn sie von authentischen marxistischen Positionen ausgeht, als offen oder versteckt stalinistisch, etatistisch oder ‚kominformistisch’ diffamiert. Z. B. wurde der Belgrader Ökonom D. Živković laut ‚Politika’ vom 19. 11. 1969 zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er das Manuskript seines Buches ‚Was ist das, politische Ökonomie des Sozialismus?’ vervielfältigte, in welchem er „. . . die Wirtschaftsreform und die Arbeiterselbstverwaltung angriff, indem er u. a. behauptete, das Land habe den Weg ‚zu kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen beschritten’.“ (8) Überhaupt wird jeder Kritik an der übertriebenen Dezentralisierung, an der völligen Freisetzung der Marktmechanismen sowie an anderen Maßnahmen der Wirtschaftsreform Ablehnung der Arbeiterselbstverwaltung unterstellt. Ein westlicher Pressedienst faßte z. B. die offizielle Reaktion auf innerjugoslawische Kritik an den Erleichterungen von Kapitalimporten aus dem kapitalistischen Ausland so zusammen: Alle diese Einwände werden von den Verfechtern einer freien Kapitaleinfuhr als Vorwände für die Bestrebungen bezeichnet, den unmittelbaren Produzenten auch weiterhin das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht auf Selbstverwaltung vorzuenthalten.’ (9) Auch die Anhänger des ‚jugoslawischen Weges’ innerhalb der westlichen Linken (denen allerdings zumeist präzise Informationen über die tatsächliche Situation und Entwicklung in Jugoslawien und/oder zureichende Vertrautheit mit den Grundzügen des marxistischen Sozialismus fehlen) sind gegenüber Kritikern rasch mit dem Stalinismus-Verdacht zur Stelle. Ihnen sollten die Argumente des serbischen Philosophen Stojanović zu denken geben. In seinem Buch ‚Kritik und Zukunft des Sozialismus’ (10) unterzieht er den stalinistischen und nachstalinistischen sowjetischen Kommunismus zunächst einer Kritik, die an Konsequenz und Schärfe der offiziellen Haltung des BdKJ zum Staatssozialismus der UdSSR weit übertrifft (11). Im sechsten Kapitel seines Buches gelangt Stojanović jedoch zu einem beinahe vernichtenden Urteil der jüngeren jugoslawischen Entwicklung. Nicht zuletzt durch einige notwendige begriffliche Differenzierungen ermöglicht er eine klarere Beurteilung des in Jugoslawien gegenwärtig praktizierten Modells einer Übergangsgesellschaft. So unterscheidet er gesellschaftliche Selbstverwaltung in dem Sinne, wie oben im Grunde tautologisch von gesamtgesellschaftlicher demokratischer Entscheidung und Kontrolle gesprochen wurde, von Gruppenselbstverwaltung, die der Tendenz nach heute in Jugoslawien praktiziert wird und die sich durch ein isoliertes Nebeneinander (ja Gegeneinander!) weitgehend autonomer sozioökonomischer Teileinheiten (Kommunen, Wirtschaftsunternehmen) auszeichnet. Stojanović geht so weit, der heute in Jugoslawien offiziellen Doktrin von Selbstverwaltung und sozialistischer Marktwirtschaft den sozialistischen Charakter abzusprechen und sie als ‚anarcholiberalistisch’ zu kennzeichnen. Zurecht konstatiert er: ‚Sobald wir den Begriff Kapitalist mit dem Begriff Selbstverwaltungsgruppe vertauschen, drängt sich uns unvermeidlich die Analogie zwischen dem ‚sozialistischen’ Anarcholiberalismus und der Ideologie des liberalen Kapitalismus auf. Jenes Verhalten mancher selbstverwaltender Gruppen, das vom Anarcholiberalismus verteidigt wird, erinnert stark an die Verhältnisse im sogenannten ‚laissez-faire’-Kapitalismus . . . Die jugoslawischen Anarcholiberalen gebrauchen ununterbrochen die sozialistische Phraseologie, um zu verbergen, wie sie de facto die gruppenweise Selbstverwaltung mit der gesellschaftlichen, das Gruppeneigentum mit dem Gesellschaftseigentum und die Gewinnverteilung nach dem Markterfolg mit der Gewinnverteilung nach der Arbeitsleistung gleichsetzen.“ (12) Wir können hier die einwandfrei marxistische Argumentation Stojanovićs, die in dem Urteil gipfelt: ‚Der beschriebene Anarcholiberalismus ist dem Sozialismus um nichts näher als der Etatismus’ (13) nicht in extenso referieren. Es muß vermerkt werden, daß Elemente der Kritik Stojanovićs, z. B. an der Gleichsetzung von Dezentralisierung und Demokratisierung, an der gesellschaftlichen Desintegration als Folge der Partikularisierung, am Verzicht auf gesamtgesellschaftliche Planung und Koordination, an der Apologie der Marktmechanismen und an der Ausschließlichkeit der Stimulierung materieller Interessen etc. auch von anderen jugoslawischen Theoretikern und Publizisten, wenn auch nicht in der Geschlossenheit und Schärfe, vorgetragen werden (14). Es ist jedoch bezeichnend, daß deren politische und gesellschaftliche Position ähnlich isoliert und damit einflußlos zu sein scheint, wie die linker Intellektueller im Kapitalismus.

Aus der in diesem Aufsatz angedeuteten Kritik der Entwicklung des ‚jugoslawischen Weges’ darf nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, es käme darauf an, den Verfechtern des jugoslawischen ‚Anarcholiberalismus’ die Unvereinbarkeit ihrer eklektischen Theoreme mit den Grundpositionen des marxistischen Sozialimus nachzuweisen. Dieser Gegensatz ist so evident, daß er keines breiten textinterpretatorischen Nachweises bedarf. Die offizielle jugoslawische Konzeption darf gerade nicht als Konsequenz eines unzureichenden Verständnisses marxistischer Theorie gedeutet werden. Sie wäre vielmehr näher zu untersuchen als die Ideologie einer herrschenden Oligarchie unterschiedlicher Rekrutierung: aus Technokraten des verselbständigten Unternehmensbereichs und der Wirtschaftsverbände, einer neuen Bürokratie der Kommunal- und Republikebene, Teilen der alten zentralstaatlichen Bürokratie sowie Teilen der Funktionärshierarchie des BdKJ. Die letztgenannten bedürfen nach Stojanović gerade der sozioökonomischen Partikularisierung und Desintegration, um die eigene Notwendigkeit als letzte Instanz zu beweisen, die das unumgängliche Minimum gesamtgesellschaftlicher Koordination erzwingt.

Auf den sozioökonomischen und politischen Entwicklungsprozeß einer Gesellschaft wirken stets spezifische historische Traditionen ein. In Jugoslawien trugen diese in den letzten Jahren zur Neubelebung von rechts- und linksnationalistischen Strömungen bei, die Ende 1971 in der kroatischen Krise kulminierten, von der die Überlegungen dieses Aufsatzes ausgingen. Die Art und Weise der ‚Bereinigung’ dieser Entwicklung zeigt die relative Festigkeit der Position der herrschenden Oligarchie. Sie dokumentiert sich weniger darin, daß es ihr überhaupt gelang, der Gefahr vorerst Herr zu werden, als vielmehr dadurch, daß ihr das mit den ihr eigenen Mitteln autoritärer Eingriffe bei Negierung der eigentlichen sozioökonomischen Ursachen gelang.

Anmerkungen:

(1) Cvjeticanin, Veljko: Die Entwicklung der Selbstverwaltung in Jugoslawien, in: Supek, Rudi und Bosnjak, Branko: Jugoslawien denkt anders. Marxismus und Kritik des etatistischen Sozialismus, Wien 1971, S. 243 f.
(2) ebenda, S. 244
(3) Siehe z. B.: Ernesto Che Guevara: Ökonomie und neues Bewußtsein, Berlin 1969, Wagenbach-Rotbuch Nr. 8 und Bettelheim, Castro, Guevara u. a.: Wertgesetz, Planung und Bewußtsein. Die Planungsdebatte in Cuba, Frankfurt/Main 1969, Verlag Neue Kritik
(4) Ein Beispiel hierfür ist die die marxistische Position unmittelbarer Beteiligung der ‚assoziierten Produzenten’ an den Entscheidungen über gesellschaftliche Prozesse ausdrücklich zurückweisende Konzeption von V. Klokocka, der in der CSSR 1968 der Regierungskommission für die ‚Ausarbeitung des neuen politischen Systems’ vorstand. Siehe sein Buch ‚Demokratischer Sozialismus’, Hamburg 1968, konkret extra
(5) Marx, Das Kapital Band 1, zit. nach Lieber/Kautsky (Herausg.): Karl Marx, Ökonomische Schriften, 1. Band, S. 55
(6) Marx, Das Kapital Band 3, zit. nach Lieber/Kautsky aaO, Band 3 S. 671
(7) Markovic, Mihailo: Sozialismus und Selbstverwaltung, in: Supek/Bosnjak aaO. S. 234
(8) zit. nach: osteuropa, Nr. 8/1970 S. A574
(9) Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, München, August 1967 S. 127
(10) deutsch München 1970, Reihe Hanser Nr. 41
(11) Der Verf. identifiziert sich nebenbei bemerkt nicht vollständig mit Stojanovics Kritik des sowjetischen ‚Etatismus’.
(12) Stojanovics, aaO. S. 128/129
(13) ebenda, S. 130
(14) Siehe z. B. die zitierten Aufsätze von Cvjeticanin und Markovic.

zenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden . . .“ (6), eine gesamtgesellschaftliche Steuerung des sozioökonomischen Reproduktionsprozesses meinte. Von marxistischer Position aus ist maßgeblich, ob die „assoziierten Produzenten“ bewußt und unter Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Erfordernisse über Produktion und Distribution entscheiden, oder ob hierüber ein ihrer Lenkung und Kontrolle entzogener, blind wirkender Marktmechanismus befindet; nicht jedoch, ob sich die Produktionsmittel in Händen von individuellen oder von gruppenkollektiven Privateigentümern befinden. Nur im ersten Falle entspricht der gesellschaftlichen Produktion eine gesellschaftliche Aneignung, im letzten liegt hingegen nur eine andere Form privater Aneignung vor. Obgleich nach der offiziellen jugoslawischen Konzeption die Unternehmen gesellschaftliches Eigentum und nicht Kollektiveigentum der Belegschaften sind, wird häufig konstatiert, daß sich die Arbeiter im Sinne des letzteren verhalten. Daraus kann ihnen kein Vorwurf gemacht werden, provozieren doch die inzwischen legalisierten gesellschaftlichen Normen ein solches Verhalten geradezu. „Hier liegt tatsächlich ein objektiver Widerspruch: Für die Selbstverwaltung ist konstitutiv das Prinzip der Freiheit des Menschen, das Prinzip der freien Initiative des Subjekts, was letztlich zur Verwirklichung bestimmter humaner Werte führen soll. Für die Geld-Ware-Wirtschaft ist jedoch das Prinzip der ökonomischen Notwendigkeit, das Prinzip des Tätigwerdens um eines größeren Einkommens willen maßgeblich.“ (7)

Theorie und Praxis ‚sozialistischer Marktwirtschaft’ in Jugoslawien heute können nicht mehr im Rahmen der traditionellen ökonomischen Fragestellung von Übergangsgesellschaften nach dem unvermeidlichen Ausmaß von Geld-Ware-Beziehungen interpretiert werden. Von Bucharin über Lange bis Brus und Bettelheim wird die Tatsache, daß Arbeitsprodukte in den bisherigen und gegenwärtigen Übergangsgesellschaften Warenform annehmen, auf den unzureichenden Entwicklungsstand der Produktivkräfte, auf entsprechenden relativen Mangel und so bedingte Verteilungsformen und -maßstäbe zurückgeführt, jedoch als Manko im Sinne der kommunistischen Ziele beurteilt. In Jugoslawien wird dieses Problem heute zwar von vereinzelten Philosophen, kaum aber von Ökonomen und Parteitheoretikern reflektiert. Für letztere scheint es überhaupt nicht zu existieren. Die in den staatssozialistischen Ländern seit den frühen sechziger Jahren wiederum breit geführte Diskussion über das Verhältnis von Plan und Markt im Sozialismus ist in Jugoslawien theoretisch wie praktisch eindeutig im Sinne der Dominanz, ja der Hegemonie des Marktes entschieden. Die offizielle Parteitheorie, die die Marxsche Entfremdungskategorie als Alltagsfloskel benutzt, sieht großzügig darüber hinweg, daß der Warenfetischismus eine der realsten und umfassendsten Verdinglichungs- und Entfremdungserscheinungen darstellt.

In Jugoslawien wird heute Kritik an der inneren sozioökonomischen und politischen Entwicklung, auch wenn sie von authentischen marxistischen Positionen ausgeht, als offen oder versteckt stalinistisch, etatistisch oder ‚kominformistisch’ diffamiert. Z. B. wurde der Belgrader Ökonom D. Živković laut ‚Politika’ vom 19. 11. 1969 zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er das Manuskript seines Buches ‚Was ist das, politische Ökonomie des Sozialismus?’ vervielfältigte, in welchem er „. . . die Wirtschaftsreform und die Arbeiterselbstverwaltung angriff, indem er u. a. behauptete, das Land habe den Weg ‚zu kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen beschritten’.“ (8) Überhaupt wird jeder Kritik an der übertriebenen Dezentralisierung, an der völligen Freisetzung der Marktmechanismen sowie an anderen Maßnahmen der Wirtschaftsreform Ablehnung der Arbeiterselbstverwaltung unterstellt. Ein westlicher Pressedienst faßte z. B. die offizielle Reaktion auf innerjugoslawische Kritik an den Erleichterungen von Kapitalimporten aus dem kapitalistischen Ausland so zusammen: Alle diese Einwände werden von den Verfechtern einer freien Kapitaleinfuhr als Vorwände für die Bestrebungen bezeichnet, den unmittelbaren Produzenten auch weiterhin das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht auf Selbstverwaltung vorzuenthalten.’ (9) Auch die Anhänger des ‚jugoslawischen Weges’ innerhalb der westlichen Linken (denen allerdings zumeist präzise Informationen über die tatsächliche Situation und Entwicklung in Jugoslawien und/oder zureichende Vertrautheit mit den Grundzügen des marxistischen Sozialismus fehlen) sind gegenüber Kritikern rasch mit dem Stalinismus-Verdacht zur Stelle. Ihnen sollten die Argumente des serbischen Philosophen Stojanović zu denken geben. In seinem Buch ‚Kritik und Zukunft des Sozialismus’ (10) unterzieht er den stalinistischen und nachstalinistischen sowjetischen Kommunismus zunächst einer Kritik, die an Konsequenz und Schärfe der offiziellen Haltung des BdKJ zum Staatssozialismus der UdSSR weit übertrifft (11). Im sechsten Kapitel seines Buches gelangt Stojanović jedoch zu einem beinahe vernichtenden Urteil der jüngeren jugoslawischen Entwicklung. Nicht zuletzt durch einige notwendige begriffliche Differenzierungen ermöglicht er eine klarere Beurteilung des in Jugoslawien gegenwärtig praktizierten Modells einer Übergangsgesellschaft. So unterscheidet er gesellschaftliche Selbstverwaltung in dem Sinne, wie oben im Grunde tautologisch von gesamtgesellschaftlicher demokratischer Entscheidung und Kontrolle gesprochen wurde, von Gruppenselbstverwaltung, die der Tendenz nach heute in Jugoslawien praktiziert wird und die sich durch ein isoliertes Nebeneinander (ja Gegeneinander!) weitgehend autonomer sozioökonomischer Teileinheiten (Kommunen, Wirtschaftsunternehmen) auszeichnet. Stojanović geht so weit, der heute in Jugoslawien offiziellen Doktrin von Selbstverwaltung und sozialistischer Marktwirtschaft den sozialistischen Charakter abzusprechen und sie als ‚anarcholiberalistisch’ zu kennzeichnen. Zurecht konstatiert er: ‚Sobald wir den Begriff Kapitalist mit dem Begriff Selbstverwaltungsgruppe vertauschen, drängt sich uns unvermeidlich die Analogie zwischen dem ‚sozialistischen’ Anarcholiberalismus und der Ideologie des liberalen Kapitalismus auf. Jenes Verhalten mancher selbstverwaltender Gruppen, das vom Anarcholiberalismus verteidigt wird, erinnert stark an die Verhältnisse im sogenannten ‚laissez-faire’-Kapitalismus . . . Die jugoslawischen Anarcholiberalen gebrauchen ununterbrochen die sozialistische Phraseologie, um zu verbergen, wie sie de facto die gruppenweise Selbstverwaltung mit der gesellschaftlichen, das Gruppeneigentum mit dem Gesellschaftseigentum und die Gewinnverteilung nach dem Markterfolg mit der Gewinnverteilung nach der Arbeitsleistung gleichsetzen.“ (12) Wir können hier die einwandfrei marxistische Argumentation Stojanovićs, die in dem Urteil gipfelt: ‚Der beschriebene Anarcholiberalismus ist dem Sozialismus um nichts näher als der Etatismus’ (13) nicht in extenso referieren. Es muß vermerkt werden, daß Elemente der Kritik Stojanovićs, z. B. an der Gleichsetzung von Dezentralisierung und Demokratisierung, an der gesellschaftlichen Desintegration als Folge der Partikularisierung, am Verzicht auf gesamtgesellschaftliche Planung und Koordination, an der Apologie der Marktmechanismen und an der Ausschließlichkeit der Stimulierung materieller Interessen etc. auch von anderen jugoslawischen Theoretikern und Publizisten, wenn auch nicht in der Geschlossenheit und Schärfe, vorgetragen werden (14). Es ist jedoch bezeichnend, daß deren politische und gesellschaftliche Position ähnlich isoliert und damit einflußlos zu sein scheint, wie die linker Intellektueller im Kapitalismus.

Aus der in diesem Aufsatz angedeuteten Kritik der Entwicklung des ‚jugoslawischen Weges’ darf nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, es käme darauf an, den Verfechtern des jugoslawischen ‚Anarcholiberalismus’ die Unvereinbarkeit ihrer eklektischen Theoreme mit den Grundpositionen des marxistischen Sozialimus nachzuweisen. Dieser Gegensatz ist so evident, daß er keines breiten textinterpretatorischen Nachweises bedarf. Die offizielle jugoslawische Konzeption darf gerade nicht als Konsequenz eines unzureichenden Verständnisses marxistischer Theorie gedeutet werden. Sie wäre vielmehr näher zu untersuchen als die Ideologie einer herrschenden Oligarchie unterschiedlicher Rekrutierung: aus Technokraten des verselbständigten Unternehmensbereichs und der Wirtschaftsverbände, einer neuen Bürokratie der Kommunal- und Republikebene, Teilen der alten zentralstaatlichen Bürokratie sowie Teilen der Funktionärshierarchie des BdKJ. Die letztgenannten bedürfen nach Stojanović gerade der sozioökonomischen Partikularisierung und Desintegration, um die eigene Notwendigkeit als letzte Instanz zu beweisen, die das unumgängliche Minimum gesamtgesellschaftlicher Koordination erzwingt.

Auf den sozioökonomischen und politischen Entwicklungsprozeß einer Gesellschaft wirken stets spezifische historische Traditionen ein. In Jugoslawien trugen diese in den letzten Jahren zur Neubelebung von rechts- und linksnationalistischen Strömungen bei, die Ende 1971 in der kroatischen Krise kulminierten, von der die Überlegungen dieses Aufsatzes ausgingen. Die Art und Weise der ‚Bereinigung’ dieser Entwicklung zeigt die relative Festigkeit der Position der herrschenden Oligarchie. Sie dokumentiert sich weniger darin, daß es ihr überhaupt gelang, der Gefahr vorerst Herr zu werden, als vielmehr dadurch, daß ihr das mit den ihr eigenen Mitteln autoritärer Eingriffe bei Negierung der eigentlichen sozioökonomischen Ursachen gelang.

Anmerkungen:

(1) Cvjeticanin, Veljko: Die Entwicklung der Selbstverwaltung in Jugoslawien, in: Supek, Rudi und Bosnjak, Branko: Jugoslawien denkt anders. Marxismus und Kritik des etatistischen Sozialismus, Wien 1971, S. 243 f.
(2) ebenda, S. 244
(3) Siehe z. B.: Ernesto Che Guevara: Ökonomie und neues Bewußtsein, Berlin 1969, Wagenbach-Rotbuch Nr. 8 und Bettelheim, Castro, Guevara u. a.: Wertgesetz, Planung und Bewußtsein. Die Planungsdebatte in Cuba, Frankfurt/Main 1969, Verlag Neue Kritik
(4) Ein Beispiel hierfür ist die die marxistische Position unmittelbarer Beteiligung der ‚assoziierten Produzenten’ an den Entscheidungen über gesellschaftliche Prozesse ausdrücklich zurückweisende Konzeption von V. Klokocka, der in der CSSR 1968 der Regierungskommission für die ‚Ausarbeitung des neuen politischen Systems’ vorstand. Siehe sein Buch ‚Demokratischer Sozialismus’, Hamburg 1968, konkret extra
(5) Marx, Das Kapital Band 1, zit. nach Lieber/Kautsky (Herausg.): Karl Marx, Ökonomische Schriften, 1. Band, S. 55
(6) Marx, Das Kapital Band 3, zit. nach Lieber/Kautsky aaO, Band 3 S. 671
(7) Markovic, Mihailo: Sozialismus und Selbstverwaltung, in: Supek/Bosnjak aaO. S. 234
(8) zit. nach: osteuropa, Nr. 8/1970 S. A574
(9) Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, München, August 1967 S. 127
(10) deutsch München 1970, Reihe Hanser Nr. 41
(11) Der Verf. identifiziert sich nebenbei bemerkt nicht vollständig mit Stojanovics Kritik des sowjetischen ‚Etatismus’.
(12) Stojanovics, aaO. S. 128/129
(13) ebenda, S. 130
(14) Siehe z. B. die zitierten Aufsätze von Cvjeticanin und Markovic.

Dampf von unten

Onno Poppinga

Betriebsratswahl bei Daimler-Benz

Der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall, die Tarifauseinandersetzung im vergangenen Herbst, die spontanen Demonstrationen gegen Barzels Regierungssturzversuch und vor allem die alltägliche Praxis im Betrieb signalisieren, daß in vielen Betrieben Politisierungsprozesse in Gang kommen. Die Mobilisierung der Basis ist zu einer allgemeinen Tendenz geworden. Das Anwachsen der oppositionellen Kräfte, von ‚kritischen' bis hin zu sozialistischen und kommunistischen, zeigt sich dabei weniger auf der allgemeinen und das heißt für den Arbeiter abstrakten politischen Ebene, es zeigt sich vor allem im Betrieb selbst. An dem von jedem Kollegen überschaubaren Bereich, am Ort der unmittelbaren Erfahrung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital wird angesetzt, äußert sich wachsendes Klassenbewußtsein. Eine Folge davon ist, daß in vielen Betrieben, in denen der Betriebsrat die Interessen der Belegschaft nicht nachdrücklich genug vertritt oder sich sogar vor den chromblitzenden Wagen der Unternehmer spannen läßt, die innerbetriebliche und die innergewerkschaftliche Opposition zunimmt. Die konkreten Formen dieser Auseinandersetzung variieren. In manchen Betrieben konnte über eine Aktivierung des Vertrauenskörpers auf die Betriebsratswahl Einfluß genommen werden; in einzelnen Fällen hat das dazu geführt, daß der alte Betriebsrat auf einer eigenen Liste gegen die Gewerkschaftsliste kandidierte (siehe z. B. „express-international", Nr. 144). Allgemein zeichnet sich aus den ersten Ergebnissen der Betriebsratswahlen ab, daß mancher müde gewordene und in den Geleisen der Gewerkschaftsapparate eingespielte Betriebsrat von den Kollegen nicht mehr gewählt wurde und daß sich viele meist jüngere Kollegen durchsetzen konnten, die in den vergangenen Jahren konsequent für eine Vertretung der eigenen Interessen, der Arbeiterinteressen, eingetreten sind.

In Betrieben aber, in denen die Hausmacht des alten Betriebsrats im Vertrauensmännerkörper über-

Plakat-Interview zur Betriebsratswahl

Plakat: Für die Betriebsratswahlen habt ihr eine eigene Liste aufgestellt. Heißt das, daß ihr gegen die IG-Metall opponiert? Warum kandidiert ihr nicht auf der Gewerkschaftsliste?

Willi Hoss: Wir sind nicht gegen die Gewerkschaft. Die IG-Metall ist eine Einheitsgewerkschaft. Das heißt aber nicht, daß alle einer Meinung sein müssen. Wir haben in der Vergangenheit versucht, unsere Meinung zu vertreten, die mit der des Kollegen Hauff nicht immer übereinstimmte, zum Beispiel in Fragen des Akkords, der zu großen Unterschiede in der Bezahlung der Arbeitnehmer, oder in Fragen der gewerkschaftlichen Demokratie. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß von uns aufgeworfene Probleme im Vertrauensmännerkörper kaum diskutiert wurden, sondern von einzelnen abgelehnt wurden. Auch die Hauff-Liste kam durch ein Verfahren zustande, das wir für undemokratisch halten, weil die Belegschaft an der Aufstellung der Kandidaten nicht beteiligt wurde.

Es blieb uns keine andere Wahl, als eine eigene Liste aufzustellen.

Hermann Mühleisen: Zum Beispiel auf einer der letzten Betriebsversammlungen hat Kollege Hauff eine Lobeshymne auf das „moderne Werk" Mettingen gesungen. Ich habe in der Diskussion dazu gesagt, daß sich ein modernes Werk nicht daran messen läßt, wie schön es von außen aussieht, sondern wie die Arbeitsbedingungen in den Hallen aussehen. Dazu wies ich darauf hin, daß sich die Arbeitsbedingungen seit dem Umzug verschlechtert haben: Die Luft ist schlechter, die Lärmbelästigung größer, dazu ist das Tempo an den Bändern ständig gesteigert worden. Wie schon so oft, ging Kollege Hauff nicht auf die Anregungen ein, sondern antwortete mit persönlichen Angriffen und politischen Verdächtigungen.

Plakat: Wie glaubt ihr, zu dritt etwas verändern zu können?

Willi Hoss: Kollege Hauff geht immer davon aus, daß der überwiegende Teil des Betriebs hinter ihm steht. Von daher fühlt er sich berechtigt, andere einfach abzufertigen. Durch unsere Kandidatur wollen wir den Kollegen, die wie wir sehen, daß es im Betrieb mehr Probleme gibt als man wahrhaben will, die Möglichkeit geben, das durch ihre Stimmabgabe deutlich zu machen.

Plakat: Welche Probleme seht ihr in erster Linie?

Mario D'Andrea: Neben der bereits angesprochenen unterschiedlichen Bezahlung geht es mir besonders darum: In der Achsmontage, Motorenmontage usw. arbeiten überwiegend ausländische Kollegen, etwa zu 95 Prozent. Um sie kümmert sich keiner, damit sie ihre Interessen wahrnehmen. Meister und Vorgesetzte kümmern sich aber sehr um uns, damit wir immer mehr leisten. Wir Ausländer brauchen Möglichkeiten, ohne Angst vor Repressalien über unsere Probleme diskutieren zu können. Wenn der Arbeitgeberverband erklärt, die ausländischen Arbeiter seien sehr gut, dann reicht uns das nicht — wir wollen die gleichen Rechte wie die Deutschen, also: gleiche Möglichkeiten.

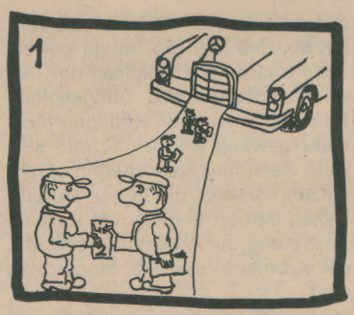
Hermann Mühleisen: Wir wollen jetzt kein großes Programm aufstellen und keine zu großen Versprechungen machen. Grundsätzlich werden wir aber gegen Akkorderhöhungen, gegen zu große Unterschiede in der Bezahlung und für eine Erleichterung der Situation an den Bändern eintreten. Als erstes werden wir uns dafür einsetzen, daß es bei Daimler nicht mehr zweierlei Wasser gibt. Wir sehen nicht ein, warum man in Untertürkheim im Hochhaus Wasser mit Trinkqualität zum Waschen benutzt, während wir Arbeiter in den Hallen uns mit aufbereitetem Neckar-Wasser waschen und duschen müssen. Im übrigen werden wir aber den Finger auf die wunden Stellen im Betrieb legen und dafür sorgen, daß wichtige Fragen, die die Kollegen berühren, nicht einfach vom Tisch gefegt werden.

Plakat: Letzte Woche hat die Hauff-Gruppe euren Ausschluß aus der Gewerkschaft beantragt.

Willi Hoss: Wir finden das typisch für die Situation bei uns im Betrieb. Wenn in der Vergangenheit irgend ein Kollege mal in der Betriebsversammlung auftrat und ein Wort der Kritik an der Betriebsratsarbeit vorbrachte, wurde er im Schlußwort eingeschüchtert. Mit der Zeit wurde erreicht, daß viele Kollegen darauf verzichteten, ihre Meinung zu sagen und die Versammlungen immer langweiliger wurden.

In unserem Fall wird mit Hilfe des Ausschlußantrags versucht, uns mundtot zu machen und alle Kollegen mit anderer Meinung als die von Hauff, Häbich, Schienle unsicher zu machen. Wir wollen als Vertrauensleute in der Gewerkschaft bleiben, lassen uns aber nicht den Mund verbieten. Wir sind uns darüber im klaren, daß nur eine hohe Stimmabgabe für die Liste 2 uns dabei helfen kann.

mächtig war, mußten andere Wege gegangen werden. Ein Beispiel ist die Betriebsratswahl bei Daimler-Benz, Werk Untertürkheim. Das Werk Untertürkheim ist mit einer Belegschaft von etwa 26 000 Arbeitern und Angestellten der größte Industriebetrieb Baden-Württembergs. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiter ist mit über 90 % sehr hoch.



Der Betriebsrat veränderte sich im letzten Jahrzehnt praktisch nur noch, wenn ein Mitglied starb oder aus dem Werk ausschied. So beständig wie die personelle Zusammensetzung des Betriebsrates war auch seine politische Linie; er war vollständig auf die SPD orientiert und besonders stolz darauf, stets unnachsichtig gegen linke Kollegen vorgegangen zu sein. Der Betriebsratsvorsitzende des Daimler Werkes Untertürkheim, Karl Hauff, gleichzeitig Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des Daimler-Benz Konzerns, ist Mitglied des Aufsichtsrates der Daimler-Benz AG und SPD/MdL. Ein Beispiel für seine politische Linie und für die „seines" Betriebsrats: als während der Tarifauseinandersetzung im letzten Herbst als Antwort auf die starre Haltung der Unternehmer in allen größeren Metallbetrieben Baden-Württembergs Warnstreiks organisiert wurden, blieb im Daimler-Werk Untertürkheim alles ruhig. Gustav Heinemann weilte gerade in der schwäbischen Metropole, besuchte das Daimler-Werk Untertürkheim und machte shake-hands mit Kapitalistenführer Schleyer und Kollege Betriebsratsvorsitzender Hauff. Wie diese „staatsmännische Haltung" der Hauff-Gruppe von den Kollegen im Betrieb eingeschätzt wurde, zeigte sich einen Tag später, als nur noch mit großer Mühe ein verspäteter „Warnstreik" organisiert werden konnte.

Die auf Erhaltung des SPD-Einflusses gerichtete Politik der Hauff-Gruppe drückt sich besonders deutlich im Verhältnis zur Belegschaft aus. Die einfachen IGM-Mitglieder haben weder bei der Wahl der Delegierten zur Vertreterversammlung der IGM noch bei der Betriebsratswahl ein Vorschlagsrecht. Alle Wahlordnungen zeigen, daß nicht die bestmögliche Durchsetzung der ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen der Belegschaft an erster Stelle stehen, sondern die Sicherung der Stellung der Hauff-Gruppe.

Gegen diese Verhältnisse agitiert und arbeitet die Plakat-Gruppe. Die Plakat-Gruppe, die in enger Beziehung zum Sozialistischen Zentrum Stuttgart steht, wird gebildet, wie es im Impressum ihrer Zeitung heißt, von sozialistischen und kommunistischen Kollegen der Daimler-Benz Werke Untertürkheim, Mettingen und Brühl. Die Schwerpunkte ihrer bereits langjährigen Arbeit sind:

* Forderungen nach Verbesserung der materiellen Lage der Belegschaft, vor allem auch Erklärung des materiellen Hintergrunds von prozentualen Lohnforderungen;
* Kampf gegen alle Spaltungsversuche von seiten der Unternehmensleitung, vor allem gegen willkürliche Lohndifferenzierungen;
* Akkordfragen;
* Agitation gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen. (Gerade hierbei gelang es, viele Kollegen anzusprechen und zu mobilisieren. So rief die Forderung der Plakat-

Gruppe, den Zustand zu beenden, daß im Daimler-Werk Untertürkheim zwar die Mitglieder der Direktion und Verwaltung ihre Scheiße mit Trinkwasser wegspülen können, die Arbeiter sich aber mit nur chemisch vorgereinigtem Neckarwasser duschen müssen, noch am Tag der Betriebsratswahlen große Diskussionen hervor.)

Als im Daimler-Werk Untertürkheim die Vorbereitungen für die Betriebsratswahlen 1972 aufgenommen wurden, richteten die Kollegen Willi Hoss und Hermann Mühleisen an die Vertrauenskörperleitung (VKL) einen Vorschlag zur Änderung des Wahlverfahrens für die Betriebsratswahlen (siehe Sozialistische Betriebskorrespondenz 2/1972). Dieser Vorschlag, der von der Plakat-Gruppe unterstützt wurde, zielte auf eine entscheidende Vergrößerung des Einflusses der Basis:

1. Der Vertrauensleutekörper teilt den Betrieb unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen und des neuen BVG in Bereiche ein. Die zu bildenden Bereiche entsprechen dem Betreuungsbereich eines Betriebsrats.
2. In jedem Bereich schlagen die Kollegen die Kandidaten vor, die ihre Interessen am besten vertreten. In jedem Bereich sollen mindestens die doppelte Anzahl Kandidaten vorgeschlagen werden als zu wählen sind. Die Vertrauensleute sammeln die Vorschläge der Kollegen ein.
3. In jedem Bereich organisieren die Vertrauensleute eine Vorwahl, in der die Kollegen den Kandidaten wählen, der für ihren Bereich auf die Liste kommen soll (IGM-Liste).
4. Die Reihenfolge der so ermittelten Betriebsratskandidaten ergibt sich aus dem prozentualen Stimmenanteil, den die Bewerber in den Bereichen auf sich vereinigen konnten. Die Ersatzkandidaten sind die

Bewerber, die in den Bereichen den zweithöchsten Stimmenanteil erreichten.
5. Die bisher freigestellten Betriebsratsmitglieder unterliegen ebenfalls diesem Verfahren.

Die Hauff-Gruppe reagierte in massiver Form auf diese Vorschläge. Im zeitlichen Ablauf:

* Der Vorschlag der Kollegen Hoss und Mühleisen wurde nicht auf der Vertrauenskörperversammlung diskutiert; er kam nicht einmal auf die Tagesordnung.
* Für die Delegiertenwahl zur Vertreterversammlung der IGM wurde als „Neuerung" eingeführt, daß nur der als Kandidat aufgestellt werden kann, der die absolute Mehrheit in der Vertrauenskörperversammlung erreicht. Diese Ausnutzung der SPD-Mehrheit in der Vertrauenskörperversammlung hatte zur Folge, daß Hoss und Mühleisen, die bis dahin regelmäßig Delegierte gewesen waren, nicht einmal mehr auf die Kandidatenliste kamen. Diese rücksichtslose Ausnut-

zung der SPD-Majorität durch die Hauff-Gruppe war insofern für die Betriebsratswahl wichtig, weil jemand, der einen guten Platz auf dieser Kandidatenliste erreicht hat, nicht mehr so leicht bei der Betriebsratswahl übergangen werden kann. Als für Willi Hoss, der durch diese Methode als Kandidat abgelehnt wurde, die Kollegen in seiner Abteilung 56 Unterschriften für seine Kandidatur abgaben, war die lapidare Antwort, einfache IGM-Mitglieder hätten kein Vorschlagsrecht.

* Bei der Aufstellung der Kandidaten zur Betriebsratswahl wurde nach derselben Methode vorgegangen:

– „einfache" IGM-Mitglieder haben kein Vorschlagsrecht.
– Kandidat kann nur werden, wer mehr als die Hälfte der Stimmen des Vertrauenskörpers erhält.
– Schmückendes Beiwerk dieser Maßnahmen war noch, daß die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste durch eine „engere Kommission" der VKL vorbestimmt wurde. Der manipulative Charakter dieser Maßnahme (Freundschaftspolitik, Vetterleswirtschaft) war so deutlich, daß zum ersten Mal innerhalb der SPD Proteste und Widersprüche sichtbar wurden.

Hoss und Mühleisen hatten nur zwei Möglichkeiten, auf diese undemokratischen Praktiken der Hauff-Gruppe zu reagieren: entweder die aufgestellten Forderungen nach einem Basis-nahen Wahlverfahren zurückzunehmen und zu riskieren, daß viele Kollegen das als ein Zurückweichen im entscheidenden Augenblick ansehen würden, oder aber die eingeschlagene Linie konsequent weiter zu verfolgen und durch eine oppositionelle Liste von IGM-Mitgliedern die Ernsthaftigkeit der politischen Arbeit unter Beweis zu stellen. Man entschloß sich, den richtigen Weg zu gehen. Es wurde beim Wahlvorstand eine zweite Liste eingereicht:

Willi Hoss; 12 Jahre bei Daimler, 10 Jahre IGM-Vertrauensmann.
Hermann Mühleisen; 18 Jahre bei Daimler, 15 Jahre IGM-Vertrauensmann.
Mario D'Andrea; 9 Jahre bei Daimler, mehrere Jahre IGM-Vertrauensmann.

Ohne Schwierigkeit erhielt die Liste die für eine Kandidatur notwendige Zahl von Unterschriften.

Als sehr wichtig für das schließliche Wahlergebnis erwies sich, daß von der oppositionellen Liste jeder Schritt offen getan wurde. Dadurch war es auch leicht möglich, die demagogische Behauptung der Hauff-Gruppe, die 2. Liste sei Schuld daran, daß es keine Persönlichkeitswahl, sondern eine Listenwahl gebe, zu einem Schuß nach hinten werden zu lassen. Eine Persönlichkeitswahl hat natürlich nur dann Vorteile gegenüber einer Listenwahl, wenn auf der Liste Kandidaten mit verschiedenen, alternativen Vorstellungen vertreten sind; die Hauff-Liste bestand aber nur aus Hauff-Freunden.

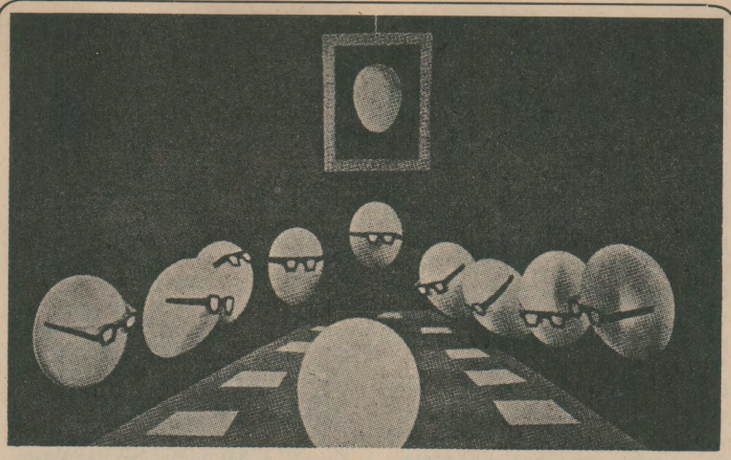
An dieser Stelle muß auch auf das Verhalten der DKP eingegangen werden (die übrigen dogmatischen Linksgruppen brauchen in diesem Zusammenhang nicht weiter berücksichtigt zu werden, weil sie zwar den Rekord im Verteilen von Kilogramm Papier halten, im Betrieb aber nur geringen Einfluß haben). Die DKP rief in ihrer Betriebszeitung „roter stern" unter dem Mäntelchen „Die besten Kollegen in den Betriebsrat, ganz gleich, welcher Partei sie angehören" praktisch dazu auf, die Hauff-Liste zu wählen. In derselben Ausgabe titulierte sie die 2. Liste als „Spalterliste", gab bekannt, daß wegen seiner Kandidatur auf der 2. Liste gegen Hermann Mühleisen ein Ausschlußverfahren aus der DKP eingeleitet worden sei, und beschimpfte die drei Kollegen von der 2. Liste schließlich noch als „Belegschaftsspalter" und „unterwürfige Nachbeter kleinbürgerlicher Politikaster".

Doch das Ergebnis dieser Betriebsratswahl bei Daimler-Benz Werk Untertürkheim dürfte der DKP ebenso in die Knochen gefahren sein wie der Hauff-Gruppe, so wie es auch der IGM-Ortsverwaltung zu denken geben muß:

1. Die 2. Liste Hoss, Mühleisen und D'Andrea erhielt 28 % der Gesamtstimmen bzw. 38 % der Stimmen-

zahl der Hauff-Liste. Nach ihrer Stimmenzahl hätte die 2. Liste neun Sitze im Betriebsrat bekommen, obwohl nur drei Kandidaten aufgestellt waren.

2. Bei der Wahl der Jugendvertreter erhielten die Kandidaten einer oppositionellen Gruppe, die die 2. Liste unterstützte, 4 von 9 möglichen Sitzen.



Fernschreiben vom 21. 4. 1972 des DKP-Landesvorstands Baden-Württemberg an den IGM-Bezirksleiter Willi Bleicher vor der Betriebsratswahl 1972 bei Daimler-Benz

In einem von Gerd Brueggemann gezeichneten Artikel in „Die Welt" vom 21. April '72 wird wieder einmal der Versuch gemacht, in einer bewußten Verfälschung die DKP zu diffamieren. Mit dem Ziel, Verwirrung zu stiften, wird die DKP in Verbindung gebracht mit maoistischen Grüppchen und „Die Stoßstange", bei der eindeutig festzustellen ist, woher sie kommt, als Blatt der DKP bezeichnet. Mit dieser Fälschung gelingt es dann, kommunistische Kollegen in den Betrieben zu Studenten zu machen und ihnen Betriebsfremdheit zu unterstellen.

Auch der politische Standort des Initiators einer Spalterliste bei Daimler-Benz Untertürkheim, Willi Hoss, der vor über einem Jahr aus der DKP ausgeschlossen wurde, ist bekannt. Trotzdem wird seine Spaltertätigkeit der DKP unterschoben. Die von ihm selbst mitherausgegebene Zeitung „plakat" für Daimler-Benz wird verständlicherweise mit keinem Wort erwähnt. Gegen den ebenfalls auf dieser Spalterliste kandidierenden Hermann Mühleisen wurde bereits wegen parteischädigendem Verhalten, wegen Verletzung von Beschlüssen und des Status der DKP ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

In der Betriebszeitung der DKP „Roter Stern" distanziert sich die DKP offen von der eingereichten Spalterliste Willi Hoss. In allen Stellungnahmen der DKP hat sie unmißverständlich Position bezogen zugunsten einer gewerkschaftlichen Einheitsliste und der damit verbundenen Möglichkeit der Persönlichkeitswahl. Stärkung der Gewerkschaft, Einheit der Belegschaft, konsequente Interessenvertretung der Kollegen gegen die Allmacht der Monopole, gegen alle Spaltergrüppchen christlich verbrämter oder scheinrevolutionärer Gangart ist für die DKP keine Taktik, sondern Grundhaltung als Partei der Arbeiterklasse. Danach handeln ihre Mitglieder. Das wurde erneut im vergangenen Lohnkampf der Metallarbeiter unter Beweis gestellt.

„Die Welt" und ihre Bildzeitung standen wie immer auf der anderen Seite der Barrikaden. Wenn in dieser Zeitung gegen die DKP geschrieben wird, Gewerkschafter vor Kommunisten im „antigewerkschaftlichen Schafspelz" gewarnt werden, dann spricht das nicht gegen, sondern für konsequente im Interessen der Kollegen liegende Gewerkschaftstätigkeit der Mitglieder der DKP in den Betrieben und Gewerkschaften. Generaldirektor Mertz vom Bosch Konzern und das Industrieinstitut als Kronzeugen aufgerufen, machen Verleumdungen gegen die DKP ebenfalls nicht glaubwürdiger.

Nach Einschätzung der drei gewählten Kollegen drückt dieses Wahlergebnis vor allem aus:

* den Wunsch vieler Kollegen, härter gegen die Unternehmensleitung aufzutreten;
* Unzufriedenheit mit der Arbeit des bisherigen Betriebsrats;
* Protest gegen die undemokratischen Maßnahmen der Hauff-Gruppe.

Darüber hinaus spiegelte das Wahlergebnis die wachsende Oppositon an der Basis wider. Die Unternehmensleitung wird, will sie nicht eine größere Bewegung riskieren, in Zukunft nachgiebiger gegenüber den Forderungen der Kollegen und ihrer Gewerkschaft sein müssen. Die 2. Liste hat also nicht eine Schwächung, sondern im Gegenteil eine Stärkung der Gewerkschaft gebracht. Das Wahlergebnis zeigt weiter, daß es für überzeugte Gewerkschafter notwendig sein kann, im Interesse der Stärkung des gewerkschaftlichen Kampfes sich offen gegen Gruppen zu stellen, die die Gewerkschaften als Sachwalter der Interessen der Sozialdemokratie sehen möchten – und sei es sogar mit einer oppositionellen Liste! Die Bewegung an der Basis wächst. Die Kollegen lassen sich nicht mehr so leicht manipulieren. Das muß auch der Gewerkschaftsapparat zur Kenntnis nehmen, will er nicht bei kommenden Wahlen und betrieblichen Auseinandersetzungen ein Desaster erleben.

Und die Hauff-Gruppe? Noch vor der Betriebsratswahl stellte sie den Antrag, die drei auf der 2. Liste kandidierenden Kollegen aus der IGM auszuschließen. Dieser Antrag wurde auch nach der Wahl nicht zurückgezogen. Die Kollegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea haben eure Solidarität nötig. Wendet euch bitte an die Ortsverwaltung der IG Metall, 7 Stuttgart, Theodor-Heuss-Straße 2a, und 73 Esslingen, Kanalstr. 92; eine Abschrift schickt an Willi Hoss, 7 Stuttgart, Klugestr. 50.

■

Rotbücher

Ulrike M. Meinhof:
Bambule

Fürsorge – Sorge für wen? Nachwort Klaus Wagenbach. „Schließlich gibt es das Rotbuch 24, lesenswert, aufschlußreich – als Film immer noch nicht gesendet..." H. Böll.
ROTBUCH 24. 108 S., DM 4,50 (3,50)

P. L. Lavrov
Die Pariser Kommune vom 18. März 1871

Vorwort Klaus Meschkat. Zum 100. Jahrestag der Kommune: Der noch nie übersetzte Bericht eines Teilnehmers; krit. Grundlage für Lenin.
ROTBUCH 25. 192 S., DM 6,50

Alex Schubert:
Stadtguerilla. Tupamaros in Uruguay – RAF in der Bundesrepublik.

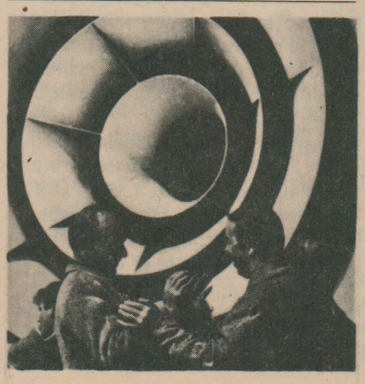
Berichte der revolutionären Praxis in Lateinamerika und aus der BRD das politische Manifest der untergetauchten RAF.
ROTBUCH 26. 132 S., DM 4,50 (3,50)

Der erzwungene Kapitalismus

Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48. Von Ute Schmidt/Tilman Fichter. Die Geschichte der erzwungenen „Entpolitisierung" der ersten 3 Nachkriegsjahre und der verhinderten Klassenkämpfe. Zahlreiche Dokumente.
ROTBUCH 27. 180 S., DM 6,50 (5,50)

Arbeiter und Apparate

Bericht des Kollektivs Hispano-Suiza, französische Arbeiter, über ihre Praxis 1945–70. Tonbandprotokolle und Berichte aus einem Betrieb.
ROTBUCH 30. 160 S., DM 6,50 (5,50)



BETRIEBSFIBEL

Vorschläge zur politischen Arbeit in der Produktion von Berni Kelb. Mit einem Anhang von Jörg Hufschmid über Bilanzanalyse. In der Form eines Briefs berichtet Kelb über Möglichkeiten eines Einzelkämpfers, Organisierung von Betriebsgruppen, Agitation in der Freizeit, Flugblätter, Verhältnis zu den Gewerkschaften.
ROTBUCH 31. 72 S., DM 3,50 (2,50)

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

WAGENBACH

Bericht über die Entwicklung des Sozialistischen Büros

Mit der Veröffentlichung der Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro über „Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik" und seinen vielfältigen Aktivitäten ist das Sozialistische Büro in den vergangenen 12 Monaten in einen intensiven und breiten Diskussions- und Arbeitszusammenhang mit weiteren Gruppen und einzelnen Genossen gekommen. Da hierüber in „links" nur annähernd und punktuell berichtet werden konnte, wollen wir in diesem Bericht versuchen, den Umfang dieser Entwicklung aufzuzeigen.

Die Tätigkeit des Sozialistischen Büros und damit die Zusammenarbeit mit Gruppen ist seit Gründung des Büros (vor ca. 3 Jahren) nach politischen und berufsspezifischen Projektbereichen organisiert. So arbeiten wir beispielsweise

* mit Arbeiter- und Lehrlingsgruppen im Bereich der Betriebe und in den Gewerkschaften,
* mit Lehrern, Sozialarbeitern, Bildugsarbeitern und mit studentischen Gruppen,
* mit Ausländergruppen in der BRD und den antiimperialistischen Dritte-Welt-Gruppen in internationalen Solidaritätskampagnen,
* als Koordinationszentrum für punktuelle Aktionen im Bündnis mit anderen linken Organisationen.

Diese projektorientierte Arbeit und in Bezug auf andere sozialistische Gruppen anfänglich „bilaterale" Diskussion und Zusammenarbeit hat gerade im letzten Jahr zu einer extremen Überbeanspruchung der Kapazitäten des Büros geführt, weshalb die für die weitere Arbeit ebenso wichtige Aufgabe, diese oft zwangsläufig nebeneinander herlaufenden Aktivitäten politisch und organisatorisch miteinander zu vermitteln und zu verknüpfen, vernachlässigt werden mußte. Dabei liegt auf der Hand, daß dies nicht von heute auf morgen und nur in einem langen Prozeß zu leisten ist, angesichts der Fraktionierung und Zersplitterung der sozialistischen Linken, angesichts der ungleichzeitigen Entfaltung und Entwicklung sozialistischer Gruppen, angesichts der in der Linken noch stark verbreiteten illusionären Erwartung, innerhalb der SPD eine sozialistische Politik durchsetzen zu können und angesichts des kommunistischen (und damit ist auch gemeint sozialistischen) Alleinvertretungsanspruchs der DKP.

Hier nun einige Zahlen über Projekte, Aktivitäten und Entwicklung des Sozialistischen Büros (wobei die politischen Inhalte dieser Arbeit einmal ausgeklammert werden, zumal diese in „links" und anderen Publikationen des Sozialistischen Büros laufend dargelegt und diskutiert werden):

Die Arbeitsgruppe und der Förderkreis Sozialistisches Büro zählen zur Zeit 620 Mitglieder, darunter über 30 Gruppen.

„links" hat eine Auflage von 10 000 bis 12 000 Exemplaren, über 5500 Einzelabonnenten, einen Verkauf über 80 Gruppen und den linken Buchhandel von ca. 2500 Exemplaren; zur Werbung und für Aktionen werden monatlich 2000. bis 4000 Exemplare gebraucht.

Die „Sozialistische Betriebskorrespondenz (SBK)" hat eine Auflage von 5000 Exemplaren. Nur etwa 600 Stück gehen an Einzelabonnenten, der Hauptteil geht an Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen und an Kontaktleute in den Betrieben, überwiegend der Metall- und Chemieindustrie. Im SBK-Redaktionskollektiv arbeiten überwiegend Kollegen aus den Betrieben mit, darunter Vertrauensleute, Betriebsräte sowie Vertreter von sozialistischen Betriebsgruppen und Betriebszeitungen. Das SBK-Redaktionskollektiv trifft sich regelmäßig zu Arbeitstagungen. Im Mittelpunkt der letzten Arbeitstagungen standen die Betriebsratswahlen, die Gewerkschaftsfrage und die Erarbeitung von Thesen für den Lohnkampf, worüber in der SBK berichtet wurde.

Da die Adressaten für die SBK vor allem Genossen unter den Vertrauensleuten, Betriebsräten und in den Gewerkschaften sind, wird jetzt neu die Agitations-Wandzeitung „Arbeiterplakat", gemeinsam mit der Plakatgruppe Stuttgart, herausgegeben.

Ebenfalls neu erscheint im Sozialistischen Büro der Informationsdienst „Arbeiterbildung" für „Bildungsarbeiter" in den Gewerkschaften, in der Jugend- und Erwachsenenbildung, an den Bildungsstätten und in politischen Organisationen. Dieser Info wird von einem Redaktionskollektiv, das in diesem Bereich arbeitet, gemacht, und er soll, wie über den Lehrer-Info ansatzweise praktiziert, eine Organisierung sozialistischer „Bildungsarbeit" in Gang setzen.

Der Informationsdienst für sozialistische Lehrer, den der Sozialistische Lehrerbund (SLB) im Sozialistischen Büro herausgibt, hat zur Zeit eine verkaufte Auflage von mindestens 3000 Exemplaren, davon 1700 feste Abonnenten. Im wesentlichen über diesen Info wurde die vom SLB und dem Sozialistischen Büro im Januar veranstaltete zentrale Arbeitstagung sozialistischer Lehrer (etwa 650 Lehrer und Lehrer-Studenten haben daran teilgenommen) politisch vorbereitet. Jetzt werden regionale Lehrertagungen folgen.

Gegenwärtig ist das Sozialistische Büro in Diskussion mit mehreren Sozialarbeiter-Gruppen. Für ein Erscheinen im Herbst ist ein ebenfalls periodischer Informationsdienst „Soziale Arbeit" geplant.

Zur Verbreitung ausgewählter wichtiger Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern und zur Zirkulation von Erfahrungsberichten örtlicher und projektbezogener Aktivitäten hat das Sozialistische Büro seit etwa einem Jahr den Bücher- & Papervertrieb eingerichtet, der es vor allem Gruppen und Genossen außerhalb der Universitätsstädte ermöglicht, an sonst für sie kaum erreichbare Schriften und Papers heranzukommen.

Zusätzlich hat der Verlag des Büros (Verlag 2000 GmbH) eine eigene Produktion von Broschüren und Papers für wichtige Themen sozialistischer Arbeit und Kampagnen aufgenommen. Hierzu im einzelnen:

Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit: Gewerkschaften heute — Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Funktion und Strategie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus, 2. Auflage, 5000 Exemplare; Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik, 3000 Exemplare; Lehrlingskampf in den Betrieben, 5000 Exemplare.

Reihe Roter Pauker — Materialien zur Unterrichtspraxis: Unterrichtseinheit „Verhaltenssteuerung — Abweichendes Verhalten", 2. Auflage, 8000 Exemplare; Unterrichtseinheit „Arbeit", 5000 Exemplare; Materialien zum Berufsverbot, 2. Auflage, 15 000 Exemplare.

Weitere Titel: Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, 3. Auflage, 7000 Exemplare; Am Beispiel Angela Davis, 2. Auflage, 25 000 Exemplare; Türkei-Report, 10 000 Exemplare; Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der BRD, Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 3. Auflage, 18 000 Exemplare.

Außerdem wurden in kleineren Auflagen diverse Papers herausgebracht, u. a.: Sofsky, Revolution und Utopie; Spall, Zur Sozialstruktur des organisierten Hochkapitalismus; Mattick, Kapitalistischer Reproduktionsprozeß und Klassenbewußtsein; Dokumentation zur neuen Sozialistenverfolgung dargestellt am Beispiel Mandel.

In Vorbereitung sind folgende Titel: Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika; Brasilien-Report; Ausländische Arbeiter und Klassenkampf; Das Soziale Werden der Gegenwart, Eine Einführung für „Anfänger" in die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft.

Bei den Broschüren, die mit aktuellen politischen Kampagnen verbunden sind (Angela Davis, Türkei, Berufsverbot), wurden gleichzeitig Agitationsmaterialien mit zur Verfügung gestellt wie Flugblätter, Wandzeitungen, Unterschriftenlisten o. ä.

Die Kontaktaufnahme örtlicher Gruppen und überörtlicher Zusammenschlüsse mit dem Sozialistischen Büro haben gerade in den letzten Monaten schlagartig zugenommen. Bereits etwa 20 Treffen zwischen Gruppen und Vertretern des Sozialistischen Büros fanden 1972 statt, bei denen Fragen der Zusammenarbeit, der gegenseitigen Unterstützung und der organisatorischen Verbindung zur Diskussion standen. Es ist abzusehen, daß in nächster Zeit weitere Projekt- und Basisgruppen im Rahmen des Sozialistischen Büros ihre Arbeit publizieren und organisieren werden. Dies findet bereits heute in der „links"-Rubrik „Organisationen" seinen Niederschlag.

Wichtige Arbeit hat das Sozialistische Büro in letzter Zeit in der Unterstützung und Organisierung von Aufklärungs- und Solidaritätsaktivitäten geleistet. Erwähnt seien hier die Aktionen für Angela Davis und die politischen Gefangenen in den USA, für türkische, persische, spanische und brasilianische Gruppen, gegen den § 218, gegen das Berufsverbot, gegen das Einreiseverbot für Ernest Mandel und die Unterstützung der Roten Hilfe und der Genossen im Knast. An der politischen Ausrichtung und organisatorischen Vorbereitung des Portugal-Tribunals und der damit verbundenen (auch materiellen) Unterstützungskampagne für die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien ist das Sozialistische Büro ebenfalls aktiv beteiligt.

Diese Entwicklung des Sozialistischen Büros schlägt sich auch finanziell nieder. Obwohl der Jahresabschluß für 1971 noch nicht vollständig fertiggestellt werden konnte (der Finanzbericht wird in der Arbeitsgruppentagung im September vorgelegt und in „links" veröffentlicht), steht bereits fest, daß Büro und Verlag monatlich über DM 20 000,— umsetzen. Die Schulden aus der Aufbauphase

ROTE ROBE

Beiträge zur materialistischen Kritik des bürgerlichen Rechts, Analysen zur Entwicklung des staatlichen Herrschaftsapparats, Berichte und Kommentare zu politischen Prozessen.
Erscheinungsweise zweimonatlich - Umfang ca.40-50 Seiten, Auflage 5.000
Einzelheft DM 1.50, Abonnement DM 8.-plus Porto
Probeheft und Bestellungen beim Verlag

ROTE ROBE-Verlag
69 Heidelberg
Werrgasse 7

sind abgetragen. Allerdings sind durch die Produktion eigener Broschüren und für den technischen und personellen Ausbau des Büros weitere Investitionen notwendig, wozu zur Zeit das Geld noch fehlt (weshalb wir gelegentlich wieder zu Spenden aufrufen müssen). In seiner jetzigen Ausstattung und personellen Besetzung ist das Sozialistische Büro permament überfordert, so daß wir manches Wichtige nicht erledigen und nicht alle Möglichkeiten, politisch und organisatorisch voranzukommen, nutzen können.
In der Hoffnung, daß es uns gelingt, das Sozialistische Büro personell zu erweitern, wollen wir neben der Fortführung der Projektarbeit („links", Betrieb, Lehrer, „Bildungsarbeiter", Sozialarbeiter, Ausländer usw.) ab Herbst '72 die Veranstaltung von regionalen Leser- und Gruppenversammlungen endlich aufnehmen und gleichzeitg für Ende '72/Anfang '73 eine zentrale Konferenz über Strategie und Organisierung sozialistischer Arbeit vorbereiten.

KLAUS VACK

Aufruf zum Portugal-Tribunal

Die großen Kolonialreiche haben sich nach dem 2. Weltkrieg aufgelöst. Die meisten der ehemaligen Kolonialländer sind heute unabhängige Staaten – allerdings ist diese Unabhängigkeit meistens nur formal.
Einige Völker kämpfen aber auch heute noch gegen den Kolonialismus um nationale Selbstbestimmung. Dies sind nicht nur Völker, die von einer kleinen weißen Oberschicht im Lande unterdrückt werden, wie in Südafrika, Namibia und Rhodesien, sondern vor allem auch die Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissao, die noch unter direkter Kolonialherrschaft Portugals stehen.
Um diese Völker in ihrem Befreiungskampf, der in einem größeren politischen, uns unmittelbar betreffenden Zusammenhang steht, zu unterstützen, rufen wir zu einer Kampagne gegen diese noch bestehende Kolonialherrschaft auf, die einen Höhepunkt in einem Portugal-Tribunal im Oktober 1972 haben soll.
Lissabon führt den „Vietnamkrieg Afrikas" im Interesse der imperialistischen Natomächte – einen mörderischen Krieg gegen die von der FRELIMO, MPLA und PAIGC angeführten Befreiungsbewegungen der afrikanischen Völker.
Die portugiesische herrschende Klasse ist zur Erhaltung ihrer Herrschaft auf die Ausbeutung der Kolonien angewiesen und führt diesen Krieg daher mit allen Mitteln:
Folter gegenüber allen, die im Verdacht stehen, mit den Befreiungsbewegungen zu sympathisieren;
Napalm zur völligen Zerstörung „verdächtiger" Dörfer und Ausrottung ihrer Bewohner;
Pflanzenvernichtungsmittel, die die Ernährungsgrundlage in den bereits von der Kolonialherrschaft befreiten Gebieten zerstören sollen.
Dieser Krieg ist Völkermord.
Portugal, selbst eines der kleinsten, ärmsten und zurückgebliebensten Länder Westeuropas, wäre niemals in der Lage, den sich immer mehr ausweitenden Kolonialkrieg weiterzuführen, wenn nicht die kapitalistischen Industriestaaten es hierbei direkt oder indirekt unterstützten.

dpa

Portugal ist Mitglied der NATO. Im Rahmen dieses Bündnisses erhält es erhebliche Militärhilfe. Allen Paktstaaten – auch der Bundesregierung – ist bekannt, daß die Militärhilfe der Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien, wie auch der Bevölkerung Portugals selbst, dient. Trotzdem helfen sie Portugal weiter, seinen Terror auszuüben. Warum?
Der Grund hierfür ist der gleiche, der es Südafrika ermöglicht, Namibia bis heute trotz aller UN-Resolutionen unter Apartheidsherrschaft zu halten; der es der rhodesischen Oberschicht gestattet, die Afrikaner in ihrem Lande weiter zu entrechten und zu unterdrücken. Der gleiche Grund ließ Frankreich seine ehemaligen Kolonialgebiete in enger Abhängigkeit halten und veranlaßte es, wo nötig, wie im Tschad, Militär einzusetzen, um terroristischen, doch ihm genehmen Regierungen die Macht zu sichern.
Die riesigen Rohstoffquellen Afrikas, seine billigen Arbeitskräfte, die Investitionsmöglichkeiten in diesem großen Kontinent sollen weiterhin den westlichen Industriestaaten möglichst ohne Beschränkungen offenstehen.
Dazu eignet sich in den portugiesischen Kolonien am besten die Form offener Kolonialunterdrükkung (keine freie Lohnarbeit, statt dessen Kontraktarbeitssystem . . .).
In Südafrika und Rhodesien dienen dazu Apartheidsregimes, in vielen anderen afrikanischen Ländern bedient man sich neokolonialer Bourgoisien (die formale Aufhebung des kolonialen Status der ehemaligen afrikanischen Kolonien führte meist nicht zu einer wirklichen Selbständigkeit dieser Völker, sondern hielt sie in Abhängigkeit von den westeuropäischen Staaten und – zum Teil in Konkurrenz dazu – von den USA.
Erst aus diesem über den eigentlichen Fall Portugal hinausgehenden Blickwinkel wird verständlich, was heute in Afrika geschieht: aus dem alten Kolonialismus wächst der Neokolonialismus, der sich neuer Formen der direkten oder indirekten Herrschaft bedient. Aus den alten Imperien wächst der moderne Imperialismus der Gegenwart.
Es ist ein Imperialismus, der mit der wachsenden Verflechtung Westeuropas und seiner Monopole seine Aggressivität steigert. Die Anklage gegen Portugal muß so zur Anklage gegen ein System der Ausbeutung und Unterdrückung der systematisch unterentwickelten „Dritten Welt" werden, der Befreiungskampf zum antiimperialistischen Kampf. Der Fall Portugal wird zum Exempel.
Wenn wir in der Bundesrepublik eine Kampagne gegen die kolonialistische Unterdrückung und gegen die Ausbeutung in Afrika führen, so tun wir dies nicht allein aus Solidarität mit den um Befreiung kämpfenden Afrikanern und den in ihrem eigenen Land diktatorisch regierten Portugiesen; diese Verhältnisse betreffen uns auch unmittelbar und zwar auf zweierlei Weise:
1. Ein Staat, der andere Völker unterdrückt und ausbeutet, wendet seine Unterdrückungsmaßnahmen stets auch im Innern an. Dies wird gegenwärtig besonders erkennbar in dem Zerfall der repräsentativen Demokratie in den USA, wo durch Manipulation der öffentlichen Meinung wie auch durch brutalen Einsatz der Polizei gegen die schwarze und weiße Opposition die im Ausland praktizierte Unterdrückung sich zur Herrschaftspraxis im Inland erweitert. Aber auch in dem sich integrierenden Westeuropa ist dieser Mechanismus wirksam. Griechenland, die Türkei, Spanien und nicht zuletzt Portugal haben bereits terroristische Diktaturen. Für die anderen westeuropäischen Staaten sind umfassende Notstandsgesetze vorbereitet, durch die die formale bürgerliche Demokratie jederzeit außer Kraft gesetzt werden kann. Auch in der Bundesrepublik wird der Kampf gegen oppositionelle Kräfte verschärft, nicht nur durch Berufsverbot, Diffamierung und Einschüchterung, sondern auch verstärkten Einsatz direkter physischer Gewalt.
2. Die neokolonialistische Politik in Afrika, an der Westeuropa führend beteiligt ist, hat für uns folgende Auswirkungen: Kapitalexport, Auslagerung von Produktionsbetrieben und Forcierung der Rüstung. Kapitalexport bedeutet, daß Kapital, zuzüglich Steuervergünstigungen, die die Allgemeinheit zu zahlen hat, zur Ausbeutung anderer Völker dient.
In Afrika dient das exportierte Kapital der Installierung neuer, aber auch der Auslagerung bei uns bestehender Produktionen, weil in afrikanischen Ländern die Arbeitskräfte billiger und die Sozialleistungen viel geringer sind. Diese neuen Produktionsstätten befinden sich unter der Kontrolle der großen Konzerne, aber außerhalb des Einflußbereiches der Arbeiter und ihrer Organisationen in den westeuropäischen Industriestaaten. Wird hier gestreikt, können die Konzerne dort die Produktion verstärken und die Streiks unterlaufen. Die Auslagerung der Produktion kann so gesteuert werden, daß es stets genug Arbeitslose gibt, um den Arbeitenden den Kampf um Lohn und soziale Verbesserungen zu erschweren. Die USA, der größte Kapitalexporteur der Welt, zeigen wiederum die Richtung der Entwicklung an: Es gibt 5 Mill. Arbeitslose; etwa ein Viertel der Bevölkerung lebt unterhalb der offiziellen Armutsgrenze! Wird aber im Ausland investiert, so werden die Herrschenden diese Investitionen mit allen Mitteln sichern. Das heißt: Verstärkte Rüstung und verstärkte Rüstungshilfe, um die abhängigen Regierungen gegen die um Befreiung kämpfende afrikanische Bevölkerung an der Macht zu halten. Auch steigende Rüstung geht uns unmittelbar an. Denn Rüstung muß vom Steuerzahler bezahlt werden. Steigende Rüstungskosten bedeuten fehlende Gelder für die dringenden, dem Allgemeinwohl dienenden Investitionen. Außerdem wird forcierte Rüstung in Westeuropa den militärisch-industriellen Komplex so stärken, daß seine In-

Materialien zur sozialistischen Theorie und Praxis

Lieferbare Titel:

„Jungsozialisten", Zeitschrift der Jusos, DM 0,70

Reihe „Juso-Theorie", Nr. 1/2, Das historische Scheitern der reformistischen Strategie, Wo endet die Doppelstrategie?, DM 0,60

Vester, Hertel, Solidarisierung als historische Möglichkeit, DM 1,–

Hofmann, Die säkulare Inflation, DM 2,50

Thesen zur Politischen Ökonomie und Strategie, Bundeskongreß der Jungsozialisten 1971 in Hannover, DM 0,30

Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, DM 0,70

Gorz, Reform und Revolution, DM 1,80

Gerlach, Syndikalismus, DM 0,30

Dokumentation, Die Macht der Konzerne, Spiegel Nr. 6/72, DM 0,40

Fromm, Autorität und Familie, Sozialpsychologie, DM 2,–

Korsch, Einführung in den Marxismus, DM 0,60

Verlag Sozialistische Aktion 305 Wunstorf, Postfach 231

teressen zunehmenden Einfluß auf die Politik Westeuropas nehmen werden. Das aber bedeutet nicht Zunahme an Freiheit und Demokratie, sondern wachsende Unterordnung unserer Bedürfnisse unter angebliche militärisch-industrielle Notwendigkeiten.
Die sich immer stärker entfaltende imperialistische Politik der westeuropäischen kapitalistischen Staaten trifft uns alle. Deshalb rufen wir alle zur Mitarbeit an der Kampagne gegen die portugiesische Kolonialherrschaft auf, um an ihr exemplarisch das ganze System des Imperialismus begreiflich zu machen und Wege zu seiner Bekämpfung zu diskutieren.
Wir fordern Euch auf, in allen Teilen der Bundesrepublik Veranstaltungen und Demonstrationen zu diesen Fragen zu organisieren und Euch auf die Teilnahme am Portugaltribunal, auf dem diese Politik untersucht und Strategien dagegen diskutiert werden sollen, vorzubereiten.

Unsere Parolen lauten:

- Aktive Solidarität mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen FRELIMO, MPLA und PAIGC!
- Verhindert die Unterstützung der portugiesischen Kolonialherrschaft durch die westeuropäischen Regierungen!
- Solidarität mit dem portugiesischen Volk und Zusammenarbeit mit den progressiven portugiesischen Arbeitern in der BRD!
- Zusammenarbeit aller progressiven Kräfte gegen das imperialistische System und seine Unterdrückungsmaßnahmen!

Vorläufiges Programm

Das Portugal-Tribunal findet vom 28. bis 29. Oktober 1972 in Bonn oder Frankfurt statt. Kundgebungen, Arbeitskreise, Filmvorführung und Ausstellungen über den BRD-Imperialismus und die Befreiungsbewegungen MPLA (Angola), FRELIMO (Mozambique) und PAIGC (Guinea-Bissao) sind vorgesehen.

Als Redner sind eingeladen

Vertreter der Befreiungsbewegungen MPLA, FRELIMO und PAIGC, Sartre, Walser, Davidson, Weiß, Bosgra u. a.

Themen der Arbeitskreise (z. B.)

Militärische Beteiligung der BRD am Kolonialkrieg; Waffenlieferungen; Die Befreiungsbewegungen im südl. Afrika; Cabora Bassa und seine imperialistischen Auswirkungen im südl. Afrika; Südafrikanischer Imperialismus im südl. Afrika; Apartheid und Faschismus; Cunene-Staudamm; Der BRD-Imperialismus im südl. Afrika.

Aktionen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen

- Deckenaktion,
- Altkleidersammlung,
- Technische Hilfe,
- Blutspendeaktion,
- zur NATO-Tagung in Bonn am 30. 5. 1972,
- zur AEG Hauptversammlung am 15. 6. in Berlin,
- begleitende Aktionen zur Hauptversammlung in verschiedenen Städten.

Die nächste überregionale Arbeitstagung findet in der ev. Akademie Loccum (2.–4. Juni 1972) statt.

Spenden

Spendet so viel wie möglich für die Reise der Vertreter der Befreiungsbewegungen in der BRD und für eine kontinuierliche Hilfe an die Befreiungsbewegungen nach den Anforderungen aus den befreiten Gebieten. Spenden an Cabora-Bassa-Gruppe, Kennwort Portugal-Tribunal, Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt, Konto 10 51 41 09.

Die Initiativgruppen

Aktion 3. Welt Freiburg, 7800 Freiburg, Lorettostr. 20a
Aktion 3. Welt, 4600 Dortmund-Hörde, Am Richterbusch 6
Aktion 3. Welt, c/o Heinz Liedgens, 4060 Viersen, Königsallee 28
Aktion 3. Welt Düren, 5166 Kreuzau, Südstr. 25
Cabora-Bassa-Gruppe, 6000 Frankfurt/Main, Wolfsgangstr. 88
Deutsches Komitee für Angola, Guinea Bissao und Mozambique, 5300 Bonn, Königstr. 88
Aktionskomitee Afrika, 48 Bielefeld, Wickenkamp 30
Komitee Südl. Afrika, c/o Rainer Müller, 1000 Berlin 48, Kiepertstr. 5
Kritischer Katholizismus, 5000 Köln 51, Vorgebirgstr. 115
Solidaritätskomitee Freies Afrika, c/o Uta Gerwek, 8000 München 13, Luisenstr.
Sozialistisches Büro, 6050 Offenbach/Main 4, Postfach 591
Genauere Informationen über das Portugal-Tribunal und die Kampagne im Portugal-Tribunal-Rundbrief, anzufordern bei der Koordinationsstelle des Tribunals: Aktion 3. Welt, 7800 Freiburg, Lorettostr. 20a.

Berufsverbot auch in der ev. Kirche

Die ESG Bochum soll aufgelöst werden. Einen entsprechenden Antrag stellte am 13. 4. 72 das oberste Leitungsgremium des ev. Kirchenkreises Bochum bei dem zuständigen Gremium der Evangelischen Kirche von Westfalen.
Es geht um die Arbeit der ESG-Projektgruppe Brelohstraße, die seit zwei Jahren mit den Bewohnern der Brelohstraße, besonders mit den Kindern, arbeitet. Von dieser Gruppe wurde ein spezielles Vorschulprogramm für „Obdachlosenkinder" entwickelt und mit dem Erfolg durchgeführt, daß sämtliche Kinder als Gruppe in eine Grundschulklasse eingeschult werden konnten. (Normalerweise werden solche Kinder isoliert oder kommen von vornherein in Sonderschulen.) Nach zweijähriger Arbeit mit den Kindern legte die Gruppe in eigener Verantwortung einen Erfahrungsbericht vor, der Theorie und Praxis beschreibt. Dieser Bericht war Stein des Anstoßes.
Die Geschäftsstelle des Kirchenkreises Bochum verband Beschwerden aus Elternpflegschaften und Lehrerkreisen mit der Aufforderung an das für die ESG zuständige Landeskirchenamt in Bielefeld, gegen die Arbeit der ESG Bochum disziplinierend vorzugehen.
Obwohl der Studentenpfarrer und die ESG sich von mißverständlichen, zum Teil klotzigen Passagen des Buches distanzierten und eine Einigung mit dem Landeskirchenamt erzielt wurde, verschärften einflußreiche Gruppen im Kirchenkreis Bochum die Angriffe auf die ESG und Studentenpfarrer Dreier. Sie stellten den Antrag, die ESG Bochum aufzulösen.
Damit wird deutlich, daß das Buch und die praktische Arbeit der Projektgruppe Brelohstraße nur als Aufhänger benutzt werden, um die gesamte progressive Arbeit der ESG zu liquidieren.
Die ESG initiiert verschiedene sozialpädagogische Projekte, die sich orientieren an klaren Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung des Ruhrgebiets und in denen Studenten das theoretische an der RUB vermittelte Wissen in die Praxis umsetzen können.
Die ESG schafft Kommunikationsmöglichkeiten zwischen arbeitenden Gruppen und einzelnen Studenten, was gerade an der kommunikationsfeindlichen Ruhr-Universität Bochum (RUB) besonders wichtig ist. Wie kaum eine andere kirchliche Einrichtung ist diese ESG Bindeglied zwischen verfaßter Kirche und den Menschen, die von der traditionellen Kirche nichts mehr erwarten; sie ist gleichzeitig für die Kirche Testfeld für neue Arbeitsformen und Konzepte.
Die Liquidierung würde bedeuten:
- bei den sozialpädagogischen Projekten schwere Rückschläge für Studenten und Bevölkerungsgruppen des Ruhrgebietes,
- für Studenten den Verlust eines der wenigen Kommunikationszentren der RUB,
- für die Kirche den Verlust einer wichtigen Informationsquelle und damit ein weiterer Rückzug von den Massen, und für diese ein weiterer Beweis dafür, daß sie als Kirchensteuerzahler zwar willkommen sind, die Kirche aber keine Rücksicht auf ihre Bedürfnisse nimmt.

Damit stellt sich der Kirchenkreis Bochum auf die Seite der reaktionären Kräfte, die Demokraten und progressive Personen aus dem öffentlichen Dienst verbannen wollen. Der Fall ESG Bochum steht nicht allein: Innerhalb der letzten Monate hat in Bochum ein Religionslehrer, der sich an der Berufsschule für die SMV engagierte, Schwierigkeiten bekommen; zwei Bochumer Vikare sind versetzt worden, weil sie sich aktiv für drogensüchtige Jugendliche einsetzten;
in Dortmund wurde Pfarrer Schröter beurlaubt, weil er auf fehlende Kinderspielplätze in seiner Gemeinde pointiert aufmerksam gemacht hatte.
Die Häufung dieser Fälle, gerade im Ruhrgebiet, wirft die Frage auf, wessen Geschäft einige örtliche kirchliche Leitungsgremien betreiben und wie weit sie sich von den Bedürfnissen gerade in diesem Ballungsraum entfernt haben.
Dieses Verfahren kirchlicher Entscheidungsgremien muß auch an der eigenen theoretischen Basis gemessen werden: „Die Erwartung der anderen Welt, des Gottesreiches, beinhaltet die unablässige Anstrengung, daß diese Welt anders wird – nicht reaktionäre Politik, nicht zögernden sozialen Reformismus." (Aus einem Dokument des französischen Protestantismus.)
Verhindert die Liquidierung der ESG Bochum! Solidarisiert euch mit der ESG Bochum! Kämpft gegen das Berufsverbot!
Adresse und weitere Informationen: Evangelische Studentengemeinde an der Ruhr-Universität Bochum, 463 Bochum-Querenburg, Lennershofstr. 66, Baracke IX, Tel. 0 23 21/70 14 65.

Arbeitstagung der Lehrlingszentren

Kurz zur Vorgeschichte: Februar '71: Auf dem in Düsseldorf stattfindenden Lehrlingskongreß der Jusos setzten sich einige Lehrlinge zusammen und diskutierten die Möglichkeit einer bundesweiten Arbeitstagung der Lehrlingszentren unter eigener Regie. Ergebnis war die erste Koordinationstagung von 70 Delegierten aus 40 Lehrlingszentren (LZ's) im Februar '71 in Frankfurt (Bericht darüber in „LZ" Nr. 6/71).
November '71: Die Bundesjugendkonferenz des DGB beschließt den Initiativantrag Nr. 20, der den Bundesjugendausschuß (BJA) auffordert, die zweite Arbeitstagung der LZ's in Frankfurt durchzuführen.
29./30. April '72: Ca. 100 Delegierte und 100 bis 150 Gäste trafen sich in Frankfurt.

War es bei der ersten Tagung im Februar noch so, daß die LZ's die Organisation ihrer eigenen Tagung fast selbständig in die Hand nahmen, und konnte man damals den Eindruck nicht loswerden, daß der BJA dieser Veranstaltung wenig Interesse beimaß, so sah es bei der zweiten Tagung ganz anders aus: Der BJA trat als einladendes Gremium auf, und die Wahl der Delegierten überließ man den einzelnen

Kreis- bzw. Landesbezirksverwaltungen des DGB.
Die Tagung und vor allem die Arbeitskreise wurden von Vertretern der DGB-eigenen Bundesschule Oberursel beschickt. Für den reibungslosen Ablauf der Tagung und für deren Ergebnisse war vorgesorgt. Das einleitende Referat des Kollegen Oswald Todtenberg, Leiter der Abt. Jugend des Bundesvorstand DGB, fand wenig Reaktion bei den Delegierten, da er über das referierte, was die Delegierten schon wußten, dies allerdings in Fragestellungen systematisierte.
In den Arbeitskreisen wurde versucht, inhaltlich zu diskutieren. Schwerpunkte dieser Diskussion waren folgende Themen: gewerkschaftlicher Kampf/Betriebsarbeit/ Arbeit in ländlich strukturierten Gebieten / Organisation der Betriebsarbeit in den Gewerkschaftsgremien / Verhältnis von jüngeren und älteren Kollegen.
Verfolgte man diese Diskussion in mehreren Arbeitskreisen, konnte man feststellen, daß es eine kleine Gruppe gab, die sich in den Diskussionen stark profilierte. Diese Gruppe setzte sich vor allem aus den Delegierten aus Niedersachsen und den Vertretern von Oberursel zusammen. Trotz vorheriger inhaltlicher Abgrenzung der Arbeitskreise verstand es diese Gruppe, in allen Arbeitskreisen ihre Vorstellungen, die sie auch in einem Thesenpapier fixiert hatte, zum Inhalt vieler Diskussionen zu machen. Diese Vorstellungen lassen sich auf die Formel bringen: Betriebsarbeit statt offener Lehrlingszentrenarbeit. Zugegeben, diese Frage ist bei dem jetzigen Stand der Entwicklung von großer Bedeutung. Über die Notwendigkeit von Betriebsarbeit waren sich auch alle einig, hatten doch gerade die Erfahrungen der Arbeit in den LZ's zu dieser Einsicht geführt. So machten denn auch viele LZ's von Anfang an bzw. im Laufe ihrer Entwicklung betriebsbezogene Gewerkschaftsarbeit. Die Vorstellungen der niedersächsischen Kollegen, die keine LZ-Erfahrung haben, daß sie hier etwas ganz Neues entdeckt hätten, verleitete sie zu folgenschweren Denkfehlern. Der erste Fehler war, Betriebs- und LZ-Arbeit alternativ zu diskutieren. Das Papier aus Niedersachsen versuchte, die These zu unterstützen, daß die Phase der LZ's vorbei sei und die große Ära der Betriebsarbeit bevorsteht. So schreiben die Kollegen aus Niedersachsen z. B.: „Die LZ's waren eine notwendige Entwicklungsphase der beginnenden Lehrlingsbewegung - die Krise der LZ's ist jedoch das äußere Anzeichen dafür, daß die Lehrlingsbewegung dabei ist, diese anfänglichen Formen abzustreifen. Diese Krisenerscheinungen sind zu bekannt, um sie noch einmal ausführlich darzustellen (Kämpfe politischer Gruppen gegeneinander, Perspektivlosigkeit in der gesamten Arbeit, Abbröckeln der Teilnehmer und Aktionen)".
Dieser Textauszug kennzeichnet die mechanistische Denkweise dieser Gruppe. Dies äußert sich auch noch in anderen Diskussionspunkten:
a) Es wurde mechanisch zwischen Ballungszentren und ländlich strukturierten Gebieten getrennt, ohne zu beachten, daß viele Strukturelemente der gewerkschaftlichen Jugendarbeit sich decken (Kleinbetriebe z. B.).
b) Man erkannte die Schwächen und Grenzen der LZ-Arbeit, fragte aber nicht nach den Ursachen, sondern jubelte Erscheinungsformen zu „zwangläufigen Entwicklungen" hoch. Deshalb wurde auch nicht diskutiert, wie die LZ-Arbeit inhaltlich weiter zu entwickeln ist. Es ist nicht Aufgabe, „die LZ's in die Betriebsarbeit zu überführen", wie es immer wieder formuliert wurde, sondern wie die Kollegen aus den LZ's für die Betriebsarbeit zu qualifizieren sind. Betriebsarbeit ist nicht notwendig, weil die LZ's an ihre Grenzen gestoßen sind, sondern die LZ's sind an ihre Grenzen gestoßen, weil sie diesen „Überführungsprozeß" häufig nicht schafften.
c) Gesehen wurde gleichfalls nicht, daß die Einsicht in die Fehler und Grenzen der LZ-Arbeit gerade aus dieser Arbeit entsprungen ist und nicht aus einer Ableitung irgendeiner Klassenanalyse.
d) Man glaubte, solche Erfahrungen lassen sich historisch chronologisch fixieren, ohne zu beachten, daß diese Lernprozesse, allerdings durch aufgearbeitete Erfahrungen verkürzt, von jedem jungen Gewerkschafter durchgemacht werden müssen. Das alles deutet schon an, welches der Hauptfehler dieser Kollegen war: Von den Kollegen, die diese Arbeit machen sollten, wurde nicht geredet.
e) Es wurde dauernd Gremienarbeit gefordert. Aber Gremienarbeit ohne Basis? Diese Überschätzung der Gremienarbeit wurde auch immer wieder deutlich in dem demagogisch wiederholten Vorwurf, die LZ's arbeiteten außerhalb der Gewerkschaft, ein Vorwurf, der sachlich nicht richtig ist: Gerade die gewerkschaftlichen Jugendgremien am Orte haben durch die LZ's personell und inhaltlich überhaupt erst wieder eine politische Existenzberechtigung erhalten. Diese Verbiegung der Tatsachen waren leider ein wichtiger Bestandteil der Argumentation dieser Gruppe, der es nicht um politische Lernprozesse, sondern um neue Rezepte ging.
So auch der Vorwurf, die LZ's seien „antibürokratisch." So hatte man auch gleich die leidige Diskussion über die Rolle der Gewerkschaftsverwaltung vom Tisch, die allerdings das fröhliche Halali zur Gremienpolitik empfindlich getrübt hätte.
Der entscheidende Denkfehler vieler Kollegen bestand zusammengefaßt darin, daß sie mechanistisch argumentierten und argumentieren konnten, weil sie abstrakt blieben. Das gefährliche daran ist, daß so etwas sich nicht naturwüchsig in der Praxis aufhebt, sondern Lernprozesse verhindert, den einzelnen Kollegen auch unfähig macht, eigene politische Lernprozesse zu vollbringen, und das heißt, sich für den und im Klassenkampf zu emanzipieren. Die Delegierten der DGB-Jugendgruppe Hamburg (ehemaliger Jour Fix) hatten dazu ein Arbeitspapier mitgebracht, das seine Wirkung hoffentlich noch haben wird. Diskussionsbeiträge dieser Art zeigten aber auch auf, daß die Mehrzahl nicht gewillt war, so beziehungslos zu diskutieren und eigene Erfahrungen und Bedürfnisse unter den Tisch zu kehren für ein Konzept, das – so wie es in Frankfurt diskutiert wurde – nur eins erbringt: kontrollierbare Aktivität, keine Lernprozesse, dieselben Fehler, wie die LZ's sie erlebt haben. Die Praxis auch der Niedersachsen zeigt, daß letztlich Kollegen es sind, die die Arbeit machen sollen, daß wir um die Frage, wie wir diese gewinnen und qualifizieren, nicht herumkommen. Die Alternative Betriebs- oder LZ-Arbeit lenkt dabei nur von diesem entscheidenden Problem weg. Klassenbewußtsein und Klassenkampf ist immer das Bewußtsein und der Kampf einzelner Kollegen in der Solidarität mit anderen!

LZ-Redaktionskollektiv
Informationen über Michael Böhnert, 2 Hamburg 22, Schröderstr. 22a

linker digest

Sozialistische Assistentenzelle FB 15, FU Berlin (Otto-Suhr-Institut) 1. Mai 1972

Kompromiß-politik

Die Auseinandersetzung zwischen den am Otto-Suhr-Institut verankerten sozialistischen Organisationen ist durch einen merkwürdigen Widerspruch zwischen Form und Inhalt gekennzeichnet.
Während sich die Formen der Auseinandersetzung zuweilen den Anschein leisten, als handele es sich um zutiefst antagonistische Konfliktgegenstände, basieren die Inhalte der Auseinandersetzungen letztlich doch auf einem unausgesprochenen gemeinsamen Nenner der politischen Analyse und unterscheiden sich eigentlich nur in ihren taktischen Ableitungen. Daß die Differenz dieser politischen Ableitungen immer wieder zu ganz handfesten Konflikten führt, weil unausgetragene Differenzen unter dem OSI-charakteristischen Handlungszwang sich nicht wie in theoretischen Diskussionen als offene Fragestellungen suspendieren lassen, sondern so oder so entschieden werden müssen, sollte uns am OSI aber nicht über den minimalen Konsens zwischen sozialistischen Studenten und Assistenten hinwegsehen lassen. Das erstaunliche an diesem Minimalkonsens ist nicht nur, daß er die Formen der Auseinandersetzung nicht immer zu zähmen vermochte, sondern ganz besonders auch, daß er praktisch von keiner der politischen Gruppen bislang mit der notwendigen Deutlichkeit ausgesprochen wurde. Er besteht in der Erkenntnis, daß das Schlagwort von einem „Marxistischen Studiengang", das lange Zeit unsere Ausbildungskonzeption abgekürzt bezeichnet hat, keine Gültigkeit mehr beansprucht, soweit es im Bewußtsein der Studenten zwei Arten von falscher Vorstellung hervorrief:
Erstens die Vorstellung, als müsse ein sogenanntes marxistisches Studium in völliger Selbständigkeit und zölibatärer Distanz zur bürgerlichen Wissenschaft deren Resultate lediglich pauschal entlarven oder apodiktisch negieren und im übrigen die Existenz ihrer Vertreter bekämpfen.
Zweitens die Vorstellung, als könne man am OSI den theoretischen Teil eines Ausbildungsprogramms für „Berufsrevolutionäre" absolvieren, ohne im Hinblick auf die Zeit nach dem Studium in Rechnung zu stellen, daß das OSI Teil des Ausbildungssektors der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren spezifischen Erwartungen und Erfolgskriterien ist, die sich für uns als Studieninhalte und Prüfungsordnungen zur Geltung bringen, die nie vollständig unseren eigenen Vorstellungen entsprechen können.
Mit der ernsthaften Diskussion der vorrevolutionären Berufsperspektive, die sich beim heutigen Stand der politischen Bewegungen gar nicht mehr umgehen läßt, stellt sich damit für alle sozialistischen Organisationen nicht nur die Frage nach dem politischen Sinn einer bestimmten Berufsrolle (hier v. a. des Lehrers), sondern vor allem auch die Frage nach den Konzessionen, die man für eine politisch wünschenswerte Berufsperspektive an Studieninhalte und Examensvoraussetzungen zu machen hat.
Daß nämlich diese Inhalte und Voraussetzungen alle Merkmale abstreifen können, die einer Ausbildung für Berufspositionen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft notwendig kennzeichnen, ist eine phantastische politische Vorstellung, die keinesfalls ein politisches Ziel angibt, das für eine realitätsbezogene sozialistische Strategie notwendig oder wünschenswert wäre.
Notwendig ist vielmehr eine Ausbildung, die den OSI-Absolventen instand setzt, seine Berufsrolle auszufüllen, ohne sein langfristiges politisches Engagement beim ersten Widerspruch zwischen Vorstellung und Wirklichkeit seiner Tätigkeit entweder ungeduldig zu zerstören oder resignierend aufzugeben.
Wünschenswert ist eine solche Ausbildung, weil der kritische Bezug auf die zu verändernde Gesellschaft im Studium konkret ohnehin nur in der Auseinandersetzung mit den Erscheinungen dieser Gesellschaft einschließlich ihrer wissenschaftlichen Produkte hergestellt wird. Daß eine solche Auseinandersetzung im übrigen auch ein Beitrag

zu politischer Praxis und zur Herstellung ihrer Voraussetzungen ist, der den Fähigkeiten am besten entspricht, die aus dem Privileg fortgeschrittener intellektueller Schulung resultieren, ist eine Binsenwahrheit. Diese Dimension politischer Praxis ist dabei nicht nur in der Berufsperspektive zu erblicken, sondern auch in der wissenschaftlichen Erarbeitung von Analysen auf den verschiedensten Teilgebieten. Solche begrenzte, aber sinnvolle Arbeit wird nur allzuoft in den Köpfen von Genossen durch phantasievollere, aber entsprechend illusionsträchtige Vorstellungen von „revolutionärer Tätigkeit" verdrängt, die schon Engels als typisch erschienen für das Denken des anpolitisierten „deutschen Studiosus", der sich weigert, seine spezifischen Fähigkeiten wissenschaftlichen Arbeitens mit wirklichem Aufwand und wirklicher Mühe in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen und von denen er zusammenfassend urteilt: „Es ist manchmal, als glaubten diese Herren, es sei alles gut genug für die Arbeiter", was sie an pseudo-materialistischen Gemeinplätzen produzieren.

Daß darüberhinaus eine realitätsbezogene politische Strategie im Ausbildungssektor notwendig ist,

Internationale Marxistische Diskussion
Arbeitspapiere No. 5
Merve Verlag

POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG
AN DER FREIEN UNIVERSITÄT VOM 24.-26.4.1972
Referate und Diskussionen DM 5.-

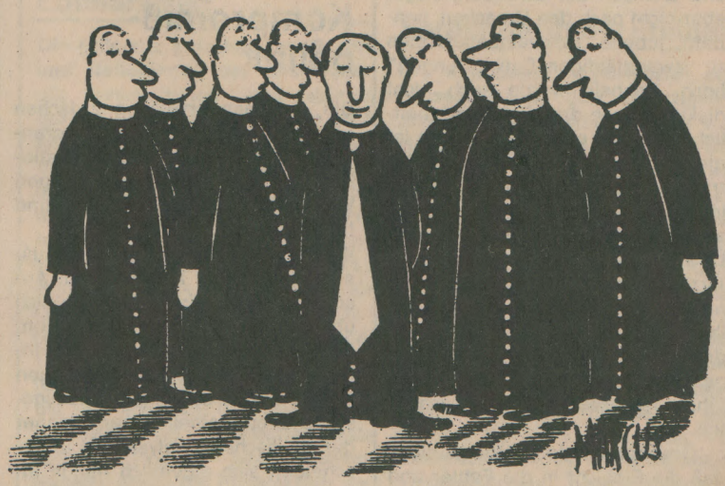
Bezug: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

um die gegenwärtige Offensive gegen die sozialistischen und radikaldemokratischen Kräfte zu überdauern, ist nur ein zusätzliches Argument. Voraussetzung für ein sinnvoll abgeleitetes politisches Vorgehen gegenüber der für unseren Bereich augenblicklich entscheidenden Gefahr (der Spaltung) ist demnach auch, die eigene Situation als eine defensive zu erkennen und den eigenen Handlungsmöglichkeiten diese Erkenntnis des notwendigen Abwehrkampfes zugrunde zu legen.

Dieser defensive Charakter der aktuellen Kampfphase wird nun allerdings von einigen realitätsabgewandten und subjektivistisch operierenden politischen Gruppen in verschiedener Weise praktisch bestritten.

links

Dies geschieht entweder durch realitätsblinde Aktionen oder durch den so anmaßenden wie pedantischen Aufbau einer Potemkinschen



Parteikulisse, die in keiner Weise Ausdruck einer Klassenbewegung des Proletariats ist. Beide Formen des Realitätsverlustes ermöglichen das Weiterspielen des eingeübten Offensiv-Theaters bei allerdings nachlassendem Publikumsinteresse. Für die SAZ stellt sich damit auch die Frage, in welchem Verhältnis die studentischen Organisationen am OSI zu solchen Potemkinschen Aktivitäten und Konzeptionen stehen. Vor allem aber müssen die Konzeptionen aller politischen Organisationen im Hochschulsektor an einer Strategie gemessen werden, die einen Begriff von jeweils inhaltlich notwendigen und möglichen politischen Kompromissen entwickelt. Dies ist für unser Institut schon deshalb notwendig, weil seit Beginn der legendären OSI-Reform die sozialistischen Organisationen dem Vorwurf einer kompromißlerischen, d. h. einer inhaltsleeren Kompromißpolitik ausgesetzt sind.

Daß rein äußerlich gesehen unter bestimmten Bedingungen jeder Erfolg sozialistischer Gruppen in der bürgerlichen Gesellschaft wie auch die Absicherung einmal errungener Positionen in die Form von Kompromissen mit den Konfliktgegnern zu transformieren ist, gehört zu den selbstverständlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die prinzipielle Negierung dieser Möglichkeit signalisiert also nur die tatsächliche Distanz zwischen Intellektuellenbewegung und Klassenbewegung des Proletariats und ihrer Geschichte. Daß im Falle solcher Konfliktregelungen sich die beteiligten Seiten jeweils unterschiedliche Vor- und Nachteile für ihre politische Strategie versprechen, ist geradezu Voraussetzung ihrer Möglichkeit. So haben sich die bürgerlichen Professoren am FB 10 von der Berufung Mandels eine „aufklärende Wirkung" für diejenigen Studenten der Volks- bzw. Betriebswirtschaft versprochen, die in ihren leitenden Berufspositionen später einmal mit marxistisch argumentierenden Betriebsräten zu tun haben werden (so Prof. Dlugos explizit in einem TV-hearing), während die sozialistischen Studenten von Mandel gewiß eine andere Aufklärung erwarten. Ebenso klar ist allerdings auch, daß in Rechtsformen verfestigte Kompromisse zeitlich nur begrenzt gelten und immer schon Ausgangs- und Auseinandersetzungsbasis für den nächsten Konflikt abgeben.

Daraus folgt, daß in den politischen Auseinandersetzungen, in denen wir uns bewegen, eine bedingungslose Kompromißbereitschaft ebenso unsinnig ist wie eine bedingungslose Kompromißscheu. Beide Haltungen sind prinzipienlos, weil sie inhaltsleer bleiben, statt die konkrete Kompromißlinie jeweils im Einzelfall nach taktisch ausgewiesenen und politisch begründeten Kriterien zu bestimmen . . .

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro, Gert Schäfer, Klaus Vack (presserechtlich verantwortlich) ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,— zuzüglich DM 2,40 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 610 41; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung

(Bezugspreis für das restliche Jahr 1972 DM 11,— zuzüglich DM 2,— Versandkosten, wobei alle Nummern ab 1. 4. 1972 und soweit vorrätig weitere Ausgaben aus 1972 nachgeliefert werden. Einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokonto Nr. 1/74 1 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt — erstmals zum 31. 12. 1972 — werden.)

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Datum: _____

Straße: _____ _____

Unterschrift